

MEMORIAL

Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg

RECUEIL DES SOCIETES ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 198 27 janvier 2006

SOMMAIRE

Acatis Champions Select	945
Bio Dynamics B.V., S.à r.l., Luxembourg	9490
DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxemburg	9498
Espacio S.A., Mersch	9457
International Asset Management S.A., Luxemburg	9473
RBC Dexia Investor Services Bank S.A., Strassen	9470
RBC Dexia Investor Services Bank S.A., Strassen	9473
S&S Multi Services, S.à r.l., Luxembourg	9457
Vontobel Fund, Sicav, Luxembourg	9504
Vontobel Fund, Sicav, Luxemburg	9498
ZJ-Zertifikate Select	9504

ESPACIO S.A., Société Anonyme.

Siège social: Mersch. R. C. Luxembourg B 85.312.

Les documents de clôture de l'année 2004 enregistrés à Luxembourg, le 27 septembre 2005, réf. LSO-BI05916, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 septembre 2005.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, septembre 2005.

Pour ESPACIO S.A.

FIDUCIAIRE N. AREND & CIE, S.à r.l.

(086213.3/568/13) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 septembre 2005.

S&S MULTI SERVICES, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2551 Luxembourg, 99, avenue du X Septembre.

R. C. Luxembourg B 88.353.

Le bilan au 31 décembre 2003, enregistré à Luxembourg, le 29 septembre 2005, réf. LSO-BI06563, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 septembre 2005.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 29 septembre 2005.

Signature

Mandataire

(086281.3/4287/12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 30 septembre 2005.



ACATIS CHAMPIONS SELECT, Fonds Commun de Placement.

VERWALTUNGSREGLEMENT

Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und des Anteilinhabers hinsichtlich des Sondervermögens bestimmen sich nach dem folgenden Verwaltungsreglement. Das Verwaltungsreglement trat erstmals am 4. Januar 2002 in Kraft und wurde am 29. Januar 2002 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg («Mémorial»), veröffentlicht.

Ein vollständig überarbeitetes Verwaltungsreglement tritt am 31. Dezember 2005 in Kraft und wird am 27. Januar 2006 im Mémorial veröffentlicht.

Art. 1. Der Fonds

- 1. Der Fonds ACATIS CHAMPIONS SELECT («Fonds») ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen (fonds commun de placement) aus Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten («Fondsvermögen»), das für gemeinschaftliche Rechnung der Inhaber von Anteilen («Anteilinhaber») unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung verwaltet wird. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 133 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen («Gesetz vom 20. Dezember 2002»). Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Die Anteilinhaber sind am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds in Höhe ihrer Anteile beteiligt.
- 2. Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilinhaber, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in diesem Verwaltungsreglement geregelt, dessen gültige Fassung sowie etwaige Änderungen desselben im Mémorial veröffentlicht und beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt sind. Durch den Kauf eines Anteils erkennt der Anteilinhaber das Verwaltungsreglement sowie alle genehmigten und veröffentlichten Änderungen desselben an.
- 3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt außerdem einen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) entsprechend den Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.
- 4. Das Netto-Fondsvermögen (d.h. die Summe aller Vermögenswerte abzüglich aller Verbindlichkeiten des Fonds) muss innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des Fonds 1.250.000 Euro erreichen. Hierfür ist auf das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Teilfondsvermögen ergibt.
- 5. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, zu jeder Zeit weitere Teilfonds aufzulegen. In diesem Falle wird dem Verkaufsprospekt ein entsprechender Anhang hinzugefügt. Teilfonds können auf unbestimmte Zeit errichtet werden.
- 6. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilinhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilinhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilinhaber der anderen Teilfonds getrennt. Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte der einzelnen Teilfonds lediglich für Verbindlichkeiten, die von den betreffenden Teilfonds eingegangen werden.
- 7. Die Anteilwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den in Artikel 6 dieses Verwaltungsreglements festgesetzten Regeln.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft

- 1. Verwaltungsgesellschaft des Fonds ist die IPConcept FUND MANAGEMENT S.A. («Verwaltungsgesellschaft»), eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg mit eingetragenem Sitz in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxembourg-Strassen. Sie wurde am 23. Mai 2001 auf unbestimmte Zeit gegründet.
- 2. Die Verwaltungsgesellschaft wird durch ihren Verwaltungsrat vertreten. Der Verwaltungsrat kann eines oder mehrere seiner Mitglieder und/oder Angestellten der Verwaltungsgesellschaft mit der täglichen Geschäftsführung sowie sonstige Personen mit der Ausführung von Verwaltungsfunktionen und/oder der täglichen Anlagepolitik betrauen.
- 3. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds unabhängig von der Depotbank im eigenen Namen, aber ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber im Einklang mit diesem Verwaltungsreglement. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, die unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds bzw. seiner Teilfonds zusammenhängen.
- 4. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, entsprechend den in diesem Verwaltungsreglement sowie in dem für den jeweiligen Teilfonds erstellten Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführten Bestimmungen das jeweilige Teilfondsvermögen anzulegen und sonst alle Geschäfte zu tätigen, die zur Verwaltung der Teilfondsvermögen erforderlich sind.
- 5. Die Verwaltungsgesellschaft ist verpflichtet, ein Risikomanagement-Verfahren zu verwenden, das es ihr erlaubt, das mit den Anlagepositionen verbundene Risiko sowie ihren jeweiligen Anteil am Gesamtrisikoprofil des Anlageportfolios jederzeit zu überwachen und zu messen. Sie muss ferner ein Verfahren verwenden, das eine präzise und unabhängige Bewertung des Wertes der OTC-Derivate erlaubt. Sie muss der Luxemburger Aufsichtsbehörde regelmäßig entsprechend dem von dieser festgelegten Verfahren für den Fonds die Arten der Derivate im Portfolio, die mit den jeweiligen Basiswerten verbundenen Risiken, die Anlagegrenzen und die verwendeten Methoden zur Messung der mit den Derivate-Geschäften verbundenen Risiken mitteilen.
- 6. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und Kontrolle zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens einen Anlageberater und/oder Fondsmanager hinzuziehen.

Das Fondsmanagement darf nur einem Unternehmen übertragen werden, das eine Erlaubnis bzw. Zulassung zur Vermögensverwaltung besitzt. Die Übertragung des Fondsmanagements muss mit den von der Verwaltungsgesellschaft festgelegten Anlagerichtlinien in Einklang stehen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann sich außerdem von einem Anlageausschuss, dessen Zusammensetzung von der Verwaltungsgesellschaft bestimmt wird, beraten lassen.



7. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Anlageberater mit vorheriger Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft auf eigene Kosten und auf eigene Verantwortung Dritter natürlicher oder juristischer Personen bedienen sowie Subanlageberater hinzuziehen.

Art. 3. Die Depotbank

- 1. Depotbank des Fonds ist die DZ BANK INTERNATIONAL S.A., eine Aktiengesellschaft nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg mit eingetragenem Sitz in 4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxembourg-Strassen. Sie betreibt Bankgeschäfte. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz vom 20. Dezember 2002, dem Depotbankvertrag, diesem Verwaltungsreglement sowie dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen).
- 2. Die Depotbank tätigt sämtliche Geschäfte, die mit der laufenden Verwaltung des Fondsvermögens zusammenhängen. Die Depotbank hat bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilinhaber zu handeln. Sie wird jedoch den Weisungen der Verwaltungsgesellschaft Folge leisten, es sei denn, dass sie gegen das Gesetz oder das Verwaltungsreglement verstoßen.
 - 3. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte der Teilfonds beauftragt.
- a) Die Depotbank verwahrt alle Wertpapiere, sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte und flüssigen Mittel, welche das Fondsvermögen darstellen, in gesperrten Konten oder gesperrten Depots, über die sie nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Depotbankvertrages, dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), diesem Verwaltungsreglement sowie dem Gesetz verfügen darf.
- b) Die Depotbank kann unter Beibehaltung ihrer Verantwortung und unter ihrer Aufsicht Dritte mit der Verwahrung der Vermögenswerte des Fonds beauftragen.
 - 4. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen:
 - a) Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- b) gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs in das Vermögen eines Teilfonds vollstreckt wird, für den das jeweilige Teilfondsvermögen nicht haftet.

Die vorstehend unter Buchstabe a) getroffene Regelung schließt die direkte Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Organe der Verwaltungsgesellschaft bzw. die frühere Depotbank durch die Anteilinhaber nicht aus.

- 5. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Depotbank geltend zu machen. Dies schließt die direkte Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Depotbank durch die Anteilinhaber nicht aus, sofern die Verwaltungsgesellschaft trotz schriftlicher Mitteilung eines oder mehrerer Anteilinhaber(s) nicht innerhalb von drei Monaten nach Erhalt dieser Mitteilung reagiert.
- 6. Die Depotbank zahlt der Verwaltungsgesellschaft aus den Sperrkonten bzw. den Sperrdepots des betreffenden Teilfonds nur das in diesem Verwaltungsreglement und dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) festgesetzte Entgelt sowie Ersatz von Aufwendungen.

Die Depotbank hat jeweils Anspruch auf die ihr nach diesem Verwaltungsreglement, dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) sowie dem Depotbankvertrag zustehende Vergütung. Sie entnimmt diese den Sperrkonten des betreffenden Teilfonds nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft.

Darüber hinaus wird die Depotbank sicherstellen, dass den jeweiligen Teilfondsvermögen Kosten Dritter nur gemäß dem Verwaltungsreglement und dem Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) sowie dem Depotbankvertrag belastet werden.

Art. 4. Allgemeine Bestimmungen der Anlagepolitik. Ziel der Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds ist das Erreichen einer angemessenen Wertentwicklung in der jeweiligen Teilfondswährung (wie in Artikel 6 Nr. 2 dieses Verwaltungsreglements i.V.m. dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt definiert). Die teilfondsspezifische Anlagepolitik wird für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt beschrieben.

Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nur solche Vermögenswerte erworben und verkauft werden, deren Preis den Bewertungskriterien von Artikel 6 dieses Verwaltungsreglements entspricht.

Die folgenden allgemeinen Anlagegrundsätze und -beschränkungen gelten für sämtliche Teilfonds, sofern keine Abweichungen oder Ergänzungen für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt enthalten sind.

Das jeweilige Teilfondsvermögen wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung im Sinne der Regeln des Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 und nach den in diesem Artikel nachfolgend beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen angelegt.

- 1. Definitionen:
- a) «geregelter Markt»

Bei einem geregelten Markt handelt es sich um einen Markt für Finanzinstrumente im Sinne von Artikel 1 Nr. 13 der Richtlinie 93/22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen, der

- * in das in Artikel 16 der vorgenannten Richtlinie geregelte Register seines Herkunftsmitgliedstaates eingetragen ist;
- * regelmäßig funktioniert;
- * dadurch gekennzeichnet ist, dass die Funktionsbedingungen des Marktes, die Bedingungen für den Zugang zum Markt sowie, wenn die Richtlinie 79/279/EWG Anwendung findet, die in dieser Richtlinie festgelegten Bedingungen für die Zulassung zur Notierung, und wenn die genannte Richtlinie keine Anwendung findet, die Bedingungen, die diese Finanzinstrumente erfüllen müssen, um tatsächlich auf dem Markt gehandelt werden zu können, durch Bestimmungen festgelegt sind, die von den zuständigen Behörden erlassen oder genehmigt wurden;
- * auf dem alle Melde- und Transparenzvorschriften, welche nach den Artikeln 20 und 21 der Richtlinie 93/22/EWG des Rates vom 10. Mai 1993 über Wertpapierdienstleistungen gelten eingehalten werden müssen.



- b) «Wertpapiere»
- aa) Als Wertpapiere gelten:
- * Aktien und andere, Aktien gleichwertige Papiere («Aktien»),
- * Schuldverschreibungen und andere verbriefte Schuldtitel («Schuldtitel»),
- * alle anderen marktfähigen Wertpapiere, die zum Erwerb von Wertpapieren im Sinne der Richtlinie 93/22/EWG durch Zeichnung oder Austausch berechtigen.

Ausgenommen sind die in Artikel 42 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 genannten Techniken und Instrumente.

- bb) Der Begriff Wertpapier umfasst auch Optionsscheine auf Wertpapiere, sofern diese Optionsscheine zur amtlichen Notierung zugelassen oder auf anderen geregelten Märkten gehandelt werden und das zugrunde liegende Wertpapier bei Ausübung tatsächlich geliefert wird.
 - c) «Geldmarktinstrumente»

Als «Geldmarktinstrumente» werden Instrumente bezeichnet, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, liquide sind und deren Wert jederzeit genau bestimmt werden kann.

- 2. Es werden ausschließlich
- a) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einem geregelten Markt zugelassen sind oder gehandelt werden:
- b) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einem anderen geregelten Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union («Mitgliedstaat»), der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist gehandelt werden;
- c) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente erworben, die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittstaates, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden,
- d) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus Neuemissionen erworben, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder auf einem anderen geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

Die unter Nr. 2 Buchstaben c) und d) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente werden innerhalb von Nordamerika, Südamerika, Australien (einschließlich Ozeanien), Afrika, Asien und/oder Europa amtlich notiert oder gehandelt.

- e) Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren («OGAW») erworben, die entsprechend der Richtlinie 85/611/EWG zugelassen wurden und/oder andere Organismen für gemeinsame Anlagen («OGA») im Sinne des ersten und zweiten Gedankenstrichs von Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie 85/611/EWG gleichgültig, ob diese ihren Sitz in einem Mitgliedsstaat oder einem Drittstaat unterhalten, sofern
- * diese OGA entsprechend solchen Rechtvorschriften zugelassen wurden, die sie einer Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht (derzeit die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, die Schweiz, Hongkong, Japan und Norwegen);
- * das Schutzniveau der Anteilinhaber dieser OGA dem Schutzniveau der Anteilinhaber eines OGAW gleichwertig und insbesondere die Vorschriften über die getrennte Verwahrung der Vermögenswerte, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und die Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 85/611/EWG gleichwertig sind;
- * die Geschäftstätigkeit der OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden;
- * der OGAW oder andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Vertragsbedingungen bzw. seiner Satzung insgesamt höchstens 10% seinen Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder OGA anlegen darf.
- f) Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei Kreditinstituten getätigt, sofern das betreffende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Mitgliedsstaat der EU hat oder, falls der Sitz des Kreditinstituts in einem Drittstaat liegt, es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde denen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind.
- g) abgeleitete Finanzinstrumente («Derivate»), einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, erworben, die an einem der unter den Absätzen a), b) oder c) bezeichneten geregelten Märkte gehandelt werden, und/oder abgeleitete Finanzinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden («OTC-Derivate»), sofern
- * es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 oder um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die der Fonds gemäß den in diesem Verwaltungsreglement genannten Anlagezielen investieren darf;
- * die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde zugelassen sind;
- * und die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative des Fonds zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Geschäft glattgestellt werden können;
- h) Geldmarktinstrumente erworben, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition von Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente bereits Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt, sie werden
- * von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaates, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, so-



fern dieser ein Bundesstaat ist, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlichrechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert oder

- * von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter den Buchstaben a), b) oder c) dieses Artikels bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, oder
- * von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der Luxemburger Aufsichtsbehörde mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert, oder
- * von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der Luxemburger Aufsichtsbehörde zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei dem Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens 10 Mio. Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

3. Wobei jedoch

- a) bis zu 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in andere als die unter Nr. 2 dieses Artikels genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente angelegt werden dürfen;
- b) Optionsscheine im Sinne von Artikel 4 Nr. 1 b) bb), die als Wertpapiere gelten, nur in geringem Umfang erworben werden dürfen.
 - 4. Techniken und Instrumente
- a) Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen darf im Rahmen der Bedingungen und Einschränkungen, wie sie von der Luxemburger Aufsichtsbehörde vorgegeben werden, Techniken und Instrumente, die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente zum Gegenstand haben, verwenden, sofern diese Verwendung im Hinblick auf eine effiziente Verwaltung des jeweiligen Teilfondsvermögens erfolgt. Beziehen sich diese Transaktionen auf die Verwendung von Derivaten, so müssen die Bedingungen und Grenzen mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 übereinstimmen.

Darüber hinaus ist es dem Fonds nicht gestattet, bei der Verwendung von Techniken und Instrumenten von seinen im Verkaufsprospekt (nebst Anhängen) und diesem Verwaltungsreglement festgelegten Anlagezielen abzuweichen.

b) Der Fonds hat sicherzustellen, dass das mit Derivaten verbundene Gesamtrisiko den Gesamtnettowert seiner Portfolios nicht überschreitet.

Bei der Berechnung des Risikos werden der Marktwert der Basiswerte, das Ausfallrisiko, künftige Marktfluktuationen und die Liquidationsfrist der Positionen berücksichtigt. Dies gilt auch für die beiden nachfolgenden Absätze.

Der Fonds darf als Teil seiner Anlagepolitik und im Rahmen der Grenzen des Artikels 43 Absatz 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 Anlagen in Derivate tätigen, sofern das Gesamtrisiko der Basiswerte die Anlagegrenzen von Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht überschreitet. Investiert der Fonds in indexbasierte Derivate, so werden diese Anlagen bei den Anlagegrenzen von Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht berücksichtigt.

Wenn ein Derivat in ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument eingebettet ist, muss es hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften von Artikel 42 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 mitberücksichtigt werden.

c) Wertpapierleihe

Der jeweilige Teilfonds darf bis zu 50% der in seinem Vermögen gehaltenen Wertpapiere im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems, das durch einen anerkannten. Abrechnungsorganismus oder durch ein erstklassiges Finanzinstitut organisiert wird, das auf diese Geschäftsart spezialisiert ist, bis zu dreißig Tagen verleihen, vorausgesetzt er erhält eine Sicherheit, deren Wert zum Zeitpunkt des Abschlusses des Leihvertrages mindestens dem Wert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Sofern der Vertrag vorsieht, dass der jeweilige Teilfonds jederzeit von seinem Recht auf Kündigung und Herausgabe der verliehenen Wertpapiere Gebrauch machen kann, so können auch mehr als 50% der im jeweiligen Teilfondsvermögen gehaltenen Wertpapiere verliehen werden.

5. Pensionsgeschäfte

Die Verwaltungsgesellschaft kann sich für den jeweiligen Teilfonds an Pensionsgeschäften beteiligen, die in Käufen und Verkäufen von Wertpapieren bestehen, bei denen die Vereinbarungen dem Käufer das Recht oder die Pflicht einräumen, die verkauften Wertpapiere vom Erwerber zu einem Preis und innerhalb einer Frist zurückzukaufen, die zwischen den beiden Parteien bei Vertragsabschluss vereinbart wurde.

Die Verwaltungsgesellschaft kann bei Pensionsgeschäften entweder als Käufer oder als Verkäufer auftreten. Eine Beteiligung an solchen Geschäften unterliegt jedoch folgenden Richtlinien:

- a) Wertpapiere über ein Pensionsgeschäft dürfen nur gekauft oder verkauft werden, wenn es sich bei der Gegenpartei um ein Finanzinstitut erster Ordnung handelt, das sich auf diese Art von Geschäften spezialisiert hat.
- b) Während der Laufzeit eines Pensionsgeschäfts dürfen die vertragsgegenständlichen Wertpapiere vor Ausübung des Rechts auf den Rückkauf dieser Wertpapiere oder vor Ablauf der Rückkauffrist nicht veräußert werden.

Es muss zusätzlich sichergestellt werden, dass der Umfang der Verpflichtungen bei Pensionsgeschäften so gestaltet ist, dass die Verwaltungsgesellschaft für den betreffenden Teilfonds ihren Verpflichtungen zur Rücknahme von Anteilen jederzeit nachkommen kann.

Die Verwaltungsgesellschaft kann geeignete Dispositionen treffen und mit Einverständnis der Depotbank weitere Anlagebeschränkungen aufnehmen, die erforderlich sind, um den Bedingungen in jenen Ländern zu entsprechen, in denen Anteile vertrieben werden sollen.



- 6. Risikostreuung
- a) Es dürfen maximal 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten angelegt werden. Der Teilfonds darf nicht mehr als 20% seines Vermögens in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung anlegen.

Das Ausfallrisiko bei Geschäften des Fonds mit OTC-Derivaten darf folgende Sätze nicht überschreiten:

- * 10% des Netto-Teilfondsvermögens, wenn die Gegenpartei ein Kreditinstitut im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe f) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 ist und
 - * 5% des Netto-Teilfondsvermögens in allen anderen Fällen.
- b) Der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von Emittenten, in deren Wertpapieren und Geldmarktinstrumente die Verwaltungsgesellschaft mehr als 5% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens angelegt hat, darf 40% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigen. Diese Begrenzung findet keine Anwendung auf Einlagen und auf Geschäfte mit OTC-Derivaten, die mit Finanzinstituten getätigt werden, welche einer Aufsicht unterliegen.

Ungeachtet der einzelnen Obergrenzen darf die Verwaltungsgesellschaft bei ein und derselben Einrichtung höchstens 20% des jeweiligen Teilfondsvermögens in einer Kombination aus

- * von dieser Einrichtung begebenen Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten und/oder
- * Einlagen bei dieser Einrichtung und/oder
- * von dieser Einrichtung erworbenen OTC-Derivaten investieren.
- c) Die unter Nr. 6 Buchstabe a) Satz 1 dieses Artikels genannte Anlagegrenze von 10% des Netto-Teilfondsvermögens erhöht sich in den Fällen auf 35% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens, in denen die zu erwerbenden Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, einem Drittstaat oder anderen internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten angehören begeben oder garantiert werden.
- d) Die unter Nr. 6 Buchstabe a) Satz 1 dieses Artikels genannte Anlagegrenze von 10% des Netto-Teilfondsvermögens erhöht sich in den Fällen auf 25% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens, in denen die zu erwerbenden Schuldverschreibungen von einem Kreditinstitut ausgegeben werden, das seinen Sitz in einem EU-Mitgliedstaat hat und kraft Gesetzes einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegt, durch die die Inhaber dieser Schuldverschreibungen geschützt werden sollen. Insbesondere müssen die Erlöse aus der Emission dieser Schuldverschreibungen nach dem Gesetz in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen in ausreichendem Maße die sich daraus ergebenden Verpflichtungen abdecken und die mittels eines vorrangigen Sicherungsrechts im Falle der Nichterfüllung durch den Emittenten für die Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der laufenden Zinsen zur Verfügung stehen.
- e) Sollten mehr als 5% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in von solchen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen angelegt werden, darf der Gesamtwert der Anlagen in solchen Schuldverschreibungen 80% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten.
- f) Die unter Nr. 6 Buchstabe b) Satz 1 dieses Artikels genannte Beschränkung des Gesamtwertes auf 40% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens findet in den Fällen der Buchstaben c,) d) und e) keine Anwendung.
- g) Die unter Nr. 6 Buchstaben a) bis e) dieses Artikels beschriebenen Anlagegrenzen von 10%, 35% bzw. 25% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens dürfen nicht kumulativ betrachtet werden, sondern es dürfen insgesamt nur maximal 35% des Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten ein und derselben Einrichtung oder in Einlagen oder Derivative bei derselben angelegt werden.

Gesellschaften, die im Hinblick auf die Erstellung des konsolidierten Abschlusses im Sinne der Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluss (ABI. L 193 vom 18. Juli 1983, S.1) oder nach den anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften derselben Unternehmensgruppe angehören, sind bei der Berechnung der in dieser Nr. 6 Buchstaben a) bis g) dieses Artikels vorgesehenen Anlagegrenzen als eine einzige Einrichtung anzusehen.

Der jeweilige Teilfonds darf 20% seines Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente ein und derselben Unternehmensgruppe investieren.

- h) Unbeschadet der in Artikel 48 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 festgelegten Anlagegrenzen kann die Verwaltungsgesellschaft für den jeweiligen Teilfonds bis zu 20% seinen Netto-Teilfondsvermögens in Aktien und Schuldtiteln ein und derselben Einrichtung investieren, wenn die Nachbildung eines anerkannten Aktien- oder Schuldtitelindex das Ziel der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds ist. Vorraussetzung hierfür ist jedoch, dass:
 - * die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist;
 - st der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, auf den er sich bezieht, und
 - * der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird.

Die vorgenannte Anlagegrenze erhöht sich auf 35% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in den Fällen, in denen es aufgrund außergewöhnlicher Marktverhältnisse gerechtfertigt ist, insbesondere auf geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente stark dominieren. Diese Anlagegrenze gilt nur für die Anlage bei einem einzigen Emittenten.

Ob die Verwaltungsgesellschaft von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, findet für den jeweiligen Teilfonds in dem entsprechenden Anhang zum Verkaufsprospekt Erwähnung.

i) Unbeschadet des unter Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 Gesagten, dürfen unter Wahrung des Grundsatzes der Risikostreuung bis zu 100% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten angelegt werden, die von einem EU-Mitgliedstaat, seinen Gebietskörperschaften, einem OECD-Mitgliedstaat oder von internationalen Organismen, denen ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören, ausgegeben werden oder garantiert sind. In jedem Fall müssen die im jeweiligen Teilfondsvermögen enthaltenen Wertpapiere aus



sechs verschiedenen Emissionen stammen, wobei der Wert der Wertpapiere, die aus ein und derselben Emission stammen, 30% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten darf.

- j) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nicht mehr als 20% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Anteilen ein und desselben OGAW oder ein und desselben anderen OGA gemäß Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe e) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 angelegt werden. Wobei im Sinne des Artikels 41 Absatz 1 Buchstabe e) des Gesetzes vom 20 Dezember 2002 jeder Teilfonds eines OGAW oder OGA mit mehreren Teilfonds, bei denen die Aktiva ausschließlich den Ansprüchen der Anleger dieses Teilfonds gegenüber den Gläubigern haften, deren Forderungen anlässlich der Gründung, der Laufzeit oder der Liquidation des Teilfonds entstanden sind, als eigenständige OGAW oder OGA anzusehen sind.
- k) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen nicht mehr als 30% des Netto-Teilfondsvermögens in andere OGA angelegt werden. In diesen Fällen müssen die Anlagegrenzen von Artikel 43 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 hinsichtlich der Vermögenswerte der OGAW bzw. OGA, von denen Anteile erworben werden, nicht gewahrt sein.
- I) Erwirbt ein OGAW Anteile anderer OGAW und/oder sonstiger anderer OGA, die unmittelbar oder aufgrund einer Übertragung von derselben Verwaltungsgesellschaft oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, so darf die Verwaltungsgesellschaft oder die andere Gesellschaft für die Zeichnung oder die Rücknahme von Anteilen dieser anderen OGAW und/oder OGA durch den OGAW keine Gebühren berechnen (inkl. Ausgabeaufschlägen und Rücknahmeabschlägen).

Generell kann es bei dem Erwerb von Anteilen an Zielfonds zur Erhebung einer Verwaltungsvergütung auf Ebene des Zielfonds kommen. Der Fonds wird daher nicht in Zielfonds anlegen, die einer Verwaltungsvergütung von mehr als 2,5% unterliegen. Der Jahresbericht des Fonds wird betreffend den jeweiligen Teilfonds Informationen enthalten, wie hoch der Anteil der Verwaltungsvergütung maximal ist, welche der Teilfonds sowie die Zielfonds zu tragen haben.

- m) Es ist der Verwaltungsgesellschaft nicht gestattet, die von ihr verwalteten OGAW nach Teil I des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 dazu zu benutzen, eine Anzahl an mit Stimmrechten verbundenen Aktien zu erwerben, die es ihr ermöglichen, einen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftsführung eines Emittenten auszuüben.
 - n) Weiter darf die Verwaltungsgesellschaft für den Fonds
 - * bis zu 10% der stimmrechtslosen Aktien ein und desselben Emittenten,
 - * bis zu 10% der ausgegebenen Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten,
 - st nicht mehr als 25% der ausgegebenen Anteile ein und desselben OGAW und/oder OGA sowie
 - * nicht mehr als 10% der Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten erwerben.
 - o) Die unter Nr. 6 Buchstaben m) bis n) genannten Anlagegrenzen finden keine Anwendung soweit es sich um
- * Wertpapiere und Geldmarktinstrumente handelt, die von einem EU-Mitgliedstaat oder dessen Gebietskörperschaften oder von einem Drittstaat begeben oder garantiert werden;
- * Wertpapiere und Geldmarktinstrumente handelt, die von einer internationalen Körperschaft öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, der ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören;
- * Aktien handelt, die der jeweilige Teilfonds an dem Kapital einer Gesellschaft eines Drittstaates besitzt, die ihr Vermögen im wesentlichen in Wertpapieren von Emittenten anlegt, die in diesem Staat ansässig sind, wenn eine derartige Beteiligung für den jeweiligen Teilfonds aufgrund der Rechtsvorschriften dieses Staates die einzige Möglichkeit darstellt, Anlagen in Wertpapieren von Emittenten dieses Staates zu tätigen. Diese Ausnahmeregelung gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Gesellschaft des Staates außerhalb der Europäischen Union in ihrer Anlagepolitik die in Artikel 43, 46 und 48 Absatz 1 und 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 festgelegten Grenzen beachtet. Bei der Überschreitung der in den Artikeln 43 und 46 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 genannten Grenzen findet Artikel 49 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 sinngemäß Anwendung.
 - 7. Flüssige Mittel

Ein Teil des Netto-Teilfondsvermögens darf in flüssigen Mitteln, die jedoch nur akzessorischen Charakter haben dürfen, gehalten werden.

- 8. Kredite und Belastungsverbote
- a) Das jeweilige Teilfondsvermögen darf nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne des nachstehenden Buchstaben b) oder um Sicherheitsleistungen zur Erfüllung von Einschuss- oder Rahmen der Abwicklung von Geschäften mit Finanzinstrumenten.
- b) Kredite zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens dürfen nur kurzfristig und bis zu einer Höhe von 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens aufgenommen werden. Ausgenommen hiervon ist der Erwerb von Fremdwährungen durch «Back-to-Back»- Darlehen.
- c) Zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftsverpflichtungen eingegangen werden, wobei dies dem Erwerb von noch nicht voll eingezahlten Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen Finanzinstrumenten gemäß Artikel 41 Absatz 1 Buchstaben e), g) und h) des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 nicht entgegensteht.
 - 9. Weitere Anlagerichtlinien
 - a) Wertpapierleerverkäufe sind nicht zulässig.
- b) Das jeweilige Teilfondsvermögen darf nicht in Immobilien, Edelmetallen Zertifikaten über solche Edelmetalle, Edelmetallkontrakten, Waren Warenkontrakten angelegt werden.
- c) Für den jeweiligen Teilfonds dürfen keine Verbindlichkeiten eingegangen werden, die zusammen mit den Krediten nach Nr. 8 Buchstaben b) dieses Artikels 10% des betreffenden Netto-Teilfondsvermögens überschreiten.



10. Die in diesem Artikel genannten Anlagebeschränkungen beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere. Werden die Prozentsätze nachträglich durch Kursentwicklungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unverzüglich unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber eine Rückführung in den vorgegebenen Rahmen anstreben.

Art. 5. Anteile

- 1. Anteile sind Anteile an dem jeweiligen Teilfonds. Die Anteile werden durch Anteilzertifikate verbrieft. Die Anteilzertifikate werden in der durch die Verwaltungsgesellschaft bestimmten Stückelung ausgegeben. Inhaberanteile werden in Form von Globalurkunden und nur als ganze Anteile ausgegeben. Namensanteile werden bis auf drei Dezimalstellen ausgegeben. Sofern Namensanteile ausgegeben werden, werden diese von der Register- und Transferstelle in das für den Fonds geführte Anteilregister eingetragen. In diesem Zusammenhang werden den Anteilinhabern Bestätigungen betreffend die Eintragung in das Anteilregister an die im Anteilregister angegebene Adresse zugesandt. Ein Anspruch der Anteilinhaber auf Auslieferung effektiver Stücke besteht weder bei der Ausgabe von Inhaberanteilen noch bei der Ausgabe von Namensanteilen. Die Arten der Anteile werden für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben.
- 2. Alle Anteile an einem Teilfonds haben grundsätzlich die gleichen Rechte, es sei denn die Verwaltungsgesellschaft beschließt gemäß Nr. 3 dieses Artikels, innerhalb eines Teilfonds verschiedene Anteilklassen auszugeben.
- 3. Die Verwaltungsgesellschaft kann beschließen, innerhalb eines Teilfonds von Zeit zu Zeit zwei oder mehrere Anteilklassen vorzusehen. Die Anteilklassen können sich in ihren Merkmalen und Rechten nach der Art der Verwendung ihrer Erträge, nach der Gebührenstruktur oder anderen spezifischen Merkmalen und Rechten unterscheiden. Alle Anteile sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse beteiligt. Sofern für die jeweiligen Teilfonds Anteilklassen gebildet werden, findet dies unter Angabe der spezifischen Merkmale oder Rechte im entsprechenden Anhang zum Verkaufsprospekt Erwähnung.

Art. 6. Anteilwertberechnung

- 1. Das Netto-Fondsvermögen des Fonds lautet auf Euro (EUR) («Referenzwährung»).
- 2. Der Wert eines Anteils («Anteilwert») lautet auf die im jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt angegebene Währung («Teilfondswährung»).
- 3. Der Anteilwert wird von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr Beauftragten unter Aufsicht der Depotbank an jedem Bankarbeitstag in Luxemburg mit Ausnahme des 24. und 31. Dezember eines jeden Jahres («Bewertungstag») berechnet.

Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch beschließen, den Anteilwert am 24. und 31. Dezember eines Jahres zu ermitteln, ohne dass es sich bei diesen Wertermittlungen um Berechnungen des Anteilwertes an einem Bewertungstag im Sinne des vorstehenden Satz 1 dieser Ziffer 3 handelt. Folglich können die Anleger keine Ausgabe, Rücknahme und/oder Umtausch von Anteilen auf Grundlage eines am 24. Dezember und/oder 31. Dezember eines Jahres ermittelten Anteilwertes verlangen.

- 4. Zur Berechnung des Anteilwertes wird der Wert der zu dem jeweiligen Teilfonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des jeweiligen Teilfonds («Netto-Teilfondsvermögen») an jedem Bewertungstag ermittelt und durch die Anzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile des jeweiligen Teilfonds geteilt und auf zwei Dezimalstellen gerundet.
- 5. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen dieses Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Referenzwährung umgerechnet. Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:
- a) Wertpapiere, die an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet. Wird ein Wertpapier an mehreren Wertpapierbörsen amtlich notiert, ist der zuletzt verfügbare Kurs jener Börse maßgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist.
- b) Wertpapiere, die nicht an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, die aber an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können,
- c) OTC-Derivate werden auf einer von der Verwaltungsgesellschaft festzulegenden und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis bewertet.
- d) OGAW bzw. OGA werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet. Falls für Investmentanteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbaren, Bewertungsregeln festlegt.
- e) Falls die jeweiligen Kurse nicht marktgerecht sind und falls für andere als die unter Buchstaben a) und b) genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt wurden, werden diese Wertpapiere ebenso wie die sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben auf der Grundlage des wahrscheinlich erreichbaren Verkaufswertes festlegt.
 - f) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.
- g) Der Marktwert von Wertpapieren und anderen Anlagen, die auf eine andere Währung als die jeweilige Teilfondswährung lauten, wird zum letzten Devisenmittelkurs in die entsprechende Teilfondswährung umgerechnet. Gewinne und Verluste aus Devisentransaktionen werden jeweils hinzugerechnet oder abgesetzt.

Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird um die Ausschüttungen reduziert, die gegebenenfalls an die Anteilinhaber des betreffenden Teilfonds gezahlt wurden.



6. Die Anteilwertberechnung erfolgt nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jeden Teilfonds separat. Soweit jedoch innerhalb eines Teilfonds Anteilklassen gebildet wurden, erfolgt die daraus resultierende Anteilwertberechnung innerhalb des betreffenden Teilfonds nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jede Anteilklasse getrennt. Die Zusammenstellung und Zuordnung der Aktiva erfolgt immer pro Teilfonds.

Art. 7. Einstellung der Berechnung des Anteilwertes

- 1. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwertes zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist. Dies ist insbesondere der Fall
- a) während der Zeit, in der eine Börse oder ein anderer geregelter Markt, an/auf welcher(m) ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte notiert oder gehandelt werden, aus anderen Gründen als gesetzlichen oder Bankfeiertagen, geschlossen ist oder der Handel an dieser Börse bzw. an dem entsprechenden Markt ausgesetzt bzw. eingeschränkt wurde;
- b) in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Teilfondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäß durchzuführen.
- 2. Anleger bzw. Anteilinhaber, welche einen Zeichnungsantrag bzw. Rücknahmeauftrag oder einen Umtauschantrag gestellt haben, werden von einer Einstellung der Anteilwertberechnung unverzüglich benachrichtigt und nach Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt.
- 3. Zeichnungsanträge, Rücknahmeaufträge oder Umtauschanträge können im Falle einer Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes vom Anleger bzw. Anteilinhaber bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung widerrufen werden.

Art. 8. Ausgabe von Anteilen

- 1. Anteile werden an jedem Bewertungstag zum Ausgabepreis ausgegeben. Ausgabepreis ist der Anteilwert zuzüglich eines Ausgabeaufschlages zugunsten der Vertriebsstelle, der für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt ist. Der Ausgabeaufschlag beträgt maximal 5,5% des Anteilwertes. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.
- 2. Zeichnungsanträge für den Erwerb von Namensanteilen können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle, der Vertriebsstelle und den Zahlstellen eingereicht werden. Diese entgegennehmenden Stellen sind zur unverzüglichen Weiterleitung der Zeichnungsanträge an die Register- und Transferstelle verpflichtet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Register- und Transferstelle. Diese nimmt die Zeichnungsanträge im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft an.

Vollständige Zeichnungsanträge für den Erwerb von Namensanteilen, welche bis spätestens 17.00 Uhr an einem Bewertungstag bei der Register- und Transferstelle eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des darauf folgenden Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Anteile zur Verfügung steht. Die Verwaltungsgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Ausgabe von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger vorher unbekannten Anteilwertes abgerechnet wird. Sollte dennoch der Verdacht bestehen, dass ein Anleger Late-Trading betreibt, kann die Verwaltungsgesellschaft die Annahme des Zeichnungsantrages solange verweigern, bis der Antragsteller jegliche Zweifel in Bezug auf seinen Zeichnungsantrag ausgeräumt hat. Vollständige Zeichnungsanträge für den Erwerb von Namensanteilen, welche nach 17.00 Uhr an einem Bewertungstag bei der Register- und Transferstelle eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des übernächsten Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Anteile zur Verfügung steht.

Sollte der Gegenwert der gezeichneten Anteile zum Zeitpunkt des Eingangs des vollständigen Zeichnungsantrages bei der Register- und Transferstelle nicht zur Verfügung stehen oder der Zeichnungsantrag fehlerhaft oder unvollständig sein, wird der Zeichnungsantrag als mit dem Datum bei der Register- und Transferstelle eingegangen betrachtet, an dem der Gegenwert der gezeichneten Anteile zur Verfügung steht bzw. der Zeichnungsschein ordnungsgemäß vorliegt.

Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bewertungstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der jeweiligen Teilfondswährung bei der Depotbank in Luxemburg zahlbar.

Sofern der Gegenwert aus dem Fondsvermögen, insbesondere aufgrund eines Widerrufs, der Nichteinlösung einer Lastschrift oder aus anderen Gründen, abfließt, nimmt die Verwaltungsgesellschaft die jeweiligen Anteile im Interesse des Fonds zurück. Etwaige, sich auf das Fondsvermögen negativ auswirkende, aus der Rücknahme der Anteile resultierende Differenzen hat der Antragsteller zu tragen. Fälle des Widerrufs aufgrund verbraucherschutzrechtlicher Regelungen sind von dieser Regelung nicht erfasst.

Ein Zeichnungsantrag für den Erwerb von Namensanteilen ist dann vollständig, wenn er den Namen, den Vornamen und die Anschrift, das Geburtsdatum und den Geburtsort, den Beruf und die Staatsangehörigkeit des Anlegers, die Anzahl der auszugebenden Anteile bzw. den zu investierenden Betrag, sowie den Namen des Teilfonds angibt und wenn er von dem entsprechenden Anleger unterschrieben ist. Darüber hinaus muss die Art und Nummer sowie die ausstellende Behörde des amtlichen Ausweises, den der Anleger zur Identifizierung vorgelegt hat, auf dem Zeichnungsschein vermerkt sein, sowie eine Aussage darüber, ob der Anleger ein öffentliches Amt bekleidet. Die Richtigkeit der Angaben ist von der entgegennehmenden Stelle auf dem Zeichnungsschein zu bestätigen.

Des Weiteren erfordert die Vollständigkeit eine Aussage darüber, dass der/ die Anleger wirtschaftliche Berechtigte(-r) der zu investierenden und auszugebenden Anteile ist/Sind, die Bestätigung des Anlegers/ der Anleger, dass es sich bei den zu investierenden Geldern nicht um Erträge aus einer/mehreren strafbaren Handlung/-en handelt sowie eine Kopie des zur Identifizierung vorgelegten amtlichen Personalausweises oder Reisepasses. Diese Kopie ist mit einem Vermerk: «Wir bestätigen, dass die in dem amtlichen Ausweispapier ausgewiesene Person in Person identifiziert wurde und die vorliegende Kopie des amtlichen Ausweispapiers mit dem Original übereinstimmt.» zu versehen.



3. Zeichnungsanträge für den Erwerb von Inhaberanteilen werden von der Stelle, bei der der Zeichner sein Depot unterhält, an die Depotbank weitergeleitet. Maßgeblich für den Eingang des Zeichnungsantrags ist der Eingang bei der Depotbank.

Vollständige Zeichnungsanträge für den Erwerb von Inhaberanteilen, welche bis spätestens 17.00 Uhr an einem Bewertungstag bei der Depotbank eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des darauf folgenden Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Anteile zur Verfügung steht. Die Verwaltungsgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Ausgabe von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger vorher unbekannten Anteilwertes abgerechnet wird. Sollte dennoch der Verdacht bestehen, dass ein Anleger Late-Trading betreibt, kann die Verwaltungsgesellschaft die Annahme des Zeichnungsantrages solange verweigern, bis der Antragsteller jegliche Zweifel in Bezug auf seinen Zeichnungsantrag ausgeräumt hat. Vollständige Zeichnungsanträge für den Erwerb von Inhaberanteilen, welche nach 17.00 Uhr an einem Bewertungstag bei der Depotbank eingegangen sind, werden zum Ausgabepreis des übernächsten Bewertungstages abgerechnet, sofern der Gegenwert der gezeichneten Anteile zur Verfügung steht.

Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bewertungstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der jeweiligen Teilfondswährung bei der Depotbank in Luxemburg zahlbar.

Die Anteile werden bei Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank übertragen, indem sie bei der Stelle gutgeschrieben werden, bei der der Zeichner sein Depot unterhält.

4. Im Falle von Sparplänen wird von jeder der für das erste Jahr vereinbarten Zahlungen höchstens ein Drittel für die Deckung von Kosten verwendet werden und die restlichen Kosten auf alle späteren Zahlungen gleichmäßig verteilt.

Art. 9. Beschränkung und Einstellung der Ausgabe von Anteilen

- 1. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen ohne Angabe von Gründen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen oder Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, wenn dies im Interesse der Anteilinhaber, im öffentlichen Interesse oder zum Schutz des Fonds bzw. des jeweiligen Teilfonds erforderlich erscheint.
- 2. In diesem Fall wird die Register- und Transferstelle, betreffend Namensanteile, und die Depotbank, betreffend Inhaberanteile, auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen ohne Zinsen unverzüglich zurückerstatten.

Art. 10. Rücknahme und Umtausch von Anteilen

- 1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zum Anteilwert gemäß Artikel 6 Nr. 4 dieses Verwaltungsreglements, gegebenenfalls abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages («Rücknahmepreis»), zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Sollte ein Rücknahmeabschlag erhoben werden, so beträgt dessen maximale Höhe 1% des Anteilwertes und ist für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt angegeben. Der Rücknahmepreis vermindert sich in bestimmten Ländern um dort anfallende Steuern und andere Belastungen. Mit Auszahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil.
- 2. Die Auszahlung des Rücknahmepreises sowie etwaige sonstige Zahlungen an die Anteilinhaber erfolgen über die Depotbank sowie über die Zahlstellen. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

Die Verwaltungsgesellschaft kann Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber oder zum Schutz der Anteilinhaber oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

3. Der Umtausch sämtlicher Anteile oder eines Teils derselben in Anteile eines anderen Teilfonds erfolgt auf der Grundlage des entsprechend Artikel 6 Nr. 4 dieses Verwaltungsreglements maßgeblichen Anteilwertes der betreffenden Teilfonds unter Berücksichtigung einer Umtauschprovision zugunsten der Vertriebsstelle in Höhe von generell 1% des Anteilwertes der zu zeichnenden Anteile, mindestens jedoch in Höhe der Differenz des Ausgabeaufschlags des Teilfonds der umzutauschenden Anteile zu dem Ausgabeaufschlag des Teilfonds, in welchen ein Umtausch erfolgt. Falls keine Umtauschprovision erhoben wird, wird dies für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt erwähnt.

Sofern unterschiedliche Anteilklassen innerhalb eines Teilfonds angeboten werden, ist auch ein Umtausch von Anteilen einer Anteilklasse in Anteile einer anderen Anteilklasse innerhalb des Teilfonds möglich. In diesem Falle wird keine Umtauschprovision erhoben.

Die Verwaltungsgesellschaft kann für den jeweiligen Teilfonds einen Umtauschantrag zurückweisen, wenn dies im Interesse des Fonds bzw. des Teilfonds oder im Interesse der Anleger geboten erscheint.

4. Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Namensanteilen können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, der Register- und Transferstelle, der Vertriebsstelle und den Zahlstellen eingereicht werden. Diese entgegennehmenden Stellen sind zur unverzüglichen Weiterleitung der Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge an die Register- und Transferstelle verpflichtet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Register- und Transferstelle.

Ein Rücknahmeauftrag bzw. ein Umtauschantrag für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Namensanteilen ist dann vollständig, wenn er den Namen und die Anschrift des Anteilinhabers sowie die Anzahl bzw. den Gegenwert der zurückzugebenden oder umzutauschenden Anteile und den Namen des Teilfonds angibt und wenn er von dem entsprechenden Anteilinhaber unterschrieben ist.

Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. Umtauschanträge für die Rücknahme bzw. den Umtausch von Inhaberanteilen werden durch die Stelle, bei der der Anteilinhaber sein Depot unterhält, an die Depotbank weitergeleitet. Maßgeblich ist der Eingang bei der Depotbank.

Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. vollständige Umtauschanträge, welche bis spätestens 17.00 Uhr an einem Bewertungstag eingegangen sind, werden zum Anteilwert des darauf folgenden Bewertungstages, abzüglich eines etwaigen



Rücknahmeabschlages bzw. unter Berücksichtigung der Umtauschprovision, abgerechnet. Die Verwaltungsgesellschaft stellt auf jeden Fall sicher, dass die Rücknahme bzw. der Umtausch von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger vorher unbekannten Anteilwertes abgerechnet wird. Vollständige Rücknahmeaufträge bzw. vollständige Umtauschanträge, welche nach 17.00 Uhr an einem Bewertungstag eingegangen sind, werden zum Anteilwert des übernächsten Bewertungstages, abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages bzw. unter Berücksichtigung der Umtauschprovision, abgerechnet.

Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von fünf Bewertungstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der jeweiligen Teilfondswährung. Im Fall von Namensanteilen erfolgt die Auszahlung auf ein vom Anteilinhaber anzugebendes Konto.

Sich aus dem Umtausch von Inhaberanteilen ergebende Spitzenbeträge werden von der Depotbank in bar ausgeglichen.

- 5. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Rücknahme bzw. den Umtausch von Anteilen wegen einer Einstellung der Berechnung des Anteilwertes zeitweilig einzustellen.
- 6. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank unter Wahrung der Interessen der Anteilinhaber berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme zum dann geltenden Rücknahmepreis. Entsprechendes gilt für Anträge auf Umtausch von Anteilen. Die Verwaltungsgesellschaft achtet aber darauf, dass dem jeweiligen Teilfondsvermögen ausreichende flüssige Mittel zur Verfügung stehen, damit eine Rücknahme bzw. der Umtausch von Anteilen auf Antrag von Anteilinhabern unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.
- Art. 11. Kosten. Der jeweilige Teilfonds trägt die folgenden Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:
- 1. Für die Verwaltung des jeweiligen Teilfonds erhält die Verwaltungsgesellschaft aus dem betreffenden Teilfondsvermögen eine Vergütung von maximal 1,00% p.a. des Netto-Teilfondsvermögens. Die Höhe, Berechnung und Auszahlung ist für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.
- 2. Der Fondsmanager erhält aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine Vergütung von maximal 1,3% p.a. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.

Daneben erhält der Fondsmanager aus dem Vermögen des jeweiligen Teilfonds eine wertentwicklungsorientierte Zusatzvergütung («Performance-Fee») erhalten, welche als jährlicher Prozentsatz auf den Teil der jährlich netto, d.h. bereinigt um Mittelzu- und - abflüsse, erwirtschafteten Wertentwicklung berechnet wird. Diese Performance-Fee kann entweder auf den gesamten Nettowertzuwachs, oder den einen bestimmten Mindestprozentsatz oder eine Benchmark (die Wertentwicklung eines bestimmten Wertpapierindex im selben Zeitraum) übersteigenden Teil des Nettowertzuwachses, gerechnet werden. In einem Geschäftsjahr netto erzielte Wertminderungen werden auf das folgende Geschäftsjahr zum Zwecke der Berechnung der Performance-Fee vorgetragen. Die prozentuale Höhe, Berechnung und Auszahlung sind für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt.

- 3. Die Depotbank und die Zentralverwaltungsstelle erhalten für die Erfüllung ihrer Aufgaben aus dem Depotbankund dem Zentralverwaltungsvertrag jeweils eine im Großherzogtum Luxemburg bankübliche Vergütung, die monatlich nachträglich berechnet und monatlich nachträglich ausgezahlt wird. Diese Vergütungen verstehen sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.
- 4. Die Register- und Transferstelle erhält für die Erfüllung ihrer Aufgaben aus dem Register- und Transferstellenvertrag eine im Großherzogtum Luxemburg bankübliche Vergütung, die als Festbetrag je Anlagekonto bzw. je Konto mit Sparplan und/oder Entnahmeplan am Ende eines jeden Kalenderjahres nachträglich berechnet und ausgezahlt wird. Des Weiteren erhält die Register- und Transferstelle pro Teilfonds eine jährliche Grundgebühr, die für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt ist.
- 5. Die Vertriebsstelle erhält aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen eine Vergütung, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt aufgeführt sind. Diese Vergütung versteht sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer.
- 6. Der jeweilige Teilfonds trägt neben den vorgenannten Kosten auch die folgenden Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:
- a) Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung von Vermögensgegenständen anfallen, insbesondere bankübliche Spesen für Transaktionen in Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten und Rechten des Fonds bzw. eines Teilfonds und deren Verwahrung sowie bankübliche Kosten für die Verwahrung von ausländischen Investmentanteilen im Ausland;
- b) alle fremden Verwaltungs- und Verwahrungsgebühren, die von anderen Korrespondenzbanken und/oder Clearingstellen (z.B. CLEARSTREAM BANKING S.A.) für die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in Rechnung gestellt werden sowie alle fremden Abwicklungs-, Versand- und Versicherungsspesen, die im Zusammenhang mit den Wertpapiergeschäften des jeweiligen Teilfonds in Fondsanteilen anfallen;
 - c) die Transaktionskosten der Ausgabe und Rücknahme von Inhaberanteilen;
- d) darüber hinaus werden der Depotbank, der Zentralverwaltungsstelle und der Register- und Transferstelle die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfondsvermögen anfallenden eigenen Auslagen und sonstigen Kosten sowie die durch die erforderliche Inanspruchnahme Dritter entstehenden Auslagen und sonstigen Kosten erstattet. Die Depotbank erhält des Weiteren bankübliche Spesen;
- e) Steuern, die auf das Fondsvermögen bzw. Teilfondsvermögen, dessen Einkommen und die Auslagen zu Lasten des jeweiligen Teilfonds erhoben werden;
- f) Kosten für die Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber des jeweiligen Teilfonds handelt;



- g) Kosten des Wirtschaftsprüfers;
- h) Kosten für die Erstellung, Vorbereitung, Hinterlegung, Veröffentlichung, den Druck und den Versand sämtlicher Dokumente für den Fonds, insbesondere etwaiger Anteilzertifikate sowie Ertragsschein- und Bogenerneuerungen, des vereinfachten Verkaufsprospektes (nebst Anhängen), des Verkaufsprospektes (nebst Anhängen), des Verwaltungsreglements, der Jahres- und Halbjahresberichte, der Vermögensaufstellungen, der Mitteilungen an die Anteilinhaber, der Einberufungen, der Vertriebsanzeigen bzw. Anträge auf Bewilligung in den Ländern, in denen die Anteile des Fonds bzw. eines Teilfonds vertrieben werden sollen sowie die Korrespondenz mit den betroffenen Aufsichtsbehörden;
- i) die Verwaltungsgebühren, die für den Fonds bzw. einen Teilfonds bei Behörden zu entrichten sind, insbesondere die Verwaltungsgebühren der Luxemburger Aufsichtsbehörde und Aufsichtsbehörden anderer Staaten sowie die Gebühren für die Hinterlegung der Dokumente des Fonds;
 - j) Kosten im Zusammenhang mit einer etwaigen Börsenzulassung;
- k) Kosten für die Werbung und solche, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Anteilen anfallen:
 - I) Versicherungskosten;
- m) Vergütungen, Auslagen und sonstige Kosten der Zahlstellen, der Vertriebsstellen sowie anderer im Ausland notwendig einzurichtender Stellen, die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Teilfondsvermögen anfallen;
- n) Zinsen, die im Rahmen von Krediten anfallen, die gemäß Artikel 4 des Verwaltungsreglements aufgenommen werden;
 - o) Auslagen eines etwaigen Anlageausschusses;
 - p) Auslagen des Verwaltungsrates;
 - q) Kosten für die Gründung des Fonds bzw. einzelner Teilfonds und die Erstausgabe von Anteilen;
 - r) weitere Kosten der Verwaltung einschließlich Kosten für Interessenverbände;
 - s) Kosten für Performance-Attribution und
- t) Kosten für die Bonitätsbeurteilung des Fonds bzw, der Teilfonds durch national und international anerkannte Rating-Agenturen.

Sämtliche vorbezeichnete Kosten, Gebühren und Ausgaben verstehen sich zuzüglich einer etwaigen Mehrwertsteuer. Sämtliche Kosten werden zunächst den ordentlichen Erträgen und den Kapitalgewinnen und zuletzt dem jeweiligen Teilfondsvermögen angerechnet.

Die Kosten für die Gründung des Fonds und die Erstausgabe von Anteilen werden zu Lasten des Vermögens der bei Gründung bestehenden Teilfonds über die ersten fünf Geschäftsjahre abgeschrieben werden. Die Aufteilung der Gründungskosten sowie der o.g. Kosten, welche nicht ausschließlich im Zusammenhang mit einem bestimmten Teilfondsvermögen stehen, erfolgt auf die jeweiligen Teilfondsvermögen pro rata durch die Verwaltungsgesellschaft. Kosten, die im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Teilfonds entstehen, werden zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens, dem sie zuzurechnen sind, innerhalb einer Periode von längstens fünf Jahren nach Auflegung abgeschrieben.

Art. 12. Verwendung der Erträge

- 1. Die Verwaltungsgesellschaft kann die in einem Teilfonds erwirtschafteten Erträge an die Anteilinhaber dieses Teilfonds ausschütten oder diese Erträge in dem jeweiligen Teilfonds thesaurieren. Dies findet für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Anhang zum Verkaufsprospekt Erwähnung.
- 2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt aufgrund der Ausschüttung nicht unter einen Betrag von 1.250.000 Euro sinkt.
- 3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisanteilen vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können bar ausgezahlt werden. Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht geltend gemacht wurden, verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.
- 4. Ausschüttungen an Inhaber von Namensanteilen erfolgen grundsätzlich durch die ReInvestition des Ausschüttungsbetrages zu Gunsten des Inhabers von Namensanteilen. Sofern dies nicht gewünscht ist, kann der Inhaber von Namensanteilen innerhalb von 10 Tagen nach Zugang der Mitteilung über die Ausschüttung bei der Register- und Transferstelle die Auszahlung auf das von ihm angegebene Konto beantragen. Ausschüttungen an Inhaber von Inhaberanteilen erfolgen in der gleichen Weise wie die Auszahlung des Rücknahmepreises an die Inhaber von Inhaberanteilen.

Art. 13. Rechnungsjahr - Abschlussprüfung

- 1. Das Rechnungsjahr des Fonds beginnt am 1. Oktober eines jeden Jahres und endet am 30. September des darauf folgenden Jahres. Das erste Rechnungsjahr beginnt mit Gründung des Fonds und endet am 30. September 2002.
- 2. Die Jahresabschlüsse des Fonds werden von einem Wirtschaftsprüfer kontrolliert, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.
- 3. Spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen geprüften Jahresbericht entsprechend den Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.
- 4. Zwei Monate nach Ende der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen ungeprüften Halbjahresbericht. Der erste Bericht ist ein ungeprüfter Halbjahresbericht zum 31. März 2002. Sofern dies für die Berechtigung zum Vertrieb in anderen Ländern erforderlich ist, können zusätzlich geprüfte und ungeprüfte Zwischenberichte erstellt werden.

Art. 14. Veröffentlichungen

1. Anteilwert, Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie alle sonstigen Informationen können bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, jeder Zahlstelle und der Vertriebsstelle erfragt werden. Sie werden außerdem in mindestens einer überregionalen Tageszeitung eines jeden Vertriebslandes veröffentlicht.



- 2. Verkaufsprospekt (nebst Anhängen), Verwaltungsreglement, vereinfachter Verkaufsprospekt sowie Jahres- und Halbjahresbericht des Fonds sind für die Anteilinhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, bei den Zahlstellen, den Informationsstellen und bei der Vertriebsstelle kostenlos erhältlich. Der jeweils gültige Depotbankvertrag, die Satzung der Verwaltungsgesellschaft, der Zentralverwaltungsvertrag sowie der Register- und Transferstellenvertrag können bei der Verwaltungsgesellschaft, bei den Zahlstellen und bei der Vertriebsstelle an deren jeweiligem Gesellschaftssitz eingesehen werden.
- Art. 15. Verschmelzung des Fonds und von Teilfonds. Die Verwaltungsgesellschaft kann durch Beschluss gemäß nachfolgenden Bedingungen beschließen, den Fonds oder einen Teilfonds in einen anderen OGAW, der von derselben Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird oder der von einer anderen Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird, einzubringen. Die Verschmelzung kann insbesondere in folgenden Fällen beschlossen werden:
- sofern das Netto-Fondsvermögen bzw. ein Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Fonds bzw. den Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten. Die Verwaltungsgesellschaft hat diesen Betrag mit 5 Mio. Euro festgesetzt.
- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Fonds bzw. den Teilfonds zu verwalten.

Eine solche Verschmelzung ist nur insofern vollziehbar als die Anlagepolitik des einzubringenden Fonds oder Teilfonds nicht gegen die Anlagepolitik des aufnehmenden OGAW verstößt.

Die Durchführung der Verschmelzung vollzieht sich wie eine Auflösung des einzubringenden Fonds oder Teilfonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden OGAW.

Der Beschluss der Verwaltungsgesellschaft zur Verschmelzung des Fonds oder Teilfonds wird jeweils in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht.

Die Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds haben während eines Monats das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Anteile zum einschlägigen Anteilwert zu verlangen. Die Anteile der Anteilinhaber, welche die Rücknahme ihrer Anteile nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage der Anteilwerte an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Anteile des aufnehmenden OGAW ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Anteilinhaber einen Spitzenausgleich.

Das vorstehend Gesagte gilt gleichermaßen für die Verschmelzung zweier Teilfonds innerhalb des Fonds.

Der Beschluss, den Fonds oder einen Teilfonds mit einem ausländischen OGAW zu verschmelzen, obliegt der Versammlung der Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds. Die Einladung zur Versammlung der Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds wird von der Verwaltungsgesellschaft zweimal in einem Abstand von mindestens acht Tagen und acht Tage vor der Versammlung in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht. Nur die Anteilinhaber, die für die Verschmelzung gestimmt haben, sind an den Beschluss der Anteilinhaberversammlung gebunden. Bei den Anteilinhabern, die nicht an der Versammlung teilgenommen haben sowie bei allen Anteilinhabern, die nicht für die Verschmelzung gestimmt haben, wird davon ausgegangen, dass sie ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben. Im Rahmen dieser Rücknahme dürfen den Anteilinhabern keine Kosten berechnet werden.

Für die Verschmelzung von Anteilklassen gilt das vorstehend Gesagte entsprechend.

Art. 16. Auflösung des Fonds bzw. eines Teilfonds

- 1. Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet. Unbeschadet dieser Regelung können der Fonds bzw. ein oder mehrere Teilfonds jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden, insbesondere sofern seit dem Zeitpunkt der Auflegung erhebliche wirtschaftliche und/oder politische Änderungen eingetreten sind.
 - 2. Die Auflösung des Fonds erfolgt zwingend in folgenden Fällen:
- a) wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne dass innerhalb von zwei Monaten eine neue Depotbank bestellt wird;
- b) wenn über die Verwaltungsgesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet wird und keine andere Verwaltungsgesellschaft sich zur Übernahme des Fonds bereit erklärt oder die Verwaltungsgesellschaft liquidiert wird;
 - c) wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Betrag von 312.500 Euro bleibt;
 - d) in anderen im Gesetz vom 20. Dezember 2002 vorgesehenen Fällen.
- 3. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung des Fonds bzw. eines Teilfonds führt, werden die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare, auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilinhabern des jeweiligen Teilfonds nach deren Anspruch verteilen. Nettoliquidationserlöse, die nicht bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilinhabern eingezogen worden sind, werden von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations im Großherzogtum Luxemburg hinterlegt, bei der diese Beträge verfallen, wenn Ansprüche darauf nicht innerhalb der gesetzlichen Frist geltend gemacht werden.
- 4. Die Anteilinhaber, deren Erben, Gläubiger oder Rechtsnachfolger können weder die vorzeitige Auflösung noch die Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.
- 5. Die Auflösung des Fonds gemäß diesem Artikel wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens zwei überregionalen Tageszeitungen, darunter das «Tageblatt», veröffentlicht.
- 6. Die Auflösung eines Teilfonds wird in der im Verkaufsprospekt für «Mitteilungen an die Anteilinhaber» vorgesehenen Weise veröffentlicht.



Art. 17. Verjährung und Vorlegungsfrist. Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von 5 Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 16 Nr. 3 dieses Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt 5 Jahre ab Veröffentlichung der jeweiligen Ausschüttungserklärung. Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb dieser Frist geltend gemacht wurden, verfallen zugunsten des Fonds.

Art. 18. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache

- 1. Das Verwaltungsreglement des Fonds unterliegt dem Recht des Großherzogtums Luxemburg. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank, sofern nicht unabhängig davon eine andere Rechtsordnung diese Rechtsbeziehungen besonderen Regelungen unterstellt. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen dieses Verwaltungsreglements die Vorschriften des Gesetzes vom 20. Dezember 2002. Das Verwaltungsreglement ist bei dem Bezirksgericht in Luxemburg hinterlegt. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Vertriebslandes zu unterwerfen, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds bzw. Teilfonds beziehen.
- 2. Im Falle eines Rechtsstreits ist der deutsche Wortlaut dieses Verwaltungsreglements maßgeblich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können im Hinblick auf Anteile des Fonds, die an Anleger in einem nicht deutschsprachigen Land verkauft werden, für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in den entsprechenden Sprachen solcher Länder als verbindlich erklären, in welchen solche Anteile zum öffentlichen Vertrieb berechtigt sind.

Art. 19. Änderungen des Verwaltungsreglements

- 1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank dieses Verwaltungsreglement jederzeit vollständig oder teilweise ändern.
- 2. Änderungen dieses Verwaltungsreglements werden beim Handelsregister des Bezirksgerichtes Luxemburg hinterlegt. Diese Hinterlegung wird im Mémorial veröffentlicht und tritt, sofern nichts anderes bestimmt ist, am Tag der Unterzeichnung in Kraft.
- Art. 20. Inkrafttreten. Dieses Verwaltungsreglement tritt, sofern nichts anderes bestimmt ist, am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Dieses Verwaltungsreglement tritt zum 31. Dezember 2005 in Kraft.

Luxemburg, den 22. Dezember 2005.

Für die Verwaltungsgesellschaft

M. Schirpke / S. Schneider

Geschäftsleiter / Geschäftsleiter

Für die Depotbank

C. Pott-Liebeskind / F. Niederprüm

Sous-Directrice / Fondé de Pouvoir

Enregistré à Luxembourg, le 4 janvier 2006, réf. LSO-BM01366. – Reçu 74 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(002041.2//817) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 janvier 2006.

RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A., Société Anonyme, (anc. FIRST EUROPEAN TRANSFER AGENT).

Registered office: L-1445 Strassen, 5, rue Thomas Edison. R. C. Luxembourg B 47.192.

In the year two thousand and six, on the second day of the month of January,

Before Maître Gérard Lecuit, notary, residing in Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg),

Was held an extraordinary general meeting of the shareholders (the «Meeting») of RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A. (previously named First European Transfer Agent), a société anonyme governed by the laws of Luxembourg, having its registered office at 5, rue Thomas Edison, L-1445 Strassen, Grand Duchy of Luxembourg, incorporated following a deed of Maître Edmond Schroeder, notary, residing in Mersch (Grand Duchy of Luxembourg), on 30 March 1994, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, number 280 of 22 July 1994, whose articles of association have last been amended pursuant to a deed of the undersigned notary as of the date of today, not yet published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, and entered into the Luxembourg Register of Commerce and Companies under the number B-47.192 (the «Company»).

The Meeting was declared open at 9.30 a.m. with Mr Laurent Vanderweyen, banker, residing professionally in Strassen-Luxembourg, in the chair,

who appointed as secretary Mr Georges Kohr, banker, residing professionally in Strassen-Luxembourg.

The Meeting elected as scrutineer Mr Gilles Reiter, banker, residing professionally in Strassen-Luxembourg.

The board of the Meeting having thus been constituted, the chairman declared and requested the notary to state:

I. That the agenda of the Meeting was the following:



Agenda:

- 1. To increase the Company's corporate capital by an amount of seventy-five million five hundred seventy-five thousand Euro (EUR 75,575,000.-) so as to raise it from its present amount of two hundred sixty-three million five hundred thousand Euro (EUR 263,500,000.-) to three hundred thirty-nine million seventy-five thousand Euro (EUR 339,075,000).
- 2. To issue three million twenty-three thousand (3,023,000) new shares with a nominal value of twenty-five Euro (EUR 25.-) per share, having the same rights and privileges attached thereto as the existing shares.
- 3. To accept subscription for these new shares by DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, a société anonyme governed by the laws of Luxembourg, having its registered office at 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, registered with the Luxembourg Register of Commerce and Companies under the number B-6.307, and to accept payment in full for each such new share by a contribution in cash.
 - 4. To amend article 5, first paragraph, of the articles of association to reflect the above capital increase.
 - 5. Miscellaneous.
- II. That the shareholders present or represented, the proxyholder of the represented shareholders and the number of their shares were shown on an attendance list; this attendance list, signed by the shareholders, the proxyholders of the represented shareholders and the members of the board of the Meeting, shall remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities. The proxies of the represented shareholders, signed «ne varietur» by the appearing parties, will also remain annexed to the present deed;
- III. That the whole corporate capital was present or represented at the Meeting, which consequently was regularly constituted and could validly deliberate on all the items on the agenda and that the shareholders, present or represented, declared themselves as having been duly convened to this Meeting and having been duly informed on the agenda before this Meeting; and
 - IV. That the Meeting, after deliberation, adopted each time unanimously the following resolutions:

First resolution

The Meeting unanimously resolved to increase the Company's corporate capital by an amount of seventy-five million five hundred seventy-five thousand Euro (EUR 75,575,000.-) so as to raise it from its present amount of two hundred sixty-three million five hundred thousand Euro (EUR 263,500,000.-) to three hundred thirty-nine million seventy-five thousand Euro (EUR 339,075,000.-).

Second resolution

The Meeting unanimously resolved to issue three million twenty-three thousand (3,023,000) new shares with a nominal value of twenty-five Euro (EUR 25.-) per share, having the same rights and privileges attached thereto as the existing shares.

Subscription - Payment

Thereupon has appeared DEXIA BANQUE INTERNATIONALE À LUXEMBOURG, a société anonyme governed by the laws of Luxembourg, having its registered office at 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, and registered with the Luxembourg Register of Commerce and Companies under the number B-6.307 (the «Subscriber»),

hereby represented by Mr Laurent Vanderweyen and Mr Gilles Reiter, acting jointly, each residing professionally in Strassen-Luxembourg, by virtue of a proxy given in Luxembourg on 21 December 2005.

The said proxy, having been signed ne varietur by the appearing party and the undersigned notary, shall remain attached to the present deed and shall be annexed to the present deed for the purpose of registration.

The Subscriber declared to subscribe for three million twenty-three thousand (3,023,000) new shares with a nominal value of twenty-five Euro (EUR 25.-) per share and to make payment for these new shares by a contribution in cash (the «Contribution»).

The Contribution thus represents a contribution in an aggregate amount of seventy-five million five hundred seventy-five thousand Euro (EUR 75,575,000.-).

Proof of such payment has been given to the undersigned notary and the amount of seventy-five million five hundred seventy-five thousand Euro (EUR 75,575,000.-) is now at the disposal of the Company.

Thereupon, having acknowledged the waiver by all shareholders of any preferential subscription rights to such new shares, the Meeting unanimously resolved (i) to accept the said subscriptions and payments by the Subscriber, (ii) to allot the three million twenty-three thousand (3,023,000) new shares to the Subscriber as stated above, and (iii) to acknowledge the effectiveness of the capital increase.

Third resolution

As a result of the above resolutions, the Meeting unanimously resolved to amend article 5, first paragraph, of the articles of association, which will from now on read as follows:

«Art. 5. Corporate Capital (first paragraph). The issued capital of the Company is set at three hundred thirty-nine million seventy-five thousand Euro (EUR 339,075,000.-), divided into thirteen million five hundred sixty-three thousand (13,563,000) shares. Each issued share has a nominal value of twenty-five Euro (EUR 25.-) and is fully paid up.»

Expenses

The expenses, costs, fees and charges which shall be borne by the Company as a result of this deed are estimated at seven hundred sixty-three thousand five hundred EURO (EUR 763,500.-).

There being no further business, the meeting is closed at 9.45 a.m.



The undersigned notary who knows and speaks English, states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in English followed by a French version; on request of the same persons and in case of divergences between the English and the French text, the English text will prevail.

Whereof the present deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing persons, whom are known to the notary, by their surname, first name, civil status and domicile, the appearing persons have signed together with the undersigned notary the present original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède

L'an deux mille six, le deuxième jour du mois de janvier,

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire, de résidence à Luxembourg (Grand-Duché de Luxembourg),

S'est réunie une assemblée générale extraordinaire des actionnaires (l'«Assemblée») de RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A. (anciennement dénommée FIRST EUROPEAN TRANSFER AGENT), une société anonyme constituée et régie selon le droit luxembourgeois, ayant son siège social au 5, rue Thomas Edison, L-1445 Strassen, Grand-Duché de Luxembourg, constituée suivant acte de Maître Edmond Schroeder, notaire, de résidence à Mersch (Grand-Duché de Luxembourg), en date du 30 mars 1994, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, n° 280 du 22 juillet 1994, dont les statuts furent modifiés pour la dernière fois par acte du notaire soussigné en date d'aujourd'hui, non encore publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, et inscrite au Registre du Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B-47.192 (la «Société»).

L'Assemblée est déclarée ouverte à 9.30 heures et est présidée par Monsieur Laurent Vanderweyen, banquier, demeurant professionnellement à Strassen-Luxembourg.

Le président désigne comme secrétaire Monsieur Georges Kohr, banquier, demeurant professionnellement à Strassen-Luxembourg.

L'Assemblée élit aux fonctions de scrutateur Monsieur Gilles Reiter, banquier, demeurant professionnellement à Strassen-Luxembourg.

Le bureau de l'Assemblée étant ainsi constitué, le président déclare et demande au notaire d'acter que:

I. L'ordre du jour de l'Assemblée est le suivant:

Ordre du jour:

- 1. Augmentation du capital social de la Société à concurrence de soixante-quinze millions cinq cent soixante-quinze mille euros (EUR 75.575.000,-) afin de le porter de son montant actuel de deux cent soixante-trois millions cinq cent mille euros (EUR 263.500.000,-) à un montant de trois cent trente-neuf millions soixante-quinze mille euros (EUR 339.075.000,-).
- 2. Émission de trois millions vingt-trois mille (3.023.000) actions nouvelles avec une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) par action, conférant des droits et privilèges identiques à ceux attachés aux actions existantes.
- 3. Acceptation de la souscription de ces actions nouvelles par DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, une société anonyme constituée et régie selon le droit luxembourgeois, établie et ayant son siège social au 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, inscrite au Registre du Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le n° B-6.307, et acceptation de l'entière libération de chacune de ces actions nouvelles par un apport en espèces.
- 4. Modification de l'article 5, alinéa premier, des statuts de la société afin de documenter l'augmentation de capital ci-
 - 5. Divers.
- II. Les noms des actionnaires présents ou représentés, les noms des mandataires des actionnaires représentés et le nombre des actions détenues par chacun d'eux sont renseignés sur une liste de présence signée par les actionnaires présents, par les mandataires des actionnaires représentés et par les membres du bureau de l'Assemblée; cette liste de présence restera annexée au présent acte pour être soumise avec celui-ci aux formalités de l'enregistrement. Les procurations des actionnaires représentés, signées ne varietur par les comparants, resteront également annexées au présent acte.
- III. L'intégralité du capital social émis est représenté à l'Assemblée qui est par conséquent régulièrement constituée et peut valablement délibérer sur tous les points de l'ordre du jour, et les actionnaires présents ou représentés, ont déclaré qu'ils ont été dûment convoqués à la présente Assemblée et qu'ils ont été dûment informés de l'ordre du jour avant la réunion de cette Assemblée.
 - IV. L'Assemblée, après avoir délibéré, a adopté, chaque fois à l'unanimité, les résolutions suivantes:

Première résolution

L'Assemblée a décidé à l'unanimité d'augmenter le capital social de la Société à concurrence de soixante-quinze millions cinq cent soixante-quinze mille euros (EUR 75.575.000,-) afin de le porter de son montant actuel de deux cent soixante-trois millions cinq cent mille euros (EUR 263.500.000,-) à un montant de trois cent trente-neuf millions soixante-quinze mille euros (EUR 339.075.000,-).

Deuxième résolution

L'Assemblée a décidé à l'unanimité d'émettre trois millions vingt-trois mille (3.023.000) actions nouvelles avec une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) par action, conférant des droits et privilèges identiques à ceux attachés aux actions existantes.

Souscription et libération

Après que ces résolutions aient été prises, a comparu DEXIA BANQUE INTERNATIONALE À LUXEMBOURG, une société anonyme constituée et régie selon le droit luxembourgeois, établie et ayant son siège social au 69, route d'Esch,



L-2953 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, inscrite au Registre du Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le n° B-6.307 (le «Souscripteur»),

ci-après représentée par Monsieur Laurent Vanderweyen et Monsieur Gilles Reiter, agissant conjointement, chacun demeurant professionnellement à Strassen-Luxembourg, en vertu d'une procuration délivrée à Luxembourg en date du 21 décembre 2005.

La procuration a été signée ne varietur par la partie comparante et le notaire, et elle restera annexée à l'original du présent acte pour être soumise avec celui-ci aux formalités de l'enregistrement.

Le Souscripteur déclare souscrire à trois millions vingt-trois mille (3.023.000) nouvelles actions ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune, et libérer ces actions nouvelles par un apport en espèces (l' «Apport»).

L'Apport représente ainsi un apport d'un montant total de soixante-quinze millions cinq cent soixante-quinze mille euros (EUR 75.575.000,-).

La preuve de ce paiement a été donnée au notaire soussigné et le montant de soixante-quinze millions cinq cent soixante-quinze mille euros (EUR 75.575.000,-) est dorénavant à la disposition de la Société.

Ensuite, après avoir acté la renonciation par chaque actionnaire de son droit de souscription préférentiel sur ces nouvelles actions, l'Assemblée décide (i) d'accepter lesdites souscriptions et ledit paiement par le Souscripteur, (ii) d'attribuer les trois millions vingt-trois mille (3.023.000) actions nouvelles au Souscripteur tel que décrit ci-dessus, et (iii) de constater l'effectivité de l'augmentation de capital.

Troisième résolution

En conséquence des résolutions précédentes, l'Assemblée a décidé à l'unanimité de modifier l'article 5, alinéa premier, des statuts qui aura dorénavant la teneur suivante:

«Art. 5. Capital social (alinéa premier). Le capital émis de la Société est fixé à trois cent trente-neuf millions soixante-quinze mille euros (EUR 339.075.000,-), divisé en treize millions cinq cent soixante-trois mille (13.563.000) actions. Chaque action a une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) et est entièrement libérée.»

Frais et Dépenses

Les frais, dépenses, rémunérations et charges quelconques qui incombent à la Société des suites de cet acte sont estimés à sept cent soixante trois mille cinq cents euros (EUR 763.500,-).

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée à 9.45 heures.

Le notaire soussigné qui connaît la langue anglaise, déclare par la présente qu'à la demande des comparants ci-avant, le présent acte est rédigé en langue anglaise, suivi d'une version française, et qu'à la demande des mêmes comparants, en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise primera.

Dont acte fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Lecture du présent acte faite et interprétation donnée aux comparants connus du notaire instrumentaire par leur nom, prénom usuel, état et demeure, ils ont signé avec Nous notaire le présent acte.

Signé: L. Vanderweyen, G. Kohr, G. Reiter, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 4 janvier 2006, vol. 151S, fol. 81, case 1. – Reçu 755.750 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations. Luxembourg, le 10 janvier 2006.

G. Lecuit.

(004139.3/220/186) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

INTERNATIONAL ASSET MANAGEMENT S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1912 Luxemburg, 3, rue des Labours. H. R. Luxemburg B 80.044.

Auszug aus dem Protokoll der ordentlichen statutarischen Generalversammlung der Aktionäre vom 20. Dezember 2005 Beschlussfassung

1. Es wird beschlossen, PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., mit Sitz in L-1471 Luxemburg, 400, route d'Esch, zum Kommissar für das Geschäftsjahr 2005/2006 zu bestellen.

Sämtliche Beschlüsse der Generalversammlung werden einstimmig gefasst.

Für die Richtigkeit des Auszugs

INTERNATIONAL ASSET MANAGEMENT S.A.

Arens / Bernhart

Enregistré à Luxembourg, le 17 janvier 2006, réf. LSO-BM04262. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(006837.3/000/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 janvier 2006.

RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A., Société Anonyme, (anc. FIRST EUROPEAN TRANSFERT AGENT).

Registered office: L-1445 Strassen, 5, rue Thomas Edison. R. C. Luxembourg B 47.192.

In the year two thousand and six, on the second day of the month of January. Before Maître Gérard Lecuit, notary, residing in Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg).



Was held an extraordinary general meeting of the shareholders (the «Meeting») of FIRST EUROPEAN TRANSFER AGENT, a société anonyme governed by the laws of Luxembourg, having its registered office at 5, rue Thomas Edison, L-1445 Strassen, Grand Duchy of Luxembourg, incorporated following a deed of Maître Edmond Schroeder, notary, residing in Mersch (Grand Duchy of Luxembourg), on 30 March 1994, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, number 280 of 22 July 1994, whose articles of association have last been amended pursuant to a deed of Maître Frank Baden, notary, residing in Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg) on 5 May 2004, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, number 744 of 20 July 2004 and entered in the Luxembourg Register of Commerce and Companies under the number B-47.192 (the «Company»).

The Meeting was declared open at 9 a.m. with Mr Laurent Vanderweyen, banker, residing professionally in Strassen-Luxembourg, in the chair,

who appointed as secretary Mr Georges Kohr, banker, residing professionally in Strassen-Luxembourg.

The Meeting elected as scrutineer Mr Gilles Reiter, banker, residing professionally in Strassen-Luxembourg.

The board of the Meeting having thus been constituted, the chairman declared and requested the notary to state:

I. That the agenda of the Meeting was the following:

Agenda:

- 1. To hear and to approve a Report of the Board of Directors and a Report of the Independent Auditors on the Contribution in kind on the proposed capital increase.
- 2. To resolve to increase the issued capital of the Company by an amount of two hundred sixty-two million Euro (EUR 262,000,000.-) so as to raise it from its present amount of one million five hundred thousand Euro (EUR 1,500,000.-) divided into sixty thousand (60,000) shares, each with a par value of twenty-five Euro (EUR 25.-), to two hundred sixty three million five hundred thousand Euro (EUR 263,500,000.-) divided into ten million five hundred forty thousand (10,540,000) shares, each with a par value of twenty-five Euro (EUR 25.-).
- 3. To resolve to issue ten million four hundred eighty thousand (10,480,000) new shares of the Company, each with a par value of twenty-five Euro (EUR 25.-), having the same rights and privileges attached thereto as the existing shares.
- 4. To resolve to accept subscription for these new shares by DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, Grand Duchy of Luxembourg and to accept payment in full for such new shares by a contribution in kind consisting of the collection of assets and liabilities, considered as a going concern, constituting the securities services, fund administration, fund distribution, fund representation, paying agency, transfer agency, custody and unit registry business division of DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, Grand Duchy of Luxembourg which business division, together with its subsidiaries and branches, forms in itself an enterprise capable of functioning by its own means (as this concept is used in Art. 59 of the Luxembourg Income Tax Code, Art. 4.1 of the Law of 29 December 1971 on contribution duties and Art. 9 and 15 of the Luxembourg VAT Law).
- 5. To resolve to create an authorised share capital of five hundred million Euro (EUR 500,000,000.-) divided into twenty million (20,000,000) shares, each with a par value of twenty-five Euro (EUR 25.-) and to authorise the Board of Directors to remove or limit the preferential subscription right of the shareholders in case of issue of shares against payment in cash.
- 6. To resolve to fully restate the Articles of Association of the Company for purposes of reflecting its new status as a bank within the meaning of the Luxembourg law of 5 April 2003 on the financial sector and, in particular, to resolve
 - (i) to restate the corporate objects clause as follows:

«The object of the Company is the undertaking for its own account, as well as for the account of third parties or on joint account with third parties, either within or outside the Grand Duchy of Luxembourg, of any banking or financial operations reserved to credit institutions as well as any financial, administrative, management or consulting activity which is directly or indirectly related to these operations.

The object shall include (but not be limited to) the receipt of sight or term deposits in any currency or currencies whatever, the granting of loans in any currency, the lending of securities, the custody and management of portfolios of shares, bonds and/or of other financial instruments, the provision of transfer agency and central administration services to regulated and unregulated investment companies, mutual funds, holding companies and other similar vehicles, the underwriting and collection of coupons with power to endorse, discount, rediscount, sell and otherwise deal in and dispose of notes, drafts acceptances and other obligations of any kind, and with power also to grant acceptance credits, to issue and confirm letters of credit and documentary credits of all kinds as well as all other operations.

The object of the Company shall include the acquisition and holding of interests in any kind of form in Luxembourg and/or in foreign undertakings who are active in the financial sector, the administration, development and management of such holdings, the support of the activities and/or financing of such undertakings in which it holds a participation or which are members of its group of companies.

The Company may also carry out any operation, whether industrial or commercial or on real estate which directly or indirectly relate to the main object described above. The foregoing is to be construed in accordance with the widest interpretation.»

- (ii) to change the name of the Company into RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A. in anticipation of the transfer of all the shares of the Company to RBC DEXIA INVESTORS SERVICES LIMITED, United Kingdom.
 - (iii) to reflect the proposed capital increase.
- 7. To resolve to accept, as appropriate, the resignation of the members of the Board of Directors of the Company and to determine the number of members of the Board of Directors of the Company, to confirm and/or elect the members of the Board of Directors of the Company and to determine the duration of their mandate.
- 8. To resolve to confer powers on the Board of Directors to implement the resolutions adopted under the preceding items.
 - 9. Miscellaneous.



- II. That the shareholders present or represented, the proxy holder of the represented shareholders and the number of their shares were shown on an attendance list; this attendance list, signed by the shareholders, the proxy holders of the shareholders and the members of the board of the Meeting, would remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities. The proxies of the represented shareholders, signed ne varietur by the appearing parties, would also remain annexed to the present deed.
- III. That the whole corporate capital was present or represented at the Meeting, which consequently was regularly constituted and could validly deliberate on all the items on the agenda and that the shareholders, present or represented, declared themselves as having been duly convened to this Meeting and having been duly informed on the agenda before this Meeting
- IV. That the Meeting, after deliberation and consideration of the Report of the Board of Directors and of the Valuation Report of the Independent Auditor, a copy of such Reports having been signed ne varietur by the appearing parties and the undersigned notary, would remain attached to the present deed and be registered with the present deed, adopted each time unanimously the following resolutions:

First resolution

The Meeting unanimously resolved to hear and to approve the Report of the Board of Directors dated 2 January 2006 on the proposed capital increase and a Report of the Independent Auditors on the Contribution in kind on the proposed capital increase drawn up by PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., with registered office at 400, route d'Esch, L-1014 Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg) (the «Independent Auditor»), and signed by Mr Philippe Sergiel, réviseur d'entreprises, on 2 January 2006 wherein the Dexia BIL Assigned Business so contributed is described and valued (the «Contribution in kind Report»).

Second resolution

The Meeting unanimously resolved to increase the issued capital of the Company by an amount of two hundred sixty-two million Euro (EUR 262,000,000.-) so as to raise it from its present amount of one million five hundred thousand Euro (EUR 1,500,000.-) divided into sixty thousand (60,000) shares, each with a par value of twenty-five Euro (EUR 25), to two hundred sixty three million five hundred thousand Euro (EUR 263,500,000.-) divided into ten million five hundred forty thousand (10,540,000) shares, each with a par value of twenty-five Euro (EUR 25.-).

Third resolution

The Meeting unanimously resolved to issue ten million four hundred eighty thousand (10,480,000) new shares of the Company, each with a par value of twenty-five Euro (EUR 25.-), having the same rights and privileges attached thereto as the existing shares.

Fourth resolution - Subscription - Payment

Thereupon has appeared DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, a société anonyme governed by the laws of Luxembourg, having its registered office at 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg and registered with the Luxembourg Register of Commerce and Companies under the number B-6.307 (the «Subscriber»), hereby represented by Mr Laurent Vanderweyen and Mr Gilles Reiter, acting jointly, each residing professionally in Strassen-Luxembourg, by virtue of a proxy given in Luxembourg on 21 December 2005.

The said proxy, having been signed ne varietur by the appearing parties and the undersigned notary, would remain attached to the present deed and be registered with the present deed shall be annexed to the present deed for the purpose of registration.

The Subscriber declared to subscribe for ten million four hundred eighty thousand (10,480,000) new shares having each a nominal value of twenty-five Euro (EUR 25.-) and to make payment for such new shares by a contribution in kind consisting of the collection of assets and liabilities, considered as a going concern, constituting the securities services, fund administration, fund distribution, fund representation, paying agency, transfer agency, custody and unit registry business division of Dexia Banque Internationale à Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg which business division, together with its subsidiaries and branches, forms in itself an enterprise capable of functioning by its own means (as this concept is used in Art. 59 of the Luxembourg Income Tax Code, Art. 4.1 of the Law of 29 December 1971 on contribution duties and Art. 9 and 15 of the Luxembourg VAT Law) (the Dexia BIL Assigned Business).

The Dexia BIL Assigned Business is described in further detail in the Report of the Board of Directors and in the Contribution in kind Report as tabled to the Meeting.

The Dexia BIL Assigned Business thus contributed represents a net contribution in an aggregate amount of two hundred sixty-two million Euro (EUR 262,000,000.,-).

The Subscriber declared that the Subscriber will undertake together with the Company, and valid instructions have been and would be given to undertake, all, regulatory, corporate or other, notifications, registrations, formalities or action necessary to perform and/or complete a valid transfer of the Dexia BIL Assigned Business to the Company. Evidence of the ownership by the Subscriber of the Dexia BIL Assigned Business has been given to the undersigned notary.

The Subscriber further stated that, the conclusions of the Valuation Report read as follows:

«Based on the work performed as described in this report, nothing has come to our attention that causes us to believe that the value of the contribution in kind which consist of the Dexia BIL Assigned Business is not at least equal to the 10,480,000 shares and the nominal value of these shares to be issued for an amount of EUR 262,000,000.-».

The Contribution in kind Report having been signed ne varietur by the appearing parties and the undersigned notary, would remain attached to the present deed and be registered with the present deed shall be annexed to the present deed for the purpose of registration.



Thereupon, the Meeting unanimously resolved to accept the said subscription and payment by the Subscriber and to allot the new shares as stated below:

Subscriber subscribed and number share premium

paid-in capital of shares

(EUR)

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG . . . 262,000,000.- 10,480,000 0.-

Fifth resolution

The Meeting unanimously resolved to fully restate the articles of association of the Company for purposes of reflecting its new status as a bank within the meaning of the Luxembourg law of 5 April 2003 on the financial sector and, in particular, resolved

(i) to restate the corporate objects clause as follows:

«The object of the Company is the undertaking for its own account, as well as for the account of third parties or on joint account with third parties, either within or outside the Grand Duchy of Luxembourg, of any banking or financial operations reserved to credit institutions as well as any financial, administrative, management or consulting activity which is directly or indirectly related to these operations.

The object shall include (but not be limited to) the receipt of sight or term deposits in any currency or currencies whatever, the granting of loans in any currency, the lending of securities, the custody and management of portfolios of shares, bonds and/or of other financial instruments, the provision of transfer agency and central administration services to regulated and unregulated investment companies, mutual funds, holding companies and other similar vehicles, the underwriting and collection of coupons with power to endorse, discount, rediscount, sell and otherwise deal in and dispose of notes, drafts acceptances and other obligations of any kind, and with power also to grant acceptance credits, to issue and confirm letters of credit and documentary credits of all kinds as well as all other operations.

The object of the Company shall include the acquisition and holding of interests in any kind of form in Luxembourg and/or in foreign undertakings who are active in the financial sector, the administration, development and management of such holdings, the support of the activities and/or financing of such undertakings in which it holds a participation or which are members of its group of companies.

The Company may also carry out any operation, whether industrial or commercial or on real estate which directly or indirectly relate to the main object described above. The foregoing is to be construed in accordance with the widest interpretation.»

- (ii) to change the name of the Company into RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A. in anticipation of the transfer of all the shares of the Company to RBC DEXIA INVESTORS SERVICES LIMITED, United Kingdom;
- (iii) to reflect the capital increase resulting from the contribution to the Company of the DEXIA BIL ASSIGNED BUSINESS, and
- (iv) to create an authorised share capital of five hundred million Euro (EUR 500,000,000.-) divided into twenty million (20,000,000) shares, each with a par value of twenty-five Euro (EUR 25.-) and to authorise the Board of Directors to remove or limit the preferential subscription right of the shareholders in case of issue of shares against payment in cash.

Sixth resolution

The Meeting unanimously resolved that, as a consequence of the above resolutions, the articles of association of the Company will from now on read as follows:

Chapter I.- Form, Corporate Name, Registered Office, Object, Duration

Art. 1. Form, Corporate name. The company (the «Company») exists in the form of a public limited company («société anonyme») which is governed by the laws of the Grand Duchy of Luxembourg (the «Laws») and by the present articles of association (the «Articles of Association»).

The Company exists under the corporate name of RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A.

Art. 2. Registered Office. The Company will have its registered office in 5, rue Thomas Edison, L-1445 Strassen (Grand Duchy of Luxembourg).

The registered office may be transferred to any other place within Strassen (Grand Duchy of Luxembourg) by a resolution of the Board of Directors.

Branches or other offices may be established either in the Grand Duchy of Luxembourg or abroad by resolution of the Board of Directors.

In the event that, in the view of the Board of Directors, extraordinary political, economic or social developments occur or are imminent that would interfere with the normal activities of the Company at its registered office or with the ease of communications with such office or between such office and persons abroad, the Company may temporarily transfer the registered office abroad, until the complete cessation of these abnormal circumstances. Such temporary measures will have no effect on the nationality of the Company, which, notwithstanding the temporary transfer of the registered office, will remain a company governed by the Laws. Such temporary measures will be taken and notified to any interested parties by the Board of Directors.

Art. 3. Object. The object of the Company is the undertaking for its own account, as well as for the account of third parties or on joint account with third parties, either within or outside the Grand Duchy of Luxembourg, of any banking or financial operations reserved to credit institutions as well as any financial, administrative, management or consulting activity which is directly or indirectly related to these operations.

The object shall include (but not be limited to) the receipt of sight or term deposits in any currency or currencies whatever, the granting of loans in any currency, the lending of securities, the custody and management of portfolios of



shares, bonds and/or of other financial instruments, the provision of transfer agency and central administration services to regulated and unregulated investment companies, mutual funds, holding companies and other similar vehicles, the underwriting and collection of coupons with power to endorse, discount, rediscount, sell and otherwise deal in and dispose of notes, drafts acceptances and other obligations of any kind, and with power also to grant acceptance credits, to issue and confirm letters of credit and documentary credits of all kinds as well as all other operations.

The object of the Company shall include the acquisition and holding of interests in any kind of form in Luxembourg and/or in foreign undertakings who are active in the financial sector, the administration, development and management of such holdings, the support of the activities and/or financing of such undertakings in which it holds a participation or which are members of its group of companies.

The Company may also carry out any operation, whether industrial or commercial or on real estate which directly or indirectly relate to the main object described above. The foregoing is to be construed in accordance with the widest interpretation.

Art. 4. Duration. The Company is formed for an unlimited duration.

Chapter II.- Capital, Shares

Art. 5. Corporate Capital. The issued capital of the Company is set at two hundred sixty-three million five hundred thousand Euro (EUR 263,500,000.-) divided into ten million five hundred forty thousand (10,540,000) shares. Each issued share has a nominal value of twenty-five Euro (EUR 25.-) and is fully paid up.

The rights and obligations attached to the shares shall be identical except to the extend otherwise provided by the Articles of Association or by the Laws.

The authorised capital of the Company is set at five hundred million Euro (EUR 500,000,000.-) divided into twenty million (20,000,000) shares. Each authorised share has a nominal value of twenty-five Euro (EUR 25.-).

The Board of Directors is authorised and empowered within the limits of the authorised capital to (i) realise any increase of the corporate capital in one or several successive tranches, following, as the case may be, the exercise of the subscription and/or conversion rights granted by the Board of Directors within the limits of the authorised capital under the terms and conditions of warrants (which may be separate or attached to shares, bonds, notes or similar instruments), convertible bonds, notes or similar instruments issued from time to time by the Company, by the issuing of new shares, with or without share premium, against payment in cash or in kind, by conversion of claims on the Company or in any other manner; (ii) determine the place and date of the issue or the successive issues, the issue price, the terms and conditions of the subscription of and paying up on the new shares; and (iii) remove or limit the preferential subscription right of the shareholders in case of issue of shares against payment in cash. This authorisation is valid during a period ending 5 (five) years after the date of publication of the deed of incorporation of the Company in the Mémorial and it may be renewed by a resolution of the general meeting of shareholders adopted in compliance with the quorum and majority rules set by these Articles of Association or, as the case may be, by the Laws for any amendment of these Articles of Association.

The Board of Directors may delegate to any duly authorized person, the duties of accepting subscriptions and receiving payment for shares representing part or all of the issue of new shares under the authorised capital.

Following each increase of the issued capital within the limits of the authorised capital, realized and duly stated in the form provided for by the Laws, this article will be modified so as to reflect the actual increase. Such modification will be recorded in authentic form by the Board of Directors or by any person duly authorized and empowered by the Board of Directors for this purpose.

In addition to the issued capital, there may be set up a premium account into which any premium paid on any share in addition to its nominal value is transferred. The amount of the premium account may be used to provide for the payment of any shares which the Company may repurchase from its shareholders, to offset any net realised losses, to make distributions to the shareholders in the form of a dividend or to allocate funds to the legal reserve.

Art. 6. Form of Shares. The shares will be in the form of registered shares.

The shares are freely transferable.

A shareholders' register which may be examined by any shareholder will be kept at the registered office. The register will contain the precise designation of each shareholder and the indication of the number and class of shares held, the indication of the payments made on the shares as well as the transfers of shares and the dates thereof. Each shareholder will notify its address and any change thereof to the Company by registered letter. The Company will be entitled to rely for any purposes whatsoever on the last address thus communicated. Ownership of the registered shares will result from the recordings in the shareholders' register. Certificates reflecting the recordings in the shareholders register will be delivered to the shareholders. The Company may issue multiple registered share certificates.

Any transfer of registered shares will be registered in the shareholders register by a declaration of transfer entered into the shareholders' register, dated and signed by the transferor and the transferee or by their representative(s) as well as in accordance with the rules on the transfer of claims laid down in article 1690 of the Luxembourg Civil Code. Furthermore, the Company may accept and enter into the shareholders' register any transfer referred to in any correspondence or other document recording the consent of the transferor and the transferee.

Ownership of a share carries implicit acceptance of the Articles of Association and the resolutions adopted by the general meeting of shareholders.

Art. 7. Increase and reduction of capital. The issued and/or authorized capital of the Company may be increased or reduced one or several times by a resolution of the general meeting of shareholders adopted in compliance with the quorum and majority rules set by these Articles of Association or, as the case may be, by the Laws for any amendment of these Articles of Association.



The new shares to be subscribed for by contribution in cash will be offered by preference to the existing shareholders in proportion to the part of the capital which those shareholders are holding. The Board of Directors shall determine the period within which the preferred subscription right shall be exercised. This period may not be less than thirty days.

Notwithstanding the above, the general meeting, voting in compliance with the quorum and majority rules set by these Articles of Association or, as the case may be, by the Laws for any amendment of these Articles of Association may limit or withdraw the preferential subscription right or authorise the Board of Directors to do so.

Art. 8. Acquisition of own shares. The Company may acquire its own shares. The acquisition and holding of its own shares will be in compliance with the conditions and limits established by the Laws.

Chapter III.- Board of Directors, Auditor

Art. 9. Management. The Company shall be managed by a board of directors, composed of not less than four (4) and no more than eight (8) members, who need not be shareholders (the «Board of Directors»).

The members of the Board of Directors will be elected by the general meeting of shareholders, who will determine their number, for a period not exceeding six years, and they will hold office until their successors are elected. They are re-eligible and they may be removed at any time, with or without cause, by a resolution adopted by the general meeting of shareholders.

In the event of a vacancy on the Board of Directors, the remaining directors may elect by co-optation a director to fill such vacancy until the next general meeting of shareholders, which shall ratify such co-optation or elect a new member of the Board of Directors instead.

- Art. 10. Powers of the Board of Directors. The Board of Directors is vested with the broadest powers to perform all acts necessary or useful for accomplishing the Company's object. All powers not expressly reserved by the Articles of Association or by the Laws to the general meeting of shareholders are in the competence of the Board of Directors
- **Art. 11. Management Fees and Expenses.** The members of the Board of Directors may receive a management fee in respect of the carrying out of their management of the Company and shall in addition be reimbursed for all other expenses whatsoever incurred by the members of the Board of Directors in relation with such management of the Company or the pursuit of the Company's corporate object.
- **Art. 12. Directors' Liability.** No member of the Board of Directors commits itself, by reason of its functions, to any personal obligation in relation to the commitments taken on behalf of the Company. Any such member is only liable for the performance of its duties.
- Art. 13. Delegation of Powers Representation of the Company. The Board of Directors shall delegate under its general supervision the daily management as well as any other powers of the Company and the representation of the Company within such daily management to a committee of its choice (the «Executive Committee»).

The appointment to such Executive Committee of members of the Board of Directors is subject to the previous authorisation by the general meeting of shareholders.

Save as otherwise provided in these Articles of Association, the voting and quorum rules as well as generally the corporate governance for meetings of the Executive Committee shall be the same as for the Board of Directors (as from time to time in effect), provided that the Executive Committee shall wherever possible operate in a collegial manner to achieve consensus on any of its actions.

The Executive Committee meetings shall be held on a weekly basis in Luxembourg unless otherwise agreed by the Executive Committee.

The Board of Directors may also delegate other special powers or proxies or entrust determined permanent or temporary functions to persons or other committees of its choice.

The Company will be bound towards third parties by the joint signature of any two members of the Board of Directors.

The Company will further be bound towards third parties by the joint signatures of any two members of the Executive Committee within the powers of such Executive Committee, or by the joint signatures of any two persons to whom special signatory power has been delegated by the Board of Directors, within the limits of such special power.

Art. 14. Conflicts of interest-Indemnity. No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the fact that a member of the Board of Directors, the officers or employees of the Company have a personal interest in, or is a shareholder, director, manager, officer or employee of such other company or firm. Any person related as afore described to any company or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason solely of such affiliation with such other company or firm, be prevented from considering, voting or otherwise acting upon any matters with respect to such contract or business.

Notwithstanding the above, in the event that any member of the Board of Directors of the Company has or may have any personal interest in any transaction of the Company, such member shall make known such personal interest to the Board of Directors and shall not consider or vote on any such transaction, and such transaction and such Director's interest therein shall be reported to the next general meeting of shareholders.

The Company shall indemnify the members of the Board of Directors, the officers or employees of the Company and, if applicable, their successors, heirs, executors and administrators, against damages to be paid and expenses reasonably incurred by them in connection with any action, suit or proceeding to which they may be made a party by reason of them being or having been directors, managers, officers or employees of the Company, or, at the request of the Company, of any other company of which the Company is a shareholder or creditor and by which they are not entitled to



be indemnified, except in relation to matters as to which they shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or misconduct. In the event of a settlement, indemnification shall be provided only in connection with such matters covered by the settlement as to which the Company is advised by its legal counsel that the person to be indemnified is not guilty of gross negligence or misconduct. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which the persons to be indemnified pursuant to the present Articles of Association may be entitled.

Art. 15. Meetings of the Board of Directors. The Board of Directors will appoint from among its members a chairman (the «Chairman») and a vice-chairman (the «Vice-Chairman»). It may also appoint a secretary, who need not be a member of the Board of Directors, who will be responsible for keeping the minutes of the meetings of the Board of Directors (the «Secretary»).

The Board of Directors will meet upon call by the Chairman or, in his absence, the Vice-Chairman. A meeting of the Board of Directors must be convened if any two of its members so require.

The Chairman, or in his absence, the Vice-Chairman will preside at all meetings of the Board of Directors, except that in the absence of both the Chairman and the Vice-Chairman the Board of Directors may appoint another member of the Board of Directors as chairman pro tempore by vote of the majority present at such meeting.

Board meetings shall be held at least four times a year and at not more than three monthly intervals. A majority of board meetings held in each year shall take place in the Grand Duchy of Luxembourg.

Except in cases of urgency or with the prior consent of all those entitled to attend, at least five days notice of Board of Directors meetings shall be given in writing and transmitted by any means of communication allowing for the transmission of a written text. Any such notice shall specify the time and place of the meeting as well as a reasonably detailed agenda and the nature of the business to be transacted and be accompanied by any relevant papers. The notice may be waived by the consent in writing, transmitted by any means of communication allowing for the transmission of a written text, of each member of the Board of Directors. No separate notice is required for meetings held at times and places specified in a schedule previously adopted by resolution of the Board of Directors.

Every Board of Directors meeting shall be held in Luxembourg or such other place as the Board of Directors may from time to time determine. Any member of the Board of Directors may act at any meeting of the Board of Directors by appointing in writing another member of the Board of Directors as his proxy.

The Board of Directors may invite any members of the Executive Committee or any other committee appointed by the Board of Directors or generally any other persons of its choice to attend its meetings without such attendees counting in the quorum or vote on any matters.

A quorum of the Board of Directors shall be the presence or the representation of three members of the Board of Directors holding office. If a quorum is not present or ceases to be present, the Directors present shall adjourn the meeting to a specified place and time no more than five Business Days after the original date. Notice of the adjourned meeting shall be given by the secretary of the Company. Decisions will be taken by a majority of the votes of the members of the Board of Directors present or represented at such meeting. The Chairman shall have no casting vote.

One or more members of the Board of Directors may participate in a meeting by means of a conference call or by any similar means of communication enabling thus several persons participating therein to simultaneously communicate with each other. Such participation shall be deemed equal to a physical presence at the meeting. A meeting held as described here above shall be deemed to take place at the place where the largest group of participating Directors is assembled or, if no such group is readily identifiable, at the place from where the chairman of the meeting participates and shall be subject to the requirement that a majority of board meetings held in each year take place in Luxembourg.

In case of urgency, a written decision, signed by all the members of the Board of Directors, is proper and valid as though it had been adopted at a meeting of the Board of Directors which was duly convened and held. Such a decision can be documented in a single document or in several separate documents having the same content and each of them signed by one or several members of the Board of Directors.

Art. 16. Minutes of meetings of the Board of Directors. The minutes of any meeting of the Board of Directors will be signed by the chairman of the meeting. Any proxies will remain attached thereto.

Copies or extracts of such minutes which may be produced in judicial proceedings or otherwise will be signed by the Chairman, or in his absence the Vice-Chairman, and by the Secretary (if any) or by any two members of the Board of Directors.

Art. 17. Independent Auditors. The business of the Company and its financial situation, including more in particular its books and accounts, shall be reviewed by one or more independent auditors («réviseurs d'entreprises»).

The independent auditor(s) will be appointed by the Board of Directors, who will determine their number, for a period not exceeding six years, and they will hold office until their successors are elected. They are re-eligible and they may be removed at any time, with cause, by a decision of the Board of Directors.

Chapter IV.- General meeting of Shareholders

Art. 18. Powers of the Meeting of Shareholders. Any regularly constituted meeting of shareholders of the Company represents the entire body of shareholders.

The general meeting of shareholders shall have such powers as are vested with the general meeting of shareholders pursuant to these Articles of Association and the Laws.

Art. 19. Annual General Meeting. The annual general meeting of shareholders will be held at the registered office of the Company or at such other place as may be specified in the notice convening the meeting, on the third Thursday of March at 10.00 a.m.

If such day is a public holiday, the meeting will be held on the next following business day.



Art. 20. Other General Meetings. The Board of Directors or the independent auditor(s) may convene general meetings of shareholders (in addition to the annual general meeting of shareholders). Such meetings must be convened if shareholders representing at least one fifth of the Company's capital so require.

Shareholders' meetings, including the annual general meeting of shareholders, may be held abroad if, in the judgement of the Board of Directors, which is final, circumstances of force majeure so require.

Art. 21. Notice of General Meetings. Shareholders will meet upon issuance (including, if appropriate, its publication) of a convening notice in compliance with these Articles of Association or the Laws. The convening notice sent to the shareholders will specify the time and place of the meeting as well as the agenda and the nature of the business to be transacted at the relevant general meeting of shareholders. The agenda for an extraordinary general meeting shall also, where appropriate, describe any proposed changes to the Articles of Association and, if applicable, set out the text of those changes affecting the object or form of the Company.

If all the shareholders are present or represented at a general meeting of shareholders and if they state that they have been informed of the agenda of the meeting, the meeting may be held without prior notice.

Art. 22. Attendance - Representation. All shareholders are entitled to attend and speak at any general meeting of shareholders.

A shareholder may act at any general meeting of shareholders by appointing in writing, to be transmitted by any means of communication allowing for the transmission of a written text, another person who need not be a shareholder himself. The Board of Directors may determine the form of proxy and may request that the proxies be deposited at the place indicated by the Board of Directors at least five days prior to the date set for the meeting. Any legal entity, being a shareholder, may execute a form of proxy under the hand of a duly authorised officer, or may authorise such person as it thinks fit to act as its representative at any general meeting of shareholders, subject to the production of such evidence of authority as the Board of Directors may require. The Board of Directors may determine any other conditions that must be fulfilled in order to take part in a general meeting of shareholders.

Each share is indivisible as far as the Company is concerned. The co-proprietors, the usufructuaries and bare-owners of shares, the creditors and debtors of pledged shares must appoint one sole person to represent them at any general meeting of shareholders.

Art. 23. Proceedings. Any general meeting of shareholders shall be presided by the Chairman, or in his absence the Vice-Chairman, or in their absence by a person designated by the Board of Directors.

The chairman of the general meeting of shareholders shall appoint a secretary.

The general meeting of shareholders shall appoint a scrutineer.

The chairman, the secretary and the scrutineer thus appointed together form the board of the general meeting.

Art. 24. Adjournment. The Board of Directors may forthwith adjourn any general meeting of shareholders by four weeks. The Board of Directors must adjourn it if so required by shareholders representing at least one fifth of the Company's issued capital.

Such adjournment automatically cancels any resolution already adopted prior thereto.

The adjourned general meeting of shareholders has the same agenda as the first one. Shares and proxies regularly deposited in view of the first meeting remain validly deposited for the second one.

Art. 25. Vote. An attendance list indicating the name of the shareholders and the number of shares for which they vote is signed by each one of them or by their proxy prior to the opening of the proceedings of the general meeting of shareholders.

The general meeting of shareholders may deliberate and vote only on the items comprised in the agenda.

Each share entitles to one vote, subject to the limitations imposed by the Laws.

Voting takes place by a show of hands or by a roll call, unless the general meeting of shareholders resolves to adopt another voting procedure.

At any general meeting of shareholders other than an extraordinary general meeting convened for the purpose of amending the Company's Articles of Association or voting on resolutions whose adoption is subject to the quorum and majority requirements of an amendment to the Articles of Association, resolutions shall be adopted, irrespective of the number of shares represented, by a simple majority of votes cast.

At any extraordinary general meeting of shareholders, convened in accordance with these Articles of Association or the Laws, for the purpose of amending the Company's Articles of Association or voting on resolutions whose adoption is subject to the quorum and majority requirements of an amendment to the Articles of Association, the quorum shall be at least one half of all the shares issued and outstanding. If the said quorum is not present, a second meeting may be convened at which there shall be no quorum requirement.

In order for the proposed resolutions to be adopted, and save as otherwise provided by the Laws, a 2/3rds majority of the votes of the shareholders present or represented is required at any such general meeting.

Art. 26. Minutes. The minutes of the general meeting of shareholders shall be signed by the chairman of the meeting, the secretary of the meeting and the scrutineer of the meeting and may be signed by any shareholders or proxies of shareholders, who so request.

Copies or extracts of these minutes to be produced in judicial proceedings or otherwise shall be signed by the Chairman.

Chapter V.- Financial year, Distribution of Earnings

Art. 27. Financial Year. The Company's financial year begins on the first day of January in each year and ends on the last day of December in the same year.



- Art. 28. Adoption of financial statements. The Board of Directors shall prepare, for approval by the shareholders, annual accounts and other reports in accordance with the requirements of the Laws and Luxembourg accounting practice. The annual accounts and other reports shall be subject to such communication and review as prescribed by the applicable laws and shall be submitted to the general meeting of shareholders, which shall consider and, if thought fit, adopt these annual accounts.
- Art. 29. Appropriation of Profits. From the annual net profits of the Company at least five per cent (5%) shall each year be allocated to the reserve required by law (the «Legal Reserve»). That allocation to the Legal Reserve will cease to be required as soon and as long as such Legal Reserve amounts to ten per cent (10%) of the subscribed capital of the Company.

After the allocations to the Legal Reserve, the general meeting of shareholders shall determine how the remainder of the annual net profits, will be disposed of by allocating the whole or part of the remainder to a reserve or to a provision, to carry it forward to the next following financial year or to distribute it, together with carried forward profits, distributable reserves or share premium to the shareholders, each share entitling to the same proportion in such distributions.

Subject to the conditions fixed by the Laws and in compliance with the foregoing provisions, the Board of Directors may pay out an advance payment on dividends to the shareholders. The Board of Directors fixes the amount and the date of payment of any such advance payment.

Chapter VI.- Dissolution, Liquidation

Art. 30. Dissolution, Liquidation. The Company may be dissolved by a resolution of the general meeting of shareholders adopted in compliance with the convening requirements, quorum and majority rules set for any amendment of these Articles of Association by these Articles of Association and, as the case may be, by the Laws in case of liquidation of credit institutions.

Should the Company be dissolved, the liquidation will be carried out by the Board of Directors or such other person (who may be physical persons or legal entities) appointed by a general meeting of shareholders, who will determine their powers and their compensation.

After payment of all debts of and any charges against the Company and of the expenses of the liquidation, the net liquidation proceeds shall be distributed to the shareholders in conformity with and so as to achieve on an aggregate basis the same economic result as the distribution rules set our for dividend distributions.

Chapter VII.- Applicable law

Art. 31. Applicable Law. All matters not governed by the Articles of Association shall be determined in accordance with the Laws, in particular the law of August 10, 1915 on commercial companies, as amended.»

Seventh resolution

The Meeting unanimously resolved upon review of the resignation letters of Mr Jean-Michel Loehr and Mr José Luis Velasco Arangüena as directors of the Company that these resignations be accepted with immediate effect.

Eighth resolution

The Meeting unanimously resolved to set at five (5) the number of members of the Board of Directors of the Company and further resolved to confirm and/or appoint with immediate effect the following persons as members of the Board of Directors of the Company:

- Mr Marc Hoffmann, banker, residing at 2, rue Lembierg, L-8531 Ell, Grand Duchy of Luxembourg;
- Mr Michel Malpas, banker, residing at 53, allée Léopold Goebel, L-1653 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg;
- Mr José Placido, banker, residing at 117A Farnham Avenue, Toronto, Ontario, M4V 1H7, Canada;
- Mr Pierre Malevez, banker, residing at 68, route de Luxembourg, L-8440 Steinfort, Grand Duchy of Luxembourg; and
- Mr Claude Schon, banker, residing at 14, rue Batty Weber, L-7259 Bereldange, Grand Duchy of Luxembourg.

The mandate of the members of the Board of Directors of the Company shall expire immediately after the annual general meeting of the shareholders approving the accounts of the Company for the year 2010.

The Meeting unanimously resolved to approve that members of the Board of Directors may be appointed to the Executive Committee (as defined in article 13 of the articles of association).

Ninth resolution

The Meeting unanimously resolved to confer full powers on the Board of Directors to implement the resolutions adopted under the preceding items.

Expenses

The expenses, costs, fees and charges which shall be borne by the Company as a result of this deed are estimated at nine thousand EURO (EUR 9,000.-)

As the contributed Dexia BIL Assigned Business forms in itself an enterprise capable of functioning by its own means (as this concept is used in Art. 59 of the Luxembourg Income Tax Code, Art. 4.1 of the Law of 29 December 1971 on contribution duties), the Company refers to article 4.1 of the law of December 29, 1971, which provides for capital duty exemption in such case.

There being no further business, the meeting is closed at 9.30 a.m.

The undersigned notary who knows and speaks English, states herewith that on request of the above appearing persons, the present deed is worded in English followed by a French version; on request of the same persons and in case of divergences between the English and the French text, the English text will prevail.

Whereof the present deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.



The document having been read to the appearing persons, whom are known to the notary, by their surname, first name, civil status and domicile, the appearing persons have signed together with the undersigned notary the present original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille six, le deuxième jour du mois de janvier,

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire, de résidence à Luxembourg (Grand-Duché de Luxembourg),

S'est réunie une assemblée générale extraordinaire des actionnaires (l'«Assemblée») de FIRST EUROPEAN TRANS-FER AGENT, une société anonyme constituée et régie selon le droit luxembourgeois, ayant son siège social au 5, rue Thomas Edison, L-1445 Strassen, Grand-Duché de Luxembourg, constituée suivant acte de Maître Edmond Schroeder, notaire, de résidence à Mersch (Grand-Duché de Luxembourg), en date du 30 mars 1994, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, n° 280 du 22 juillet 1994, dont les statuts furent modifiés pour la dernière fois par acte de Maître Frank Baden, notaire de résidence à Luxembourg (Grand-Duché de Luxembourg), en date du 5 mai 2004, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, n° 744 du 20 juillet 2004 et inscrite au Registre du Commerce et des Sociétés de Luxembourg, sous le numéro B 47.192 (la «Société»).

L'Assemblée est déclarée ouverte à 9.00 heures et est présidée par Monsieur Laurent Vanderweyen, banquier, demeurant professionnellement à Strassen-Luxembourg.

Le président désigne comme secrétaire Monsieur Georges Kohr, banquier, demeurant professionnellement à Strassen-Luxembourg.

L'Assemblée élit aux fonctions de scrutateur Monsieur Gilles Reiter, banquier, demeurant professionnellement à Strassen-Luxembourg.

Le bureau de l'Assemblée étant ainsi constitué, le Président déclare et demande au notaire d'acter que:

I. L'ordre du jour de l'Assemblée est le suivant:

Ordre du jour

- 1. Prise de connaissance et approbation d'un Rapport du Conseil d'Administration et d'un Rapport des Réviseurs d'entreprises sur l'apport en nature relatif à l'augmentation de capital proposée.
- 2. Augmentation du capital social de la société à concurrence de deux cent soixante-deux millions euros (EUR 262.000.000,-) pour le porter de son montant actuel de un million cinq cent mille euros (EUR 1.500.000,-), représenté par soixante mille (60.000) actions, ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune, à un montant de deux cent soixante-trois millions cinq cent mille euros (EUR 263.500.000,-), représenté par dix millions cinq cent quarante mille (10.540.000) actions, ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune.
- 3. Emission de dix millions quatre cent quatre-vingt mille (10.480.000) nouvelles actions de la Société, ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune, conférant des droits et privilèges identiques à ceux attachés aux actions existantes.
- 4. Acceptation de la souscription de ces nouvelles actions par DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, Grand-Duché de Luxembourg, et acceptation de la libération intégrale de chacune de ces nouvelles actions par un apport en nature consistant dans l'ensemble de l'actif et du passif constitué par la branche d'activité de service de titres, administration de fonds, distribution de fonds, représentation de fonds, agent payeur, agent de transfert, banque dépositaire et tenue de registre de parts de DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, Grand-Duché de Luxembourg, laquelle branche d'activité, avec ses filiales et succursales, forme un ensemble capable de fonctionner par ses propres moyens (au sens du terme tel qu'il est utilisé à l'article 59 du Code luxembourgeois de l'Impôt sur le Revenu, l'article 4.1 de la Loi du 29 décembre 1971 sur le droit d'apport et les articles 9 et 15 de la Loi luxembourgeoise sur la TVA).
- 5. Création d'un capital autorisé s'élevant à un montant de cinq cent millions euros (EUR 500.000.000,-) divisé en vingt millions (20.000.000) actions, ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune, et autorisation du Conseil d'Administration de supprimer ou limiter le droit préférentiel de souscription des actionnaires en cas d'émission d'actions contre paiement en espèces.
- 6. Refonte complète des Statuts de la Société en vue de refléter le nouveau statut de banque de la Société conformément à la Loi du 5 avril 1993 sur le secteur financier, et, notamment, résolution:
 - (i) de modifier l'objet social comme suit:
- «La Société a pour objet l'exercice pour son propre compte, ainsi que pour le compte de tierces personnes ou ensemble avec des tierces personnes, que ce soit sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg ou en dehors de celuici, d'activités bancaires ou financières réservées aux établissements de crédit ainsi que toute activité financière, administrative, de gestion ou de conseil en relation, directe ou indirecte, avec ces opérations.

L'objet comprendra (sans que cette énumération ne soit limitative) la réception de dépôts à vue ou à terme en toute(s) devise(s), l'octroi de prêts en toutes devises, le prêt de titres, le dépôt et la gestion de portefeuilles d'actions, obligations et/ou autres instruments financiers, la fourniture de services d'agent de transfert et d'administration centrale à des sociétés d'investissement, fonds d'investissements, sociétés holding et autres véhicules similaires, réglementés ou non réglementés, la souscription et l'encaissement de coupons, avec faculté d'endosser, d'escompter, de réescompter, de vendre et autrement de négocier des obligations, effets de commerce et autres engagements de quelque nature que ce soit, et d'en disposer, et avec faculté d'octroyer des crédits d'acceptation, d'émettre et de confirmer des lettres de crédit et des crédits documentaires de quelque nature que ce soit, ainsi que toutes autres opérations.

L'objet comprendra l'acquisition et la détention de participations sous toute forme au Luxembourg et/ou dans des entreprises étrangères qui opèrent dans le secteur financier, l'administration, le développement et la gestion de ces participations, le soutien des activités et/ou le financement des entreprises dans lesquels elle détient des participations ou qui font partie du même groupe de sociétés.



La Société peut exercer toute activité industrielle, commerciale ou immobilière rentrant directement ou indirectement dans le cadre de la réalisation de son objet social tel que décrit ci-dessus. Ce qui précède est sujet à l'interprétation la plus large qui soit envisageable.»

- (ii) de changer la dénomination sociale de la Société en RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A. par anticipation de la cession de toutes les actions de la Société à RBC DEXIA INVESTORS SERVICES LIMITED, Royaume-Uni.
 - (iii) de refléter l'augmentation de capital proposée.
- 7. Acceptation de la démission des membres du Conseil d'Administration et détermination du nombre des membres du Conseil d'Administration de la Société, ainsi que la confirmation et/ou l'élection des membres du Conseil d'Administration de la Société et la détermination de la durée de leur mandat.
- 8. Attribution de mandat aux membres du Conseil d'Administration de la Société aux fins de mettre en oeuvre les résolutions reprises ci-dessus.
 - 9. Divers.
- II. Les noms des actionnaires présents ou représentés, les noms des mandataires des actionnaires représentés et le nombre des actions détenues par chacun d'eux sont renseignés sur une liste de présence signée par les actionnaires présents, par les mandataires des actionnaires représentés et par les membres du bureau de l'Assemblée; cette liste de présence restera annexée au présent acte pour être soumise avec celui-ci aux formalités de l'enregistrement. Les procurations des actionnaires représentés, signées ne varietur par les comparants, resteront également annexées au présent acte.
- III. L'intégralité du capital social émis est représenté à l'Assemblée qui est par conséquent régulièrement constituée et peut valablement délibérer sur tous les points de l'ordre du jour, et les actionnaires présents ou représentés, ont déclaré qu'ils ont été dûment convoqués à la présente Assemblée et qu'ils ont été dûment informés de l'ordre du jour avant la réunion de cette Assemblée.
- IV. L'Assemblée, après avoir discuté du contenu du Rapport du Conseil d'Administration et du Rapport d'Évaluation du Réviseur d'Entreprises, une copie desquels, qui a été signée ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant, restera annexée à l'original du présent acte pour être soumise avec celui-ci aux formalités de l'enregistrement, a adopté, chaque fois à l'unanimité, les résolutions suivantes:

Première résolution

L'Assemblée décide à l'unanimité de prendre connaissance et d'approuver le Rapport du Conseil d'Administration daté du 2 janvier 2006 sur le projet d'augmentation du capital et le Rapport du Réviseur d'Entreprises sur l'apport en nature dans le cadre du projet d'augmentation de capital établi par PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., établie et ayant son siège au 400, route d'Esch, L-1014 Luxembourg (Grand-Duché de Luxembourg) (le «Réviseur d'Entreprises»), et signé par M. Philippe Sergiel, réviseur d'entreprises, en date du 2 janvier 2006 dans lequel la branche d'activité Dexia BIL cédée est décrite et évaluée (le «Rapport sur l'Apport en nature»).

Deuxième résolution

L'Assemblée décide à l'unanimité d'augmenter le capital social de la Société à concurrence de deux cent soixante-deux millions euros (EUR 262.000.000,-) pour le porter de son montant actuel de un million cinq cent mille euros (EUR 1,500,000.-) représenté par soixante mille (60.000) actions, ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune, à un montant de deux cent soixante-trois millions cinq cent mille euros (EUR 263.500.000,-), représenté par dix millions cinq cent quarante mille (10.540.000) actions, ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune.

Troisième résolution

L'Assemblée décide à l'unanimité d'émettre dix millions quatre cent quatre-vingt-mille (10.480.000) nouvelles actions de la Société, ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune, conférant des droits et privilèges identiques à ceux attachés aux actions existantes.

Quatrième résolution - Souscription - Libération

Après que ces résolutions aient été prises, a comparu DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, une société anonyme constituée et régie selon le droit luxembourgeois, établie et ayant son siège social au 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, inscrite au Registre du Commerce et des Sociétés sous le n° B 6.307 (le «Souscripteur»), ci-après représentée par Monsieur Laurent Vanderweyen et Monsieur Gilles Reiter, agissant conjointement, chacun demeurant professionnellement à Strassen-Luxembourg, en vertu d'une procuration délivrée à Luxembourg en date du 21 décembre 2005.

La procuration a été signée ne varietur par les comparants et le notaire, et elle restera annexée à l'original du présent acte pour être soumise avec celui-ci aux formalités de l'enregistrement.

Le Souscripteur déclare souscrire à dix millions quatre cent quatre-vingt mille (10.480.000) nouvelles actions d'une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune, et libérer ces nouvelles actions par un apport en nature consistant dans l'ensemble de l'actif et du passif constitué par la branche d'activité de service de titres, administration de fonds, distribution de fonds, représentation de fonds, agent payeur, agent de transfert, banque dépositaire et tenue de registre de parts de DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, Grand-Duché de Luxembourg, laquelle branche d'activité, ensemble avec ses filiales et succursales, forme un ensemble capable de fonctionner par ses propres moyens (au sens du terme tel qu'il est utilisé à l'article 59 du Code luxembourgeois de l'Impôt sur le Revenu, l'article 41 de la Loi du 29 décembre 1971 sur le droit d'apport et les articles 9 et 15 de la Loi luxembourgeoise sur la TVA) (la Branche d'activité Dexia BIL Cédée).

La Branche d'activité Dexia BIL Cédée est décrite en détail dans le Rapport du Conseil d'Administration et dans le Rapport sur l'Apport en nature soumis lors de l'Assemblée.



La Branche d'activité Dexia BIL Cédée ainsi apportée représente un apport net d'une valeur totale de deux cent soixante-deux millions euros (EUR 262.000.000,-).

Le Souscripteur déclare qu'il effectuera, ensemble avec la Société, et que des instructions régulières ont été et seraient données, afin que soient effectués toute notification, tout enregistrement, toutes formalités ou démarches (nécessitées d'un point de vue réglementaire, droit des sociétés ou autres) requises pour procéder au et/ou parfaire le transfert régulier de la Branche d'activité Dexia BIL Cédée vers la Société.

Le notaire instrumentant a reçu la preuve que la Branche d'activité Dexia BIL Cédée appartient au Souscripteur.

Le Souscripteur a en outre déclaré que les conclusions du Rapport d'Évaluation sont les suivantes:

«Sur base du travail effectué tel que décrit dans le présent rapport, notre attention n'a été attirée par aucun élément qui nous inciterait à considérer que la valeur de l'apport en nature consistant en la Branche d'activité Dexia BIL Cédée n'est pas au minimum égale aux 10.480.000 actions et à la valeur nominale de ces actions à être émises pour un montant de EUR 262.000.000,-.»

Le Rapport sur l'Apport en nature a été signé ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant, et restera annexé à l'original du présent acte pour être soumis avec celui-ci aux formalités de l'enregistrement.

L'Assemblée décide à l'unanimité d'accepter cette souscription et libération par le Souscripteur et d'attribuer les nouvelles actions tel que décrit ci-dessous:

Souscripteur capital souscrit nombre prime d'émission et libéré (EUR) d'actions

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE À LUXEMBOURG . . . 262.000.000,- 10.480.000 0,-

Cinquième résolution

L'Assemblée décide à l'unanimité d'une refonte complète des Statuts de la Société en vue de refléter le nouveau statut de banque de la Société conformément à la Loi du 5 avril 1993 sur le secteur financier, et, notamment:

(i) de modifier l'objet social comme suit:

«La Société a pour objet l'exercice pour son propre compte, ainsi que pour le compte de tierces personnes ou ensemble avec des tierces personnes, que ce soit sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg ou en dehors de celuici, d'activités bancaires ou financières réservées aux établissements de crédit ainsi que toute activité financière, administrative, de gestion ou de conseil en relation avec ces opérations.

L'objet comprendra (sans que cette énumération ne soit limitative) la réception de dépôts à vue ou à terme en toute(s) devise(s), l'octroi de prêts en toutes devises, le prêt de titres, le dépôt et la gestion de portefeuilles d'actions, obligations et/ou autres instruments financiers, la fourniture de services d'agent de transfert et d'administration centrale à des sociétés d'investissement, fonds d'investissements, sociétés holding et autres véhicules similaires, réglementés ou non réglementés, la souscription et l'encaissement de coupons, avec faculté d'endosser, d'escompter, de réescompter, de vendre et autrement de négocier des obligations, effets de commerce et autres engagements de quelque nature que ce soit, et d'en disposer, et avec faculté d'octroyer des crédits d'acceptation, d'émettre et de confirmer des lettres de crédit et des crédits documentaires de quelque nature que ce soit, ainsi que toutes autres opérations.

L'objet comprendra l'acquisition et la détention de participations sous toute forme au Luxembourg et/ou dans des entreprises étrangères qui opèrent dans le secteur financier, l'administration, le développement et la gestion de ces participations, le soutien des activités et/ou le financement des entreprises dans lesquels elle détient des participations ou qui font partie du même groupe de sociétés.

La Société peut exercer toute activité industrielle, commerciale ou immobilière rentrant directement ou indirectement dans le cadre de la réalisation de son objet social tel que décrit ci-dessus. Ce qui précède est sujet à l'interprétation la plus large qui soit envisageable.»

- (ii) de changer la dénomination sociale de la Société en RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A. par anticipation de la cession de toutes les actions de la Société à RBC DEXIA INVESTORS SERVICES LIMITED, Royaume-Uni;
 - (iii) de refléter l'augmentation du capital résultant de l'apport à la Société de la Branche d'activité Dexia BIL Cédée; et
- (iv) de créer un capital autorisé s'élevant à un montant de cinq cent millions euros (EUR 500.000.000,-) divisé en vingt millions (20.000.000) actions, ayant une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25,-) chacune, et d'autoriser le Conseil d'Administration de supprimer ou limiter le droit préférentiel de souscription des actionnaires en cas d'émission d'actions contre paiement en espèces.

Sixième résolution

L'Assemblée décide à l'unanimité que, par conséquence des résolutions reprises ci-dessus, les statuts de la Société auront dorénavant la teneur suivante:

Chapitre Ier .- Forme, Dénomination, Siège, Objet, Durée

Art. 1^{er}. Forme, Dénomination. La société (la «Société») est constituée sous la forme d'une société anonyme qui est régie par les lois du Grand-Duché de Luxembourg (la «Loi») et par les présents statuts (les «Statuts»).

La Société adopte la dénomination RBC DEXIA INVESTOR SERVICES BANK S.A.

Art. 2. Siège social. Le siège social est établi à 5, rue Thomas Edison, L-1445 Strassen (Grand-Duché de Luxembourg).

Le siège social peut être transféré à tout autre endroit de Strassen (Grand-Duché de Luxembourg) par décision du Conseil d'Administration.

Des succursales ou autres bureaux peuvent être établis soit au Grand-Duché de Luxembourg, soit à l'étranger par une décision du Conseil d'Administration.

Si le Conseil d'Administration estime que des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social compromettent l'activité normale de la Société à son siège social ou la communication aisée avec ce siège ou entre ce



siège et l'étranger ou que de tels événements sont imminents, le siège social pourra être transféré temporairement à l'étranger jusqu'à la cessation complète de ces circonstances anormales. Ces mesures provisoires n'auront aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera régie par la Loi. Ces mesures provisoires seront prises et portées à la connaissance de tout intéressé par le Conseil d'Administration.

Art. 3. Objet. La Société a pour objet l'exercice pour son propre compte, ainsi que pour le compte de tierces personnes ou ensemble avec des tierces personnes, que ce soit sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg ou en dehors de celui-ci, d'activités bancaires ou financières réservées aux établissements de crédit ainsi que toute activité financière, administrative, de gestion ou de conseil en relation, directe ou indirecte, avec ces opérations.

L'objet comprendra (sans que cette énumération ne soit limitative) la réception de dépôts à vue ou à terme en toute(s) devise(s), l'octroi de prêts en toutes devises, le prêt de titres, le dépôt et la gestion de portefeuilles d'actions, obligations et/ou autres instruments financiers, la fourniture de services d'agent de transfert et d'administration centrale à des sociétés d'investissement, fonds d'investissements, sociétés holding et autres véhicules similaires, réglementés ou non réglementés, la souscription et l'encaissement de coupons, avec faculté d'endosser, d'escompter, de réescompter, de vendre et autrement de négocier des obligations, effets de commerce et autres engagements de quelque nature que ce soit et d'en disposer, et avec faculté d'octroyer des crédits d'acceptation, d'émettre et de confirmer des lettres de crédit et des crédits documentaires de quelque nature que ce soit, ainsi que toutes autres opérations.

L'objet comprendra l'acquisition et la détention de participations sous toute forme au Luxembourg et/ou dans des entreprises étrangères qui opèrent dans le secteur financier, l'administration, le développement et la gestion de ces participations, le soutien des activités et/ou le financement des entreprises dans lesquels elle détient des participations ou qui font partie du même groupe de sociétés.

La Société peut exercer toute activité industrielle, commerciale ou immobilière rentrant directement ou indirectement dans le cadre de la réalisation de son objet social tel que décrit ci-dessus. Ce qui précède est sujet à l'interprétation la plus large qui soit envisageable.

Art. 4. Durée. La Société est constituée pour une durée illimitée.

Chapitre II.- Capital, actions

Art. 5. Capital social. Le capital émis de la Société est fixé à deux cent soixante-trois millions cinq cent mille euros (EUR 263.500.000,-) représenté par dix millions cinq cent quarante mille (10.540.000) actions. Chaque action émise a une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25.-) et est entièrement libérée.

Les droits et obligations inhérents aux actions sont identiques sauf stipulation contraire dans les Statuts ou la Loi. Le capital autorisé de la Société est fixé à cinq cent millions euros (EUR 500.000.000,-) représenté par vingt millions (20.000.000) actions. Chaque action autorisée a une valeur nominale de vingt-cinq euros (EUR 25.-).

Le Conseil d'Administration est autorisé et mandaté, jusqu'à concurrence du montant du capital autorisé, à (i) réaliser toute augmentation de capital social en une ou plusieurs fois, le cas échéant, à la suite de l'exercice de droits de souscription et/ou de droits de conversion accordés par le Conseil d'Administration à concurrence du capital autorisé conformément aux conditions des bons de souscription (qui peuvent être séparés ou attachés aux actions, obligations, billets ou instruments similaires), d'obligations convertibles ou instruments similaires émis de temps à autre par la Société, en émettant de nouvelles actions, avec ou sans prime d'émission, contre des apports en numéraire ou en nature, par conversion de créances de la Société, ou de toute autre manière; (ii) fixer le lieu et la date de l'émission ou des émissions successives, le prix d'émission, les conditions de la souscription et de la libération des actions nouvelles; et (iii) supprimer ou limiter le droit préférentiel de souscription des actionnaires dans le cas d'une émission d'actions contre apport en numéraire. Cette autorisation est valable pendant une période se terminant cinq (5) ans après la publication de l'acte de constitution au Mémorial et peut être renouvelée par une décision de l'assemblée générale des actionnaires délibérant aux conditions de quorum et de majorité exigées par les présents Statuts ou, le cas échéant, par la Loi pour toute modification des Statuts.

Le Conseil d'Administration peut déléguer à toute personne dûment autorisée la fonction d'accepter des souscriptions et de recevoir paiement pour des actions représentant tout ou partie de l'émission d'actions nouvelles dans le cadre du capital autorisé.

A la suite de chaque augmentation du capital social dans le cadre du capital autorisé, qui a été réalisée et constatée dans les formes prévues par la Loi, le présent article sera modifié afin de refléter l'augmentation du capital. Une telle modification sera constatée sous forme authentique par le Conseil d'Administration ou par toute personne dûment autorisée à cet effet par le Conseil d'Administration.

En plus du capital social, un compte de prime d'émission peut être établi auquel seront transférées toutes les primes d'émission payées sur les actions en plus de la valeur nominale. L'avoir de ce compte de prime d'émission peut être utilisé pour régler le prix de rachat d'actions que la Société a racheté à ses actionnaires, pour compenser des pertes nettes réalisées, pour distribuer des dividendes aux actionnaires ou pour affecter des fonds à la réserve légale.

Art. 6. Actions. Les actions seront nominatives.

Les actions sont librement cessibles.

Un registre des actionnaires sera tenu au siège social et tout actionnaire pourra en prendre connaissance. Ce registre contiendra la désignation précise de chaque actionnaire et l'indication du nombre de ses actions, l'indication des paiements effectués sur ses actions ainsi que les transferts des actions avec leur date. Chaque actionnaire notifiera son adresse et tout changement de celle-ci à la Société par lettre recommandée. La Société sera en droit de se fier pour toutes fins à la dernière adresse communiquée. La propriété des actions nominatives résultera de l'inscription dans le registre des actionnaires. Des certificats reflétant les inscriptions dans le registre des actionnaires seront délivrés aux actionnaires. La Société peut émettre des certificats d'actions nominatives multiples.



Toute cession d'actions nominatives sera inscrite dans le registre des actionnaires par une déclaration de cession, datée et signée par le cédant et le cessionnaire ou par leur(s) fondé(s) de pouvoir ainsi que suivant les règles sur le transport des créances établies par l'article 1690 du Code civil luxembourgeois sur le transport des créances. De plus, la Société peut accepter et inscrire dans le registre des actionnaires toute cession mentionnée dans toute correspondance ou autre document établissant l'accord du cessionnaire et du cédant.

La propriété d'une action emporte de plein droit adhésion aux Statuts de la Société et aux résolutions adoptées par l'assemblée générale des actionnaires.

Art. 7. Augmentation et réduction du capital social. Le capital émis et/ou autorisé peut être augmenté ou réduit, en une ou en plusieurs fois, par une résolution de l'assemblée générale des actionnaires adoptée aux conditions de quorum et de majorité exigées par les présents Statuts ou, le cas échéant, par la Loi pour toute modification des Statuts.

Les nouvelles actions à souscrire par apport en numéraire seront offertes par préférence aux actionnaires existants proportionnellement à la part du capital qu'ils détiennent. Le Conseil d'Administration fixera le délai pendant lequel le droit préférentiel de souscription devra être exercé. Ce délai ne pourra pas être inférieur à trente jours.

Par dérogation à ce qui est dit ci-dessus, l'assemblée générale délibérant aux mêmes conditions de quorum et de majorité que celles exigées par les présents Statuts ou, le cas échéant, par la Loi pour toute modification des Statuts, peut limiter ou supprimer le droit préférentiel de souscription ou autoriser le Conseil d'Administration à le faire.

Art. 8. Rachat d'actions. La Société peut racheter ses propres actions. L'acquisition et la détention de ses actions propres se fera conformément aux conditions et dans les limites fixées par la Loi.

Chapitre III.- Conseil d'Administration, Réviseur d'Entreprises

Art. 9. Gestion. La Société est gérée par un conseil d'administration composé de quatre (4) membres au moins et de huit (8) membres au plus, actionnaires ou non (le «Conseil d'Administration»).

Les administrateurs seront nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans par l'assemblée générale des actionnaires, qui déterminera leur nombre et ils resteront en fonction jusqu'à la nomination de leurs successeurs. Ils sont rééligibles et ils peuvent être révoqués à tout moment, avec ou sans motif, par l'assemblée générale des actionnaires.

En cas de vacance d'un poste au Conseil d'Administration, les administrateurs restants ont le droit d'élire par cooptation un autre administrateur jusqu'à la prochaine assemblée générale, qui devra ratifier la cooptation ou élire un nouveau membre du Conseil d'Administration.

- Art. 10. Pouvoirs du Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration a les pouvoirs les plus larges pour accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social. Tous les pouvoirs qui ne sont pas réservés expressément par les Statuts ou par la Loi à l'assemblée générale relèvent de la compétence du Conseil d'Administration.
- Art. 11. Rémunération et dépenses. Les membres du Conseil d'Administration peuvent être rémunérés pour la gestion de la Société et sont, en plus, remboursés de leurs dépenses engagées en relation avec la gestion de la Société ou la poursuite de l'objet social.
- Art. 12. Responsabilité du Conseil d'Administration. Les membres du Conseil d'Administration n'engagent pas leur responsabilité personnelle lorsque, dans l'exercice de leur fonction, ils prennent des engagements pour le compte de la Société. Chaque administrateur est uniquement responsable de l'accomplissement de ses devoirs à l'égard de la Société.
- Art. 13. Délégation de pouvoirs Représentation de la Société. Le Conseil d'Administration peut déléguer la gestion journalière de la Société, ainsi que la représentation de la Société en ce qui concerne cette gestion à un comité de son choix (le «Comité de Direction»).

La nomination d'administrateurs au Comité de Direction est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale des actionnaires.

Sauf disposition contraire des Statuts, les règles de quorum et de vote ainsi qu'en général les règles de tenue des réunions du Comité de Direction seront les mêmes que celles prévues pour le Conseil d'Administration (celles-ci pouvant varier dans le temps), étant entendu que le Comité de Direction devra autant que possible agir de manière collégiale afin de parvenir à un consensus concernant ses actions.

Le Comité de Direction se réunira une fois par semaine, à moins qu'il n'en soit disposé autrement par le Comité de Direction

Le Conseil d'Administration peut également conférer des pouvoirs ou des mandats spéciaux ou des fonctions permanentes ou temporaires à des personnes ou autres comités de son choix.

Vis-à-vis des tiers, la Société sera engagée par la signature conjointe de deux administrateurs.

Vis-à-vis des tiers, la Société sera également engagée par la signature conjointe de deux membres du Comité de Direction dans le cadre des pouvoirs de ce Comité de Direction, ou par la signature conjointe de toutes personnes auxquelles un tel pouvoir de signature aura été délégué par le Conseil d'Administration, mais seulement dans les limites de ce pouvoir.

Art. 14. Conflit d'Intérêts. Aucun contrat ni autre transaction entre la Société et d'autres sociétés ou entreprises ne seront affectés ou invalidés par le fait qu'un ou plusieurs membres du Conseil d'Administration, fondés de pouvoirs ou employés de la Société ont un intérêt personnel dans telle autre société ou entreprise, ou en sont associé, administrateur, fondé de pouvoirs ou employé. Toute personne liée, de la manière décrite ci-dessus, à une société ou entreprise, avec laquelle la Société contractera ou sera par ailleurs en relations d'affaires, ne sera pas empêchée de délibérer,



de voter ou d'agir par ailleurs sur une opération relative à de tels contrats ou transactions au seul motif de ce lien avec cette autre société ou entreprise.

Nonobstant ce qui précède, au cas où un administrateur aurait ou pourrait avoir un intérêt personnel dans une transaction de la Société, il devra en aviser le Conseil d'Administration et il ne pourra ni prendre part aux délibérations ni émettre un vote au sujet de cette transaction. Cette transaction ainsi que l'intérêt personnel de l'administrateur devront être portés à la connaissance de la prochaine assemblée générale des actionnaires.

La Société indemnisera les membres du Conseil d'Administration, fondés de pouvoirs ou employés de la Société et, le cas échéant, leurs héritiers, exécuteurs testamentaires et administrateurs de biens pour tous dommages qu'il ont à payer et tous frais raisonnables qu'ils auront encourus par suite de leur comparution en tant que défendeurs dans des actions en justice, des procès ou des poursuites judiciaires qui leur auront été intentés de par leurs fonctions actuelles ou anciennes d'administrateur, de fondé de pouvoirs ou d'employé de la Société, ou à la demande de la Société, de toute autre société dans laquelle la Société est actionnaire ou créancier et dans laquelle ils n'ont pas droit à indemnisation, exception faite des cas où leur responsabilité est engagée pour négligence ou mauvaise gestion grave. En cas d'arrangement transactionnel, l'indemnisation ne portera que sur les questions couvertes par l'arrangement transactionnel et dans ce cas seulement si la Société reçoit confirmation par son conseiller juridique que la personne à indemniser n'est pas coupable de négligence ou mauvaise gestion grave. Ce droit à indemnisation n'est pas exclusif d'autres droits auxquels les personnes susnommées pourraient prétendre en vertu des présents Statuts.

Art. 15. Réunions du Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration choisira parmi ses membres un président (le «Président») et un Vice-Président (le «Vice-Président»). Il pourra également nommer un secrétaire qui n'a pas besoin d'être membre du Conseil d'Administration et qui sera responsable de la tenue des procès-verbaux des réunions du Conseil d'Administration (le «Secrétaire»).

Le Conseil d'Administration se réunira sur convocation du Président ou, si celui-ci est absent, du Vice-Président. Une réunion du Conseil d'Administration doit être convoquée si deux de ses membres le demandent.

Le Président ou, si celui-ci est absent, le Vice-Président présidera toutes les réunions du Conseil d'Administration, mais en l'absence tant du Président que du Vice-Président le Conseil d'Administration désignera un autre membre du Conseil d'Administration comme président pro tempore à la majorité des membres présents.

Les réunions du Conseil d'Administration se tiendront au moins quatre fois par an à des intervals n'excédant pas trois mois. Une majorité des réunions du Conseil d'Administration, tenus pendant une année, se tiendront au Grand-Duché de Luxembourg.

Sauf en cas d'urgence ou avec l'accord écrit préalable de tous ceux qui ont le droit d'y assister, une convocation écrite de toute réunion du Conseil d'Administration devra être transmise cinq jours au moins avant la date prévue pour la réunion par tout moyen permettant la transmission d'un texte écrit. La convocation indiquera la date, l'heure et le lieu de la réunion ainsi que l'ordre du jour et la nature des affaires à traiter et toute pièce y relative devra être jointe à la convocation. Il pourra être passé outre cette convocation avec l'accord écrit de chaque membre du Conseil d'Administration, transmis par tout moyen de communication permettant la transmission d'un texte écrit. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour les réunions se tenant à une date et à un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le Conseil d'Administration.

Toute réunion du Conseil d'Administration se tiendra à Luxembourg ou à tout autre endroit que le Conseil d'Administration choisira de temps à autre. Tout membre du Conseil d'Administration pourra se faire représenter aux réunions du Conseil d'Administration en désignant par écrit un autre membre du Conseil d'Administration comme son mandataire.

Le Conseil d'Administration pourra inviter tout membre du Comité de Direction ou tout autre comité nommé par le Conseil d'Administration ou en général toute personne de son choix à assister à ses réunions sans que ces participants soient pris en considération pour le quorum ou votent sur quelque sujet que ce soit.

Le Conseil d'Administration ne pourra délibérer et agir valablement que si trois de ses membres sont présents ou représentés. Si ce dernier quorum n'est pas atteint, les administrateurs présents prorogeront la réunion à un endroit et une date déterminés, la date ne pouvant être postérieure de plus de cinq jours ouvrables à celle de la réunion initiale. Les administrateurs seront convoqués par le Secrétaire à cette réunion prorogée. Les décisions seront prises à la majorité des voix des membres du Conseil d'Administration présents ou représentés lors de la réunion prorogée. Le Président n'aura pas de droit de vote décisif.

Un ou plusieurs membres du Conseil d'Administration peuvent participer à une réunion par conférence téléphonique ou par tout autre moyen de communication similaire permettant ainsi à plusieurs personnes y participant de communiquer simultanément l'une avec l'autre. Une telle participation sera considérée équivalente à une présence physique à la réunion. Une réunion du Conseil d'Administration qui se tient de la manière décrite ci-dessus sera considérée comme avoir eu lieu à l'endroit où est rassemblé le groupe le plus large d'administrateurs ou, si un tel groupe ne peut pas être facilement déterminé, à l'endroit où se trouve le Président, à condition que la majorité des réunions du Conseil d'Administration qui se tiennent chaque année aient lieu au Luxembourg.

En cas d'urgence, une décision écrite signée par tous les membres du Conseil d'Administration sera régulière et valable comme si elle avait été adoptée à une réunion du Conseil d'Administration, dûment convoquée et tenue. Une telle décision pourra être consignée dans un seul ou plusieurs écrits séparés ayant le même contenu et signé par un ou plusieurs membres du Conseil d'Administration.

Art. 16. Procès-verbaux des réunions du Conseil d'Administration. Les procès-verbaux de toute réunion du Conseil d'Administration seront signés par le Président de la réunion. Les procurations resteront annexées aux procès-verbaux.



Les copies ou extraits de ces procès-verbaux, destinés à servir en justice ou ailleurs, seront signés par le Président ou, si celui-ci est absent, par le Vice-Président, et le Secrétaire (s'il y en a) ou par deux membres du Conseil d'Administration.

Art. 17. Réviseur(s) d'entreprises. Les affaires de la Société et sa situation financière, en particulier ses documents comptables devront être contrôlés par un ou plusieurs réviseurs d'entreprises.

Le ou les réviseur(s) d'entreprises seront nommés par le Conseil d'Administration, qui déterminera leur nombre, pour une durée qui ne peut dépasser six ans, et ils resteront en fonction jusqu'à la nomination de leurs successeurs. Ils sont rééligibles et ils peuvent à tout moment faire l'objet d'une révocation, qui devra être motivée, par le Conseil d'Administration.

Chapitre IV.- Assemblée Générale des actionnaires

Art. 18. Pouvoirs de l'assemblée générale des actionnaires. Toute assemblée générale des actionnaires de la Société régulièrement constituée représente l'ensemble des actionnaires.

L'assemblée générale des actionnaires a tous les pouvoirs qui lui sont réservés par les présents Statuts et par la Loi.

Art. 19. Assemblée générale annuelle. L'assemblée générale annuelle se réunit au siège social de la Société ou à tout autre endroit indiqué dans les convocations le troisième jeudi du mois de mars à 10 heures du matin.

Si ce jour est un jour férié légal, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

Art. 20. Autres assemblées générales. Le Conseil d'Administration ou le ou les réviseur(s) d'entreprises peuvent convoquer des assemblées générales (en plus de l'assemblée générale annuelle). De telles assemblées doivent être convoquées si des actionnaires représentant au moins un cinquième du capital social le demandent.

Les assemblées générales des actionnaires, y compris l'assemblée générale annuelle, peuvent se tenir à l'étranger chaque fois que des circonstances de force majeure, appréciées souverainement par le Conseil d'Administration, le requièrent.

Art. 21. Convocation des assemblées générales. Les actionnaires se réunissent après envoi (y compris, si nécessaire, publication) d'une convocation de l'assemblée générale conformément aux conditions fixées par les présents Statuts ou par la Loi. La convocation envoyée aux actionnaires indiquera la date, l'heure et le lieu de l'assemblée générale ainsi que l'ordre du jour et la nature des affaires à traiter lors de l'assemblée générale des actionnaires. L'ordre du jour d'une assemblée générale extraordinaire doit également indiquer toutes les modifications proposées des Statuts et, le cas échéant, le texte des modifications relatives à l'objet social ou à la forme de la Société.

Si tous les actionnaires sont présents ou représentés et déclarent avoir eu connaissance de l'ordre du jour de l'assemblée, celle-ci peut se tenir sans convocation préalable.

Art. 22. Présence - Représentation. Tous les actionnaires ont le droit de participer et de prendre la parole aux assemblées générales.

Tout actionnaire peut prendre part aux assemblées en désignant un mandataire, actionnaire ou non, par écrit, pouvant être transmis par tout moyen de communication permettant la transmission d'un texte écrit. Le Conseil d'administration peut arrêter la forme des procurations et peut exiger que les procurations soient déposées au lieu indiqué par lui au moins cinq jours avant la date fixée pour l'assemblée. Tout actionnaire, personne morale, peut donner procuration par l'intermédiaire d'une personne dûment habilitée ou peut autoriser toute personne qu'elle estime apte à agir comme son représentant à une assemblée générale des actionnaires, à condition de fournir toute preuve de pouvoirs de représentation que le Conseil d'Administration pourrait exiger. Le Conseil d'Administration peut déterminer toute autre condition qui devra être remplie en vue de la participation aux assemblées générales des actionnaires.

Chaque action est indivisible à l'égard de la Société. Les copropriétaires, les usufruitiers et les nu-propriétaires d'actions, les créanciers gagistes et donneurs de gage sur actions doivent désigner une seule personne pour les représenter à l'assemblée générale des actionnaires.

Art. 23. Procédure. Chaque assemblée générale des actionnaires est présidée par le Président ou, si celui-ci est absent, par le Vice-Président, ou en leur absence par une personne désignée par le Conseil d'Administration.

Le président de l'assemblée générale des actionnaires désigne un secrétaire.

L'assemblée générale des actionnaires élit un scrutateur.

Le président, le secrétaire et le scrutateur ainsi désignés forment ensemble le bureau de l'assemblée générale des actionnaires.

Art. 24. Prorogation. Le Conseil d'Administration peut proroger séance tenante toute assemblée générale à quatre semaines. Il doit le faire sur la demande d'actionnaires représentant au moins un cinquième du capital émis.

Cette prorogation annule automatiquement toute décision déjà prise.

L'assemblée générale prorogée a le même ordre du jour que la première assemblée. Les actions et les procurations déposées régulièrement en vue de la première assemblée restent valablement déposées pour la deuxième assemblée.

Art. 25. Vote. Une liste de présence indiquant le nom des actionnaires et le nombre des actions pour lesquelles ils votent est signée par chacun d'entre eux ou par leur mandataire avant l'ouverture des débats de l'assemblée générale des actionnaires.

L'assemblée générale des actionnaires peut délibérer et voter uniquement sur les points figurant à l'ordre du jour.

Chaque action donne droit à une voix, dans les limites fixées par la Loi.

Le vote se fait à main levée ou par un appel nominal, sauf si l'assemblée générale des actionnaires décide d'adopter une autre procédure de vote.

Lors de toute assemblée générale des actionnaires autre qu'une assemblée générale extraordinaire convoquée en vue de la modification des Statuts de la Société ou du vote de résolutions dont l'adoption est soumise aux exigences de



quorum et de majorité exigées pour toute modification des Statuts, les résolutions seront adoptées à la majorité simple, sans considération du nombre d'actions représentées.

Lors de toute assemblée générale extraordinaire des actionnaires convoquée en conformité avec les Statuts ou la Loi en vue de la modification des Statuts de la Société ou du vote de résolutions dont l'adoption est soumise aux conditions de quorum et de majorité exigées pour toute modification des Statuts, le quorum sera d'au moins la moitié de toutes les actions émises. Si ce quorum n'est pas atteint, une seconde assemblée pourra être convoquée à laquelle aucun quorum ne sera requis.

Pour que les résolutions proposées soient adoptées et sauf disposition contraire de la Loi, une majorité de deux tiers des votes des actionnaires présents ou représentés est requise pour ces dernières assemblées.

Art. 26. Procès-verbaux. Les procès-verbaux des assemblées générales des actionnaires sont signés par le président de l'assemblée, le secrétaire de l'assemblée et le scrutateur de l'assemblée et peuvent être signés par tout actionnaire ou mandataire d'actionnaire qui en fait la demande.

Les copies ou extraits de ces procès-verbaux à produire en justice ou ailleurs doivent être signés par le Président.

Chapitre V.- Année sociale, Répartition des bénéfices

- **Art. 27. Année sociale.** L'année sociale de la Société commence le premier jour du mois de janvier de chaque année et finit le dernier jour du mois de décembre de la même année.
- Art. 28. Approbation des comptes annuels. Le Conseil d'Administration prépare, pour approbation par les actionnaires, les comptes annuels et autres rapports conformément aux dispositions de la Loi et de la pratique comptable luxembourgeoise. Les comptes annuels et autres rapports sont communiqués et revus de la manière prescrite par les lois applicables et sont présentés à l'assemblée générale des actionnaires, qui délibère, et, le cas échéant, les approuve.
- Art. 29. Répartition des bénéfices. Sur les bénéfices nets de la Société il sera prélevé cinq pour cent (5%) pour la formation d'un fonds de réserve légale (la «Réserve Légale»). Ce prélèvement cesse d'être obligatoire lorsque et aussi longtemps que la Réserve Légale atteindra dix pour cent (10%) du capital émis.

Après l'affectation à la Réserve Légale, l'assemblée générale des actionnaires décide de l'affectation du solde des bénéfices annuels nets. Elle peut décider de verser la totalité ou une partie du solde à un compte de réserve ou de provision, de le reporter à nouveau ou de le distribuer ensemble avec les bénéfices reportés, les réserves distribuables ou les primes d'émission, aux actionnaires comme dividendes, chaque action donnant droit à une même proportion dans cette distribution.

Le Conseil d'Administration peut procéder à un versement d'acomptes sur dividendes dans les conditions fixées par la Loi et conformément aux dispositions qui précèdent. Le Conseil d'Administration déterminera le montant ainsi que la date de paiement de ces acomptes.

Chapitre VI.- Dissolution, Liquidation

Art. 30. Dissolution, liquidation. La Société peut être dissoute par une résolution de l'assemblée générale des actionnaires délibérant aux mêmes conditions de quorum et de majorité que celles exigées par les présents Statuts pour toute modification des Statuts et, le cas échéant, par la Loi pour la liquidation d'établissements de crédit.

Lors de la dissolution de la Société, la liquidation s'effectuera par les soins du Conseil d'Administration ou par toute autre personne (qui peut être une personne physique ou une personne morale) nommés par l'assemblée générale des actionnaires qui déterminera leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Après paiement de toutes les dettes et charges de la Société et de tous les frais de liquidation, le boni de liquidation sera réparti équitablement entre tous les actionnaires conformément aux règles de distribution de dividendes et de manière à atteindre le même résultat économique que celui fixé par les règles de distribution de dividendes.

Chapitre VII.- Loi applicable

Art. 31. Loi applicable. Toutes les matières qui ne sont pas régies par les présents Statuts seront réglées conformément à la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée.»

Septième résolution

L'Assemblée décide à l'unanimité après examen des lettres de démission de Monsieur Jean-Michel Loehr et Monsieur Jose Luis Velasco Arangüena comme administrateurs de la Société d'accepter celles-ci avec effet immédiat.

Huitième résolution

L'Assemblée décide à l'unanimité de fixer à cinq (5) le nombre de membres du Conseil d'Administration et décide en outre de confirmer l'élection de ou d'élire avec effet immédiat les personnes suivantes comme membres du Conseil d'Administration:

- Monsieur Marc Hoffmann, banquier, demeurant à 2, rue Lembierg, L-8531 Ell, Grand-Duché de Luxembourg;
- Monsieur Michel Malpas, banquier, demeurant à 53, allée Léopold Goebel, L-1653 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg;
 - Monsieur José Placido, banquier, demeurant à 117 A Farnham Avenue, Toronto, Ontario M4V 1H7, Canada;
- Monsieur Pierre Malevez, banquier, demeurant à 68, route de Luxembourg, L-8440 Steinfort, Grand-Duché de uxembourg;
- Monsieur Claude Schon, banquier, demeurant à 14, rue Batty Weber, L-7259 Bereldange, Grand-Duché de Luxembourg.

Le mandat des membres du Conseil d'Administration de la Société expirera immédiatement après la tenue de l'assemblée générale des actionnaires se prononçant sur les comptes annuels de la Société pour l'année 2010.



L'Assemblée décide à l'unanimité d'approuver que des membres du Conseil d'Administration pourront être nommés au Comité de Direction (tel que prévu dans l'article 13 des Statuts).

Neuvième résolution

L'Assemblée décide de conférer tous pouvoirs au Conseil d'Administration pour la mise en oeuvre des résolutions adoptés ci-dessus.

Frais

Les dépenses, frais, rémunérations et charges de toutes espèces qui incombent à la Société en raison du présent acte sont estimés à environ neuf mille EUROS (EUR 9.000,-).

Comme la Branche d'activité Dexia BIL Cédée constitue un ensemble capable de fonctionner par ses propres moyens (au sens du terme tel qu'il est utilisé à l'article 59 du Code luxembourgeois sur l'Impôt sur le Revenu, l'article 4.1 de la Loi du 29 décembre 1971 sur le droit d'apport), la Société se prévaut de l'article 4.1 de la loi du 29 décembre 1971, qui prévoit une exonération du droit d'apport dans ce cas-là.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée à 9.30 heures.

Le notaire soussigné qui connaît la langue anglaise, déclare par la présente qu'à la demande des comparants ci-avant, le présent acte est rédigé en langue anglaise, suivi d'une version française, et qu'à la demande des mêmes comparants, en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise primera.

Dont acte fait et passé à la date qu'en tête des présentes.

Lecture du présent acte faite et interprétation donnée aux comparants connus du notaire instrumentaire par leur nom, prénom usuel, état et demeure, ils ont signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: L. Vanderweyen, G. Kohr, G. Reiter, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 4 janvier 2006, vol. 151S, fol. 80, case 12. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 10 janvier 2006.

G. Lecuit.

(004136.3/220/1047) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 11 janvier 2006.

BIO DYNAMICS B.V., Société à responsabilité limitée. Share Capital: 1,407,380.40 EUR.

Registered office: 2641 VE Pijnacker, Bleiswijk, The Netherlands, 15 Rommesingel. Principal establishment: L-2636 Luxembourg, 12, rue Léon Thyes.

R. C. Luxembourg B 113.187.

STATUTES

In the year two thousand six, on the third day of January,

Before Us, Maître André Schwachtgen, notary residing in Luxembourg (Grand Duchy of Luxembourg).

There appeared:

1. J. VAN DEN BERG N.V., a limited liability company organised under the laws of the Netherlands Antilles, with corporate seat at Curaçao, Netherlands Antilles, with address at Kaya WFG (Jombi) Mensing 14, Curaçao, the Netherlands Antilles; and

represented by Jean-Luc Dascotte, attorney-at-law, with professional address in Luxembourg,

by virtue of a proxy given in Curação on 29th December 2005;

2. Mr Adrianus Petrus Maria Lohman, residing at 5554 PJ Valkenswaard, the Netherlands, Marco Polostraat 9, born in Valkenswaard (The Netherlands) on 19th January 1957, (the «Principal»),

represented by Jean-Luc Dascotte, attorney-at-law, with professional address in Luxembourg,

by virtue of a proxy given in Curação on 28th December 2005;

The said proxies, after having been signed ne varietur by the representative of the appearing parties and the undersigned notary, will remain annexed to the present deed for the purpose of registration.

The appearing parties, represented as stated here above, have requested the undersigned notary to enact the following:

- I. that 100% of the share capital of BIO DYNAMICS B.V., a Dutch private limited liability company, having its registered office in Bleiswijk, the Netherlands and its principal office and establishment at Rommesingel 15, 2641 VE Pijnacker, the Netherlands, registered with the Trade Register under number 29037251, incorporated on 2 December 1991 (the Company) is represented at the present meeting;
- II. that it results from the balance sheet of the Company, that, as of the date hereof, the net assets of the Company correspond at least to the value of the share capital of the Company, a copy of such balance sheet, after having been signed ne varietur by the proxy holder of the appearing parties and the notary, shall remain attached to the present deed and shall be filed at the same time with the registration authorities.
 - III. J. Van den Berg N.V. and Mr Adrianus Petrus Maria Lohman, prenamed (the Shareholders) resolve as follows:

First resolution

The Shareholders have resolved to transfer the principal establishment (but not the registered office for Dutch corporate law purposes) and the place of effective management of the Company from the Netherlands to Luxembourg as per the notarial deed received by Mr Frederik Karel Buijn on 3d January 2006.



Second resolution

The Shareholders have resolved to set the principal establishment and place of effective management (but not the registered office for Dutch corporate law purposes) at 12, rue Léon Thyes, L-2636 Luxembourg.

Third resolution

The Shareholder have resolved (i) that the Company shall operate in Luxembourg in the legal form of a société à responsabilité limitée, and thus, for the purpose of article 159 of the Luxembourg companies law of 10th August, 1915, as amended (ii) to proceed to an amendment of its articles of association. The articles of association of the Company shall henceforth read as follows:

Name, registered seat, duration

Art. 1. Name, Registered Offices and Duration

- 1.1 The name of the Company is: Bio Dynamics B.V. Its registered office is established in Bleiswijk. As from today, the place of effective management of the Company shall be in Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg.
 - 1.2. The Company is incorporated for an unlimited period of time.

Art. 2. Objects. The objects of the Company are:

- a. to hold a participation, to take part in any other way in, to manage and to finance any other enterprise, of any kind whatsoever:
- b. to take over and to grant any kind of loan, securities, in favour of other parties as the case may be, and to take over any kind of debt in favour of third parties;
- c. to invest its funds in stocks, shares and other participation securities, bonds, debentures, certificates of deposit and other debt instruments of any kind, to borrow in any form and to issue any kind of debt securities in connection therewith, to grant loans and to give guarantees in favour of third parties;
 - d. to develop, finance and (make) implement hothouses building projects;
 - e. to acquire, to sell, to pledge, to manage, to rent hothouses to and from, as well as any kind of real estate;
 - f. to trade in products related to the projects referred to under d) here above;
 - g. to advise and to provide services on matters mentioned here above, and on any subject hereto related.

Share Capital

Art. 3

- 3.1 The issued capital of the Company equals one million four hundred and seven thousand three hundred and eighty euro and forty cents (EUR 1,407,380.40). It is divided into thirty-one thousand and sixty-eight (31,068) shares with a nominal value of forty-five euros and thirty cents (EUR 45.30) each.
 - 3.2. All Shares shall be registered and be numbered from 1.

Issuance of shares

Art. 4

- 4.1 Shares may be issued pursuant to a resolution of the General Meeting of Shareholders. The General Meeting shall stipulate the issue price and the other conditions of issue.
 - 4.2 No share shall be issued under the par value.
- 4.3 Upon issuance of new shares or upon issuance of a right to subscribe to new shares, the existing shareholders shall have no right of pre-emption.

Payment on Shares

Art. 5

- 5.1 The full nominal value of each Share must be paid upon issuance.
- 5.2. Payment on a Share must be made in cash insofar as no non-cash contribution has been agreed on.
- 5.3 Payment in foreign currency may only be made with the approval of the Company

Acquisition and sale of own shares

Art. 6

- 6.1 The Company may acquire Shares in its own capital, with due observance of the limitations prescribed by the Law.
- 6.2 Article 4.1. is applicable to a sale of shares in its own capital by the Company.

Register of Shareholders

- 7.1 The Management Board shall keep a register with due observance of the provisions of the Law.
- 7.2 The Management Board shall make the register available at the Company's principal office in Luxembourg, for inspection by the Shareholders.

Notices

Art. 8

- 8.1. Notices to shareholders shall be served by regular or registered mail, sent to the adress indicated in the shareholders register.
- 8.2 Notices to the Management Board shall be served by regular or registered mail, sent to the office of the Company or to the addresses of all the managers.

Delivery of shares

Art. 9. Delivery of shares shall occur with due observance of the provisions of the Law.



Blocking clause

Art. 10

- 10.1 A transfer of one or more Shares can only be effected with due observance of the provisions set out in article 10.2 to 10.7, the transfer, by the Company, of shares in its own capital excepted.
- 10.2 The shareholder who intends to sell one or more share(s) in the Company has to request the prior approval of the General Meeting.
- 10.3 The transfer has to be executed within the three months after the approval has been granted or has to be deemed to be granted.
- 10.4 The approval is deemed to have been granted in case the General Meeting failed, upon the refusal of the initial request, to designate an interested party who is willing to buy the share(s) against immediate payment of the price determined following to article 10.5. The Company shall not be designated as interested party unless the offeror wo wish to sell its share(s) agrees.
- 10.5 The price referred to under 10.4 shall be mutually agreed between the offeror and the interested parties. If they do not reach agreement, the price shall be determined by an independent expert to be appointed by the Management Board
- 10.6 In case the Management Board and the offeror do not agree on the appointment of an independent expert, such expert shall be appointed by the President of the Chamber of Commerce of the place where the Company is registered with the Trade Register.
- 10.7 Once the price of the share(s) has been determined as explained here above, the offeror will be free to decide on the sale of his share(s) to the interested party, for a period of one month.

Management Board

Art. 11

- 11.1 The Company is managed by a Management Board, consisting of one or more members. The number of members is determined by the General Meeting. Both individuals and legal entities can be Management Board members.
- 11.2 Management Board members are appointed by the General Meeting of Shareholders for a definite or indefinite period. A Management Board member may be dismissed ad nutum by the General Meeting of Shareholders at any time.
- 11.3 If a seat is vacant on the Management Board or if a Management Board member is unable to perform his duties, the remaining Management Board members or member shall be temporarily entrusted with the management of the Company. If all seats in the Management Board are vacant or all Management Board members or the sole Management Board member, as the case may be, are/ is unable to perform their/his/its duties, the management of the Company shall be temporarily entrusted to the person designated for that purpose by the General Meeting of Shareholders. In case of vacancy, the person referred to here above shall take every step needed as to have the necessary appointments made as soon as possible.

Decision-making process within the Management Board

Art. 12

- 12.1 The Management Board may, in compliance with the present articles, establish further rules regarding its decision-making process and working methods. In this context, the Management Board may also determine the duties for which each Management Board member in particular shall be responsible.
- 12.2 The Management Board shall be held in Luxembourg, upon request made by any of its members. All resolutions of the Management Board shall be adopted by a majority of the votes. If there is a tie in the votes, the General Meeting shall decide.
- 12.3 Management Board resolutions may at all times be adopted in writing outside of a meeting, by telex or telefax if every Management Board member agrees to do so.

Representation

- 13.1 The Company shall be represented by the Management Board.
- 13.2 The Management Board may appoint officers with limited and specific powers to represent the Company. The Management Board shall determine each officer's title.

General Meetings of the shareholders

Art. 14

- 14.1 The annual General Meeting shall be held within six months after the end of the financial year.
- 14.2 The agenda of this annual General Meeting shall contain, inter alia, the discussion and adoption of the annual accounts, the allocation of profits and the granting of discharge to Management Board members, unless the deadline for the adoption of the annual accounts has been extended. The General Meeting shall be held with due observance of articles 14.5 and 14.6.
- 14.3 Other General Meetings shall be held as often as the Management Board or one shareholder deems such necessary.
- 14.4 General Meetings are held in the municipality in which the Company has its registered office, or in Luxembourg, with due compliance with the provisions of the law. Valid resolutions of the General Meeting of Shareholders may only be adopted if all of the Company's issued capital is represented.
- 14.5 Shareholders are invited to the General Meeting by the Management Board, by one Management Board member or by a shareholder. The notice of the meeting shall specify the subjects to be discussed.
- 14.6 Notice of the meeting shall be given no later than on the fifteenth day prior to the day of the meeting. In case such period would be shorter or in case no notice of the meeting has been given, then no decision may be validly taken



by the General Meeting, unless with the unanimous consent of all the shareholders. Such unanimous decision may also be taken with respect to any subject not mentioned in the notice.

- 14.7 The General Meeting shall appoint a chairperson of the General Meeting. The Chairperson of the General Meeting shall appoint a secretary for the meeting.
 - 14.8 Minutes of a General Meeting shall be kept, and signed by the Chairperson and the Secretary of the meeting.

Voting

Art. 15

- 15.1 Each Share confers the right to cast one vote. Beneficiaries of a usufruct of a pledge shall not be admitted to take part to the vote. The managers may express a consultative opinion during the General Meeting.
 - 15.2 Shareholders may be represented in a meeting by a proxy authorized in writing.
- 15.3 Unless provided otherwise by the law or the articles, the resolutions of the General Meeting of Shareholders shall be adopted by more than half of the votes cast, which majority shall represent at least one-half of the Company's issued capital. A majority of at least seventy-five (75) percent of the votes is however required in case of a decision to acquire shares in the capital of the Company.
- 15.4 Resolutions of the General Meeting of Shareholders may also be adopted in writing without holding a General Meeting, with due observance of the provisions of the law. Such a decision is only valid provided that all the shareholders expressed their consent in writing, by telegraph, telex or telefax. The Management Board shall be informed of such decision without delay.

Financial Year and Annual Accounts

Art. 16

- 16.1 The Company's financial year shall be the calendar year.
- 16.2 Within a five months period following the end of the financial year, and unless such period has been extended due to specific reasons, the Management Board shall prepare annual accounts, and shall deposit the same for inspection by the Shareholders at the Company's principal office. The annual accounts shall be signed by the Management Board members. If the signature of one or more of them is missing, this shall be stated and reasons for this omission shall be given.

Profits and losses

Art. 17

- 17.1 Distribution of profits shall be made after adoption of the annual accounts if permissible given the contents of the annual accounts.
- 17.2 Profits may be distributed by the General Meeting provided that an amount of five percent (5%) of the net profits has been be added to a statutory reserve of the Company, until this reserve amounts to ten percent (10%) of the issued share capital of the Company.
- 17.3 Distributions on Shares may be made by the General Meeting only in the measure that the net assets of the Company are higher than the amount of the subscribed capital plus the reserves which may not be distributed under the law.
 - 17.4. No payment out of the reserves prescribed by the law may be made, unless authorised by the law.
 - 17.5. Upon any distribution on shares, the shares detained by the Company itself are not taken into account.

Distribution of profits

Art. 18

- 18.1 Distributions on Shares shall be payable four weeks after the resolution to make the distribution, unless another date of payment has been determined in the resolution, upon the suggestion of the Management Board.
 - 18.2 The General Meeting may decide that the dividends will entirely or partly be paid under another form than cash.
 - 18.3 Subject to articles 17.3 and 17.4, the General meeting may decide on a distribution of the reserves.
- 18.4 Subject to article 17.3, the General Meeting of Shareholders may resolve to make interim distributions on Shares upon suggestion by the Management Board.

Liquidation

Art. 19

- 19.1 If the Company is dissolved pursuant to a resolution of the General Meeting of Shareholders, the Management Board members shall become liquidators of the dissolved Company's property unless the General Meeting of Shareholders decides to appoint other persons as liquidators.
 - 19.2 Once the Company ceased to exist, its books and records will be kept for seven years by one of the liquidators.

Fourth resolution

The balance sheet of the Company dated December 3, 2005 shall remain annexed to the present deed, as well as a valuation certificate of the director of the Company stating that the net worth of the Company is estimated as per December 3, 2005 at seventy four million six hundred and eight thousand sixty nine euro (EUR 74.608.069).

Fifth resolution

The Shareholders resolve to revoke, with effect as of the date hereof, Mr Melchior Johannes Romme as sole managing director of the Company and to grant him full discharge for the performance of his duties, as sole managing director of the Company.



Sixth resolution

The Shareholders resolve to appoint, with effect as of the date hereof, as managers of the Company, for an indefinite period:

- Mr Johan van den Berg, director of companies, born in Bergschenhoek on 5th March 1955;
- Mr Bart Zech, director of companies, born in Putten (The Netherlands) on 5th September, 1969;
- Mr Joost Tulkens, director of companies, born in Sommeren (The Netherlands) on 26th April, 1973.

Estimate of Costs

The Company has been subject to capital duty in the Netherlands, an EU Member State, and therefore no Luxembourg capital duty shall be due on this transfer of the place of effective management from the Netherlands to Luxembourg. Reference is made to article 3 (2) of the Law of 29th December 1971.

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the appearing parties, the present deed is worded in English followed by a French version; at the request of the same appearing parties, it is stated that, in case of discrepancies between the English and the French texts, the English version shall prevail.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the proxy holder of the appearing parties, said proxy holder signed together with us, the notary, the present original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille six, le trois janvier.

Par-devant Nous, Maître André Schwachtgen, notaire de résidence à Luxembourg-Ville (Grand-Duché de Luxembourg).

Ont comparu:

1. J. VAN DEN BERG N.V., société à responsabilité limitée organisée selon le droit des Antilles Néerlandaises, dont le siège social est établi à Kaya WFG (Jombi) Mensing 14, Curaçao, Antilles Néerlandaises,

représentée par M. Jean-Luc Dascotte, avocat, dont l'adresse professionnelle est établie à, Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Curaçao le 29 décembre 2005, et

2. M. Adrianus Petrus Maria Lohman, domicilié à 5554 PJ Valkenswaard, Pays-Bas, Marco Polostraat 9, né à Valkenswaard au Pays-Bas, le 19 Janvier 1957,

représenté par M. Jean-Luc Dascotte, avocat, dont l'adresse professionnelle est établie à Luxembourg, en vertu d'une procuration donnée à Curaçao le 28 décembre 2005,

lesquelles procurations, après avoir été signées ne varietur par les mandataires des parties comparantes et le notaire soussigné resteront annexées au présent acte afin d'être enregistrées avec l'acte auprès des administrations compétentes

Les parties comparantes, telles que représentées ci-dessus, ont demandé au notaire soussigné d'acter ce qui suit:

- I. 100% du capital social de BIO DYNAMICS B.V., une société à responsabilité limitée établie et régie par le droit des Pays-Bas, ayant son siège social à Bleiswijk, Pays-Bas le lieu de son principal établissement à Rommesingel 15, 2641 VE Pijnacker, Pays-Bas, enregistrée auprès du Registre de Commerce sous le numéro 29037251, constituée le 2 décembre 1991 (la Société) est représenté à la présente assemblée;
- II. il résulte du bilan de la Société, qu'à ce jour, les actifs nets de la Société correspondent au moins à la valeur du capital social de la Société, une copie dudit bilan, après avoir été signée ne varietur par le titulaire de la procuration des parties comparantes et le notaire, restera annexé au présent acte et sera enregistrée au même moment auprès des autorités compétentes.
 - III. J. Van den Berg N.V. et M Adrianus Petrus Maria Lohman, prénommés, (les Associés) décident ce qui suit:

Première résolution

Les Associés décident de transférer le principal établissement (mais pas le siège social qui restera situé aux Pays-Bas pour les besoins du droit des sociétés y applicable) et le centre de direction effective de la Société des Pays-Bas vers Luxembourg avec effet à la date du présent acte notarié.

Deuxième résolution

Les Associés décident d'établir le principal établissement (mais pas le siège social qui restera aux Pays-Bas en vertu du droit des sociétés y applicable) au 12, rue Léon Thyes, L-2636 Luxembourg.

Troisième résolution

Les Actionnaires décident (i) que la société opérera au Luxembourg sous la forme d'une société à responsabilité limitée, et ainsi, pour les besoins de l'article 159 de la loi luxembourgeoise du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée, mais avec la réserve que la Société continue d'être considérée par le droit des Pays-Bas comme une société valablement constituée conformément des Pays-Bas, (ii) de procéder à une modification de ses statuts. Les statuts de la Société auront dès lors la teneur suivante:

Dénomination, Siège social et Durée

Art. 1er. Dénomination, Siège social et Durée

- 1.1. La dénomination de la Société est BIO DYNAMICS B.V. Son siège social est établi à Bleiswijk, Pays-Bas. A dater de ce jour, son lieu de direction effective sera établi à Luxembourg-Ville, Grand-Duché de Luxembourg.
 - 1.2. La Société est constituée pour une période illimitée.



Art. 2. Objet social. La Société a pour objet:

- a. la participation à, la prise d'intérêt dans, de quelque manière que ce soit, la gestion ou le financement d'autres entreprises, sous quelque forme que ce soit;
- b. la participation ou l'octroi de prêts, de sûretés, en faveur de tiers le cas échéant, ainsi que la reprise de dettes de quelque sorte que ce soit en faveur de tiers;
- c. le placement de fonds en effets tels que parts, actions, et autres titres de participation, obligations, créances productives d'intérêts sous quelque dénomination et sous quelque forme que ce soit, la souscription d'emprunts et l'émission de titres représentatifs de ceux-ci, ainsi que l'octroi de prêts et de sûretés en faveur de tiers;
 - d. le développement, le financement et la réalisation de projets de construction de serres horticoles;
- e. l'acquisition pour son compte propre ou pour le compte de tiers, la vente, le grèvement, l'exploitation, la location ou la prise en location de serres horticoles et d'autres biens immobiliers;
 - f. le commerce de produits liés aux projets mentionnés sous (d);
- g. la communication d'avis et la prestation de services relatifs au domaines ci-dessus mentionnés ci-dessus, et à tout sujet y relatif.

Capital Social

- 3.1. Le capital social de la Société est fixé à un million quatre-cent sept-mille trois-cent quatre-vingt euros et quarante centimes (EUR 1.407.380,40). Il est dividé en trente et un mille soixante-huit (31.068) parts sociales ayant une valeur nominale de quarante-cinq euros et trente centimes (EUR 45,30) chacune.
 - 3.2. Toutes les parts sont nominatives et sont numérotées à partir de 1.

Emission d'actions

Art 4

- 4.1. L'Assemblée Générale peut émettre des parts nouvelles. Elle en fixe le prix d'émission ainsi que les autres conditions.
 - 4.2. Aucune part ne pourra être émise sous le pair comptable.
- 4.3. Les associés ne bénéficieront d'aucun droit de préférence lors de l'émission de parts nouvelles, ou de droits de souscription à de telles parts.

Libération des parts sociales

Art. 5

- 5.1. Lors de l'émission de parts sociales, le montant nominal de chaque part doit être libéré intégralement.
- 5.2. Le versement de la souscription sera effectué en espèces, sauf si le principe d'un apport en nature a été admis.
- 5.3. La libération de parts sociales en devises étrangères ne sera possible que s'il est autorisé par la Société.

Acquisition et vente de parts propres

- 6.1. La Société pourra acquérir des parts dans son propre capital social, conformément aux dispositions légales applicables.
 - 6.2. L'article 4.1 est applicable à l'acquisition de parts sociales par la Société dans son propre capital.

Registre des associés

- 7.1. Le Conseil de Gérance tient un registre des associés conformément aux dispositions légales applicables.
- 7.2. Le Conseil de Gérance tiendra le registre des associés à la disposition de ceux-ci, au siège du principal établissement de la Société au Luxembourg.

Communications

Art. 8

- 8.1. Les communications et notifications aux associés seront adressées par courrier ordinaire ou par courrier recommandé à l'adresse reprise au registre des associés.
- 8.2. Les communications et notifications adressées au Conseil de Gérance seront adressées par courrier ordinaire ou par courrier recommandé au bureau de la Société ou à l'adresse de chacun des gérants.

Livraison des parts sociales

Les parts sociales seront livrées conformément aux dispositions de la loi.

Restrictions à la cessibilité des parts sociales

Art. 10

- 10.1 Le transfert d'une ou plusieurs part(s) sociale(s) devra impérativement se conformer aux dispositions des articles 10.2 à 10.7, à l'exception de l'acquisition de parts sociales par la Société elle-même dans son propre capital.
- 10.2 L'associé qui souhaite vendre une ou plusieurs de ses parts sociales doit solliciter l'accord préalable de l'Assemblée Générale des Associés.
- 10.3. Le transfert effectif des parts sociales devra s'effectuer endéans les trois mois suivant l'accord exprimé ou réputé exprimé.
- 10.4. L'accord est réputé avoir été exprimé lorsque l'Assemblée générale est demeurée en défaut de désigner, lors du refus du transfert proposé, une ou plusieurs parties intéressées disposées à acquérir la ou les part(s) sociale(s) moyennant paiement immédiat du prix déterminé conformément à l'article 10.5. La Société elle-même ne pourra se désigner elle-même comme partie intéressée, sauf si le candidat cédant l'accepte.
- 10.5. Le prix auquel il est fait référence sous l'article 10.4 sera déterminé de commun accord par le candidat cédant et la ou les partie(s) intéressée(s). Si aucun accord ne peut être atteint, le prix sera déterminé par un expert indépendant désigné par le Conseil de Gérance.
- 10.6. Si le Conseil de Gérance et le candidat cédant ne s'accordent pas sur la désignation d'un expert indépendant, celui-ci sera désigné par le Président de la Chambre de Commerce du lieu où la Société est enregistrée auprès du Registre de Commerce.



10.7. Une fois le prix déterminé comme exposé ci avant, le candidat cédant décidera de vendre ou non sa ou ses part(s) sociale(s) à la ou aux partie(s) intéressée(s) endéans un délai de un mois.

Conseil de gérance

- 11.1. La Société est gérée par le Conseil de Gérance, constitué de un à trois membres. Le nombre de membres est déterminé par l'Assemblée Générale. Les membres du Conseil de Gérance peuvent être des personnes physiques ou des personnes morales.
- 11.2. Les membres du Conseil de Gérance sont nommés par l'Assemblée Générale des Associés pour une durée déterminée ou indéterminée. Tout membre du Conseil de Gérance peut être destitué ad nutum à tout moment par l'Assemblée Générale des Associés.
- 11.3. En cas de vacance d'un siège du Conseil de Gérance ou en cas d'empêchement d'un membre du Conseil de Gérance de satisfaire à ses devoirs, les membres restant du Conseil de Gérance se chargeront provisoirement de la gestion de la Société. En cas de vacance de l'ensemble des sièges du Conseil de Gérance, ou en cas d'empêchement de l'ensemble des membres du Conseil de Gérance ou de son membre unique, la gestion de la Société sera temporairement exercée par la personne désignée à cette fin par l'Assemblée Générale des Associés. En cas de vacance, cette personne prendra toutes mesures nécessaires afin qu'il soit pourvu à ces fonctions dans les meilleurs délais.

Procédure de décision et répartition des fonctions.

Art. 12

- 12.1. Le Conseil de Gérance pourra, conformément aux présents statuts, fixer des règles supplémentaires au sujet de la procédure de décision en son sein et de sa méthode de travail. Dans ce cadre, la Gérance pourra déterminer, entre autres, les missions assignées particulièrement à chacun des gérants.
- 12.2. Le Conseil de Gérance se réunira à Luxembourg, à la demande de ses membres. Toutes les résolutions du Conseil de Gérance seront adoptées à la majorité des votes. En cas de parité des votes, l'Assemblée générale sera saisie de la question et prendra la décision.
- 12.3. Les décisions du Conseil de Gérance peuvent également être prises en dehors des réunions de la Gérance, par écrit, par télex ou télécopie, à condition que la proposition de vote soit soumise à chacun des gérants en fonction et qu'aucun d'eux ne se soit opposé à cette procédure décisionnelle.

Représentation

Art. 13

- 13.1. La Société sera représentée par le Conseil de gérance.
- 13.2. Le Conseil de Gérance pourra désigner des mandataires pourvus de pouvoirs spécifiques et limités de représenter la Société. Le Conseil de Gérance décidera du titre qui leur sera donné.

Assemblées générales des Associés

Art. 14

- 14.1 L'Assemblée Générale annuelle sera tenue dans un délai de six mois à compter de l'expiration de l'exercice so-
- 14.2 L'ordre du jour de cette assemblée comportera entre autres les points suivants le débat et l'adoption de l'arrêté des comptes annuels, l'affectation des bénéfices, la décharge accordée aux gérants, sauf si le délai d'arrêté des comptes annuels a été prolongé. L'Assemblée Générale sera tenue conformément aux dispositions des articles 14.5 et 14.6.
 - 14.3. D'autres Assemblées Générales seront tenues aussi souvent que le Conseil de Gérance le jugera nécessaire.
- 14.4. Les Assemblées Générales des Associés seront tenues dans la commune où la Société à son siège statutaire conformément aux présents statuts. Les assemblées générales des Associés pourront aussi être tenues à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg. Pour être valables, les décisions de l'Assemblée Générale des Associés ne pourront être prises que si le capital souscrit de la Société est intégralement représenté.
- 14.5. Les Assemblées Générales seront convoquées par le Conseil de Gérance, par l'un des gérants ou par un actionnaire. La convocation mentionnera l'ordre du jour de l'Assemblée Générale.
- 14.6. La convocation sera faite au plus tard le quinzième jour précédent la date de réunion de l'Assemblée. Si ce délai devait être écourté, ou encore dans le cas où aucune convocation n'aurait été émise, aucune décision valable ne pourrait être prise sauf à l'unanimité des associés. Une telle décision unanime peut également porter sur tout sujet non repris à l'ordre du jour.
- 14.7. L'Assemblée Générale des Associés désigne son Président. Le président de l'Assemblée désignera un secrétaire avant l'assemblée générale.
- 14.8. Les procès-verbaux de toutes les décisions prises par l'Assemblée Générale des Associés sont conservées, et signés par le Président de l'Assemblée Générale et le secrétaire.

Vote

Art. 15

- 15.1 Chaque Part Sociale donne droit à une voix. Les usufruitiers ou créanciers gagistes ne seront pas admis à participer au vote. Les gérants ont, en tant que tels, voix consultative à l'Assemblée Générale des Associés.
 - 15.2. Les associés peuvent être représentés moyennant procuration écrite.
- 15.3 Pour autant que ni la Loi ni les présents statuts ne prévoient d'autres dispositions, les décisions de l'Assemblée Générale des Associés seront toutes prises à la majorité des voix exprimées, cette majorité représentant au moins la moitié du capital social souscrit.
- 15.4 Les décisions de l'Assemblée Générale des Associés peuvent également être adoptées par écrit, sans qu'une assemblée générale ne soit tenue, conformément aux dispositions légales applicables. Un telle décision ne sera valide que dans la mesure où l'ensemble des associés auront exprimé leur accord quant à cette procédure, par écrit, par télégraphe, télex ou télécopie. Le Conseil de Gérance sera avisé de cette résolution sans délai.



Exercice social et comptes annuels

Art. 16

16.1 L'exercice social de la Société correspond à l'année civile.

16.2 Le Conseil de Gérance établit les comptes annuels dans un délai de cinq mois, sous réserve d'une prolongation dûment justifiée de ce délai, et tient ces comptes à la disposition des associés au principal établissement de la Société où ils peuvent être librement consulté. Les comptes annuels sont signés par les gérants. S'il manque la signature d'un ou plusieurs d'entre eux, il en est fait mention avec explications à l'appui.

Profits et pertes

Art. 17

- 17.1. La distribution des bénéfices s'effectuera après l'approbation des comptes annuels dans la mesure le contenu de ces comptes annuels.
- 17.2. Les bénéfices subsistants ne pourront être distribués par l'Assemblée Générale qu'après affectation à la réserve légale d'un montant égal à cinq pour cent (5%) des bénéfices réalisés lors d'un exercice social, jusqu'à ce que cette réserve atteigne dix pour cent (10%) du capital souscrit de la Société.
- 17.3. Une distribution de bénéfices par l'Assemblée Générale ne pourra être effectuée que dans la mesure où, suite à cette distribution, le total de l'actif net de la Société demeurerait supérieur au montant du capital souscrit, majoré des réserves que la loi ne permet pas de distribuer.
 - 17.4. Aucun prélèvement ne pourra être opéré sur les réserves légales, sauf autorisation légale.
- 17.5. Lors d'une distribution de bénéfices, les parts sociales détenues par la Société elle-même ne sont pas prises en compte.

Distributions de bénéfices

- 18.1. Les distributions seront mises en paiement quatre semaines après la décision de distribution, sauf si l'Assemblée Générale a décidé d'une autre date, sur proposition du Conseil de Gérance.
 - 18.2. L'Assemblée Générale peut décider que tout ou partie des dividendes seront versés autrement qu'en espèces.
 - 18.3. Sous réserve des article 17.3 et 17.4, l'Assemblée Générale peut décider d'une distribution des réserves.
- 18.4. Sous réserve de l'article 17.3, l'Assemblée Générale peut décider de procéder à des distributions intérimaires, sur proposition du Conseil de Gérance.

Liquidation

Art. 19

- 19.1 En cas de dissolution de la Société en vertu d'une décision de l'Assemblée Générale des Associés, les gérants seront chargés de la liquidation des biens de la Société dissoute, sauf si l'Assemblée Générale des Associés décide de nommer d'autres personnes en qualité de liquidateurs.
- 19.2. Lorsque la Société aura cessé d'exister, ses livres, comptes et registres seront conservés par un des liquidateurs pendant sept années.

Quatrième résolution

Le bilan de la Société daté du 3 décembre 2005 restera annexé au présent acte ainsi que le certificat d'évaluation des gérants de la Société attestant que la valeur de la Société est estimé à soixante quatorze millions six cent huit mille soixante neuf euros (EUR 74.608.069).

Cinquième résolution

Les Associés décident de révoquer, avec effet immédiat, M. Melchior Johannes Romme comme gérant unique de la Société et de lui donner pleine et entière décharge pour l'exercice de son mandat jusqu'à la date du présent acte, comme gérant unique de la Société.

Sixième résolution

Les Associés décident de nommer, avec effet immédiat, comme gérants de la Société, pour une période indéterminée:

- M. Johan van den Berg, administrateur de sociétés, né à Bergschenhoek (Pays-Bas) le 5 mars 1955;
- M. Bart Zech, administrateur de sociétés, né à Putten (Pays-Bas) le 5 septembre 1969;
- M. Joost Tulkens, administrateur de sociétés, né à Sommeren (Pays-Bas) le 26 avril 1973.

Estimation des coûts

La société a été sujette à l'impôt aux Pays-Bas, Etat membre de l'Union européenne, et dès lors aucun impôt luxembourgeois quelconque ne sera du à raison de ce transfert du lieu de gestion effective des Pays-Bas vers le Luxembourg. Référence est faite à l'article 3 (2) de la loi du 29 Décembre 1971.

Le notaire soussigné, qui comprend et parle l'anglais déclare qu'à la requête de la partie comparante, le présent acte est établi en anglais, suivi d'une version française. A la requête de cette même partie comparante, et en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise prévaudra.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite au mandataire de la partie comparante, il a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: J-L. Dascotte, A. Schwachtgen.

Enregistré à Luxembourg, le 5 janvier 2006, vol. 27CS, fol. 15, case 2. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): Muller.

Pour expédition, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 9 janvier 2006.

A. Schwachtgen.

(004751.3/230/472) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 janvier 2006.



DekaBank DEUTSCHE GIROZENTRALE LUXEMBOURG S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-1855 Luxemburg, 38, avenue J.F. Kennedy.

H. R. Luxemburg B 9.462.

Auszug aus dem Protokoll der außerordentlichen staturarischen Generalversammlung der Aktionäre vom 13. Januar 2006

Beschlussfassung

Die Generalversammlung wählt Herrn Oliver Behrens, Generalbevollmächtigter der DekaBank DEUTSCHE GIRO-ZENTRALE, Frankfurt, mit Wirkung zum 1. Januar 2006 bis zum Ablauf der Jahreshauptversammlung im Jahr 2009 zum neuen Mitglied des Verwaltungsrates.

- Geschäftsadresse: DekaBank DEUTSCHE GIROZENTRALE, Oliver Behrens Mainzer Landstraße 16, D-60325 Frankfurt am Main

Der Beschluss der Generalversammlung wird einstimmig gefasst.

Die Generalversammlung nimmt das Ausscheiden von Herrn Dr. Bernhard Steinmetz zum 31. Dezember 2005 aus dem Verwaltungsrat der Gesellschaft zur Kenntnis.

Für die Richtigkeit

DekaBank DEUTSCHE GIROZENTRALE LUXEMBOURG S.A.

B. Stuckenbroeker / H. Arens

Enregistré à Luxembourg, le 17 janvier 2006, réf. LSO-BM04253. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(006910.3/000/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 19 janvier 2006.

VONTOBEL FUND, Investmentgesellschaft mit variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-2085 Luxemburg, 23, avenue de la Porte-Neuve. H. R. Luxemburg B 38.170.

Im Jahre zweitausendfünf, den dreiundzwanzigsten Dezember.

Vor dem Unterzeichneten, Maître Henri Hellinckx, Notar mit Amtswohnsitz in Mersch,

Wurde eine außerordentliche Hauptversammlung der Anteilinhaber des VONTOBEL FUND (die «Gesellschaft»), mit eingetragenem Sitz in Luxemburg, 23, avenue de la Porte-Neuve, abgehalten. Die Gründung der Gesellschaft erfolgte am 4. Oktober 1991 durch notarielle Beurkundung von Notar Camille Hellinckx, damals Notar mit Amtswohnsitz in Luxemburg, welche am 18. November 1991 im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations (das «Mémorial») veröffentlichte wurde.

Die Satzung wurde zuletzt am 31. März 2005 durch Urkunde des unterzeichnten Notars abgeändert, welche am 12. Juli 2005 im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations veröffentlicht wurde.

Die Hauptversammlung fand unter dem Vorsitz von Herrn Benjamin Clerc, Privatangestellter, mit beruflicher Adresse in Luxemburg, statt.

Der Vorsitzende bestimmte Frau Cécile Bruyant, Privatangestellte, mit beruflicher Adresse in Luxemburg, zur Sekre-

Die Versammlung bestimmte Frau Delloula Aouinti, Privatangestellte, mit beruflicher Adresse in Luxemburg, zur

Der Vorsitzende erklärte und beauftrage den Notar folgendes festzustellen:

- I. Die heutige außerordentliche Hauptversammlung wurde durch eine die Tagesordnung beinhaltende und am 21. November 2005 und am 7. Dezember 2005 im Mémorial, Recueil C, im d'Wort und im Tageblatt veröffentlichte Mitteilung an die Anteilinhaber einberufen.
- II. Die anwesenden oder vertretenen Anteilinhaber sowie die Anzahl ihrer Anteilesind auf einer Teilnehmerliste aufgeführt, welche vom Vorsitzenden, dem Protokollführer, dem Wahlprüfer und dem unterzeichneten Notar unterzeichnet wurde. Diese Teilnehmerliste sowie die Vollmachten werden diesem Dokument zum Zwecke der Einreichung bei der zuständigen Einregistrierungsbehörde als Anlage beigefügt.
 - III. Die Tagesordnung der Hauptversammlung lautet wie folgt:

Tagesordnung

Abänderung von Artikel 3 der Satzung wie folgt

«Ausschließlicher Gegenstand der Gesellschaft ist es, die ihr verfügbaren Mittel nach dem Grundsatz der Risikostreuung in übertragbare Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und andere Werte anzulegen und ihren Aktionären den Ertrag der Verwaltung ihres Vermögens zugute kommen zu lassen.

Die Gesellschaft kann alle Maßnahmen ergreifen und Geschäfte tätigen, welche sie für die Erfüllung und Entwicklung ihres Gegenstands im Rahmen des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen für nützlich erachtet.»

Abänderung der Artikel 5, 8, 16, 20, 23, 27, 28 und 30 um die Gesellschaft dem Luxemburger Gesetz vom 20. Dezember 2002 (Teil I) über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (das «Gesetz von 2002») anzupassen. Zu diesem Zwecke wird der Verwaltungsrat durch die Generalversammlung beauftragt den Zeitpunkt der Inkrafttretung der Änderungen am Tage der Generalversammlung oder zu einem späteren Zeitpunkt festzusetzen.

IV. Ausweislich der Teilnehmerliste sind 15.017.690 Anteile in der heutigen Hauptversammlung vertreten.



Der Vorsitzende teilt der Versammlung mit, daß eine erste außerordentliche Generalversammlung mit derselben Tagesordnung für den 18. November 2005 einberufen wurde und daß diese Generalversammlung nicht beschlussfähig war, da die notwendige Anwesenheitsquote nicht erreichtwurde.

Die gegenwärtige Generalversammlung ist gemäß Artikel 67-1 des Gesetzes über die Handelsgesellschaften beschlussfähig, unabhängig von der Anzahl der anwesenden oder vertretenen Anteile. Alsdann faßt die Generalversammlung einstimmig folgende Beschlüsse:

Erster Beschluss

Die Generalversammlung beschließt, Artikel 3 der Satzung wie folgt abzuändern:

«Ausschließlicher Gegenstand der Gesellschaft ist es, die ihr verfügbaren Mittel nach dem Grundsatz der Risikostreuung in übertragbare Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und andere Werte anzulegen und ihren Aktionären den Ertrag der Verwaltung ihres Vermögens zugute kommen zu lassen.

Die Gesellschaft kann alle Maßnahmen ergreifen und Geschäfte tätigen, welche sie für die Erfüllung und Entwicklung ihres Gegenstands im Rahmen des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen für nützlich erachtet.»

Zweiter Beschluss

Die Generalversammlung beschließt die Artikel 5, 8, 16, 20, 23, 27, 28 und 30 wie folgt abzuändern, um die Gesellschaft dem Luxemburger Gesetz vom 20. Dezember 2002 (Teil I) über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (das «Gesetz von 2002») anzupassen:

Art. 5. Das Gesellschaftskapital besteht aus Aktien ohne Nennwert und entspricht jederzeit dem in Artikel 23 der vorliegenden Satzung definierten Nettoinventarwert der Gesellschaft.

Das Mindestkapital der Gesellschaft entspricht dem Gegenwert in Schweizer Franken («CHF») von einer Million zweihundertfünfzigtausend Euro (1.250.000 EUR).

Der Verwaltungsrat hat jederzeit das unbeschränkte Recht, gemäß Artikel 23 der vorliegenden Satzung zusätzliche voll eingezahlte Aktien auszugeben, ohne bestehenden Aktionären ein Vorzugsrecht im Hinblick auf die Zeichnung der auszugebenden Aktien einzuräumen.

Ferner kann der Verwaltungsrat vorhandene Aktien zusammenlegen bzw. in eine kleinere Anzahl von Aktien unterteilen, unter dem Vorbehalt, dass der gesamte Nettoinventarwert der neuen Aktien nicht höher wird als der Nettoinventarwert der unterteilten oder zusammengelegten Aktien.

Der Verwaltungsrat kann jedes ordnungsgemäß bevollmächtigte Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer der Gesellschaft oder jede sonstige ordnungsgemäß bevollmächtigte Person damit beauftragen, Zeichnungen für solche neuen Aktien entgegenzunehmen, diese Aktien auszugeben und die entsprechende Zahlung in Empfang zu nehmen.

Diese Aktien können nach Wahl des Verwaltungsrats verschiedenen Kategorien angehören, und der Erlös der Ausgabe einer jeden Aktienkategorie wird gemäß Artikel 3 der vorliegenden Satzung in Wertpapiere, Geldmarktinstrumente oder sonstige Vermögenswerte angelegt, welche solchen geographischen Zonen, Industriesektoren, Währungszonen oder solchen spezifischen Arten von Aktien oder Obligationen entsprechen, wie sie jeweils vom Verwaltungsrat für jede einzelne Aktienkategorie bestimmt werden. Darüber hinaus können sich Aktien solcher Aktienkategorien durch andere Eigenschaften unterscheiden (beispielsweise durch eine bestimmte Gebührenstruktur, Ausschüttungspolitik oder Absicherungspolitik), falls der Verwaltungsrat so entscheidet.

Zum Zwecke der Bestimmung des Gesellschaftskapitals wird das den einzelnen Kategorien zuzuordnende Nettovermögen, falls nicht in CHF ausgedrückt, in CHF umgewandelt, wobei das Gesellschaftskapital dem gesamten Nettovermögen sämtlicher Kategorien entspricht.

Art. 8. Die Gesellschaft kann das Eigentum an Aktien der Gesellschaft für natürliche Personen, Firmen oder juristische Personen einschränken oder untersagen.

Insbesondere kann die Gesellschaft das Eigentum an Aktien für die nachstehend definierten «U.S. Staatsangehörigen» einschränken oder untersagen und zu diesem Zwecke:

- a) die Ausgabe jedweder Aktie, sowie die Eintragung jedweder Aktienübertragung verweigern, sofern diese Eintragung oder Übertragung ihres Erachtens ein wirtschaftliches Interesse des Eigentums an einer solchen Aktie für einen U.S. Staatsangehörigen darstellt;
- b) jederzeit jede Person, deren Name im Aktienregister eingetragen ist oder welche die Eintragung einer Aktienübertragung beantragt, auffordern, ihr sämtliche eidesstattlich abgegebenen Auskünfte zu erteilen, welche ihres Erachtens für die Feststellung notwendig sind, ob ein U.S. Staatsangehöriger wirtschaftlicher Eigentümer dieser Aktien ist oder zukünftig sein wird; und
- c) falls die Gesellschaft feststellt, dass ein U.S. Staatsangehöriger entweder alleine oder zusammen mit Drittpersonen wirtschaftlicher Eigentümer dieser Aktien ist, oder seine Verpflichtungen oder Gewährleistungen bricht, oder solche Verpflichtungen oder Gewährleistungen, wie sie vom Verwaltungsrat vorgeschrieben werden können, nicht erfüllt, ist der Verwaltungsrat berechtigt, sämtliche im Besitz solcher Aktionäre befindlichen Aktien auf dem Zwangswege wie folgt zurückzukaufen:
- 1) Die Gesellschaft versendet an den Aktionär, welcher im Aktienregister als Eigentümer der zu kaufenden Aktien eingetragen ist, eine Anzeige (im folgenden die «Kaufanzeige» genannt), in der die zu kaufenden Aktien, der Kaufpreis und der Ort, an welchem der Kaufpreis für die besagten Aktien zahlbar ist, vermerkt ist. Diese Anzeige kann dem Aktionär per Einschreibebrief an seine letztbekannte oder an die in den Büchern der Gesellschaft eingetragene Adresse versandt werden. Daraufhin ist der besagte Aktionär verpflichtet, der Gesellschaft das oder die in der Kaufanzeige bezeichnete(n) Aktienzertifikat(e) auszuhändigen. Unverzüglich nach Geschäftsschluss an dem in der Kaufanzeige festge-



legten Datum verliert der bezeichnete Aktionär das Eigentum an den in der Kaufanzeige bezeichneten Aktien; im Falle von Namensaktien wird sein im Aktienregister eingetragener Name gelöscht.

- 2) Der Preis, zu welchem die in der Kaufanzeige angegebenen Aktien gekauft werden (im folgenden der «Kaufpreis» genannt), entspricht dem gemäß Artikel 21 der vorliegenden Satzung festgelegten Rückkaufspreis der Gesellschaftsaktien
- 3) Außer in Zeiten der Devisenbeschränkungen erfolgt die Zahlung des Kaufpreises an den Aktionär und wird von der Gesellschaft an eine Bank in Luxemburg oder sonstwo (wie in der Kaufanzeige angegeben) hinterlegt, mit Zahlungsanweisung an den Aktionär gegen Vorlage des oder der in der Kaufanzeige angegebenen Aktienzertifikats(e). Nach Zahlung des Preises, wie vorerwähnt, haben die an den in der Kaufanzeige bezeichneten Aktien interessierten Personen keinen weiteren Anspruch auf diese Aktien, noch können sie irgendwelche Forderungen gegen die Gesellschaft oder deren Vermögenswerte geltend machen, vorbehaltlich des Rechts als Eigentümer der Aktien aufzutreten, um gegen Aushändigung des oder der vorerwähnten Aktienzertifikate(s) den so hinterlegten Kaufpreis (ohne Zinsen) von der zuständigen Bank entgegenzunehmen.
- 4) Die Ausübung seitens der Gesellschaft der gemäß vorliegendem Artikel eingeräumten Rechte kann auf keinen Fall mit der Begründung angefochten oder ungültig erklärt werden, der Beweis des Aktieneigentums einer Person sei unzureichend gewesen, oder mit dem Aktieneigentum habe es sich in Wirklichkeit anders verhalten, als die Gesellschaft dies am Datum der Kaufanzeige vermutete, sofern in solchen Fällen die Gesellschaft die besagten Rechte nach dem Grundsatz von Treu und Glauben ausgeübt hat; und
 - d) jedem U.S. Staatsangehörigen in einer Versammlung der Aktionäre das Stimmrecht untersagen.

Für den Zweck der vorliegenden Satzung hat der Begriff «U.S. Staatsangehöriger» die gleiche Bedeutung wie in «Regulation S», in ihrer abgeänderten Form, des «United States Securities Act» von 1933, in seiner abgeänderten Form («das 1933er Gesetz») oder wie in jeder anderen Verordnung oder jedem anderen Gesetz, welche(s) in den Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft treten wird und welche(s) zukünftig «Regulation S» oder das 1933er Gesetz ersetzen wird. Der Verwaltungsrat soll den Begriff «U.S. Staatsangehöriger» auf Grundlage dieser Bestimmungen definieren und diese Definition in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft veröffentlichen.

Außerdem kann die Gesellschaft die Ausgabe und die Übertragung der Aktien einer bestimmten Kategorie auf institutionelle Investoren, gemäß Artikel 129 des Luxemburgischen Gesetzes vom 20. Dezember 2002 bezüglich Organismen für gemeinsame Anlagen, in seiner abgeänderten Form («institutionelle(r) Investor(en)») beschränken. Die Gesellschaft kann, nach eigenem Ermessen, die Annahme eines Unterzeichnungsantrags für Aktien einer bestimmten Kategorie, welche ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, bis zu jenem Zeitpunkt aussetzen, an dem die Gesellschaft über die nötigen Beweise verfügt, dass der Antragsteller ein institutioneller Investor ist. Falls sich zu irgendeinem Zeitpunkt herausstellt, dass ein Aktionär einer Kategorie, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, kein institutioneller Investor ist, wird die Gesellschaft die betreffenden Aktien in Aktien einer Kategorie, die nicht ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, umwandeln (unter der Voraussetzung, dass eine Kategorie mit ähnlichen Bedingungen existiert), oder Rückkäufe der betreffenden Aktien in Übereinstimmung mit denen in diesem Artikel erläuterten Bestimmungen zwangsweise vornehmen. Die Gesellschaft wird die Gültigkeit einer Aktienübertragung ablehnen und daher die Eintragung einer solchen Aktienübertragung im Register der Aktionäre verweigern, sofern eine solche Übertragung zur Folge hätte, dass Aktien einer Aktienkategorie, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, nach einer solchen Übertragung von einer Person gehalten werden, welche den Kriterien an einen institutionellen Investor nicht entspricht.

Zusätzlich zu der Haftung gemäß den anwendbaren Gesetzen muss jeder Aktionär, der nicht als institutioneller Investor gilt, und welcher Aktien in einer Kategorie hält, die ausschließlich für institutionelle Investoren bestimmt ist, die Gesellschaft, den Verwaltungsrat, die anderen Aktionäre der betreffenden Kategorie und die Vertreter der Gesellschaft für jeden Schaden, jeglichen Verlust und Kosten entschädigen oder schadlos halten, die aus einer solchen Haltung resultieren oder damit zusammenhängen, falls der jeweilige Aktionär täuschende oder falsche Dokumente hinterlegt hat, oder irreführende oder falsche Darstellungen gemacht hat, um fälschlicherweise als institutioneller Investor zu gelten, oder der es versäumt hat, die Gesellschaft schriftlich über den Verlust eines solchen Status in Kenntnis zu setzen.

Art. 16. Der Verwaltungsrat ist nach dem Grundsatz der Risikostreuung berechtigt, die Gesellschafts- und Anlagepolitik, sowie die Richtlinien für die Verwaltung und Geschäftsführung der Gesellschaft festzulegen.

Der Verwaltungsrat legt die Beschränkungen, die von Zeit zu Zeit auf die Gesellschaftsanlagen anwendbar sind, gemäß Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002 betreffend Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, dass Anlagen der Gesellschaft vorwiegend bestehen aus:

- a) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einem geregelten Markt notiert bzw. gehandelt werden;
- b) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einem anderen anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäß funktionierenden Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gehandelt werden;
- c) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einer Wertpapierbörse oder an einem anderen anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäß funktionierenden Markt eines Staates in Europa, Asien, Ozeanien, Afrika und des Amerikanischen Kontinents notiert bzw. gehandelt werden;
- d) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtungen enthalten, die Zulassung zur Notierung bzw. zum Handel an einer oben erwähnten Wertpapierbörse bzw. an einem oben erwähnten geregelten Markt beantragt wurde und diese Zulassung innerhalb eines Jahres nach der Emission erfolgt;
- e) Sonstigen Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen Vermögenswerten gemäß den vom Verwaltungsrat im Einklang mit den anwendbaren Gesetzen und Verordnungen festgelegten Beschränkungen, wie sie in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft offen gelegt werden.



Der Verwaltungsrat der Gesellschaft ist nach dem Grundsatz der Risikostreuung berechtigt, bis zu 100% der Vermögenswerte einer Aktienkategorie der Gesellschaft in unterschiedliche Wertpapiere und Geldmarktinstrumente anzulegen, welche von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, seinen Gebietskörperschaften, einem Drittstaat, wenn er von der Luxemburger Aufsichtsbehörde anerkannt ist und in den Verkaufsunterlagen der Gesellschaft offen gelegt ist oder von internationalen Organismen öffentlich rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören oder von jedem anderen Staat der OECD, begeben oder garantiert werden, sofern jede betreffende Aktienkategorie Wertpapiere von mindestens sechs verschiedenen Emittenten erhalten muss und die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente eines jeden Emittenten 30% des Nettovermögens einer Aktienkategorie nicht übersteigen dürfen.

Der Verwaltungsrat kann beschließen, Anlagen der Gesellschaft in abgeleitete Finanzinstrumente, einschließlich gleichwertige bar abgerechnete Instrumente, die an einem geregelten Markt in Sinne des Luxemburger Gesetzes des 20. Dezember 2002 gehandelt werden und/oder in abgeleitete Finanzinstrumente, die nicht an einer Börse gehandelt werden («OTC-Derivate») zu tätigen, sofern es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne des Artikels 41 (1) des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß ihrer Anlagezielen investieren darf und in den Verkaufsunterlagen offen gelegt werden.

Der Verwaltungsrat kann ferner beschließen, Aktienkategorien auszugeben, deren Vermögenswerte die Zusammensetzung eines Aktien- oder Obligationenindexes nachbilden, angelegt werden, sofern der betreffende Index von der Luxemburger Aufsichtsbehörde auf der Basis, dass die Zusammensetzung des Indexes hinreichend diversifiziert ist, der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt, auf den er sich bezieht, darstellt und der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird, anerkannt wird.

Die Gesellschaft wird nicht mehr als 10% der Nettovermögenswerte einer Aktienkategorie in Organismen für gemeinsame Anlagen gemäss Artikel 41 (1) (e) des Luxemburger Gesetzes vom 20. Dezember 2002 anlegen.

- Art. 20. Die Gesellschaft bestellt einen zugelassenen Wirtschaftsprüfer, welchem die durch das Gesetz vom 20. Dezember 2002 über Organismen für gemeinsame Anlagen vorgeschriebenen Aufgaben obliegen. Der Wirtschaftsprüfer wird von der jährlichen Hauptversammlung der Aktionäre gewählt und bleibt im Amt bis zur Ernennung seines Nachfolgers.
- Art. 23. Der Nettoinventarwert der Aktien einer jeden Aktienkategorie der Gesellschaft wird in der Währung der entsprechenden Aktienkategorie als Pro-Aktie-Wert ausgedrückt und jedem Bewertungsstichtag ermittelt, indem das Gesamtnettovermögen der entsprechenden Aktienkategorie, das dem Wert der einer Aktienkategorie zurechenbaren Vermögenswerte abzüglich der dieser Aktienkategorie zurechenbaren Verbindlichkeiten entspricht und zum angeblichen Bewertungsstichtag berechnet wurde, durch die Anzahl der ausgegebenen Aktien der entsprechenden Kategorie geteilt und das Ergebnis auf die nächste Währungseinheit ab- oder aufgerundet wird.
 - A. Die Vermögenswerte der Gesellschaft umfassen:
 - a) sämtliche Bar- oder Kontoguthaben, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen;
- b) sämtliche Wechsel, Schuldscheine und fällige Forderungen (einschließlich des Erlöses von verkauften jedoch nicht gelieferten Wertpapieren);
- c) sämtliche Obligationen, Nachsichtwechsel, Anteile/Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen, Aktien, Wandel- und Schuldverschreibungen, Bezugsrechte, Optionsscheinen, Optionen und sonstigen Anlagen und Wertpapiere, welche sich im Eigentum der Gesellschaft befinden oder für ihre Rechnung gekauft worden sind;
- d) sämtliche der Gesellschaft geschuldeten Aktien, Wertpapierdividenden, Bardividenden und Barausschüttungen (vorausgesetzt, die Gesellschaft kann Berichtigungen im Hinblick auf die durch den Handel mit Ex-Dividenden, Ex-Bezugsrechten oder ähnliche Praktiken bedingten Schwankungen des Marktwertes der Wertpapiere vornehmen);
- e) sämtliche auf den von der Gesellschaft gehaltenen verzinslichen Wertpapieren aufgelaufene Zinsen, außer wenn diese Zinsen im Nennwert des entsprechenden Wertpapiers einbegriffen oder wiedergegeben sind;
 - f) die Gründungskosten der Gesellschaft, insofern diese nicht abgeschrieben wurden; und
 - g) alle sonstigen Vermögenswerte jedweder Art, einschließlich der im Voraus entrichteten Kosten.
 - Der Wert dieser Vermögenswerte wird folgendermaßen bestimmt:
- 1) Der Wert der Bar- oder Kontoguthaben, Wechsel, Schuldscheine und fällige Forderungen, im Voraus entrichteten Kosten, Bardividenden und wie vorerwähnt festgesetzten oder aufgelaufenen jedoch noch nicht vereinnahmten Zinsen entspricht ihrem vollen Betrag, es sei denn, dass die Zahlung oder der Erhalt des Betrages in voller Höhe unwahrscheinlich ist; in diesem Falle wird der Wert unter Vornahme eines solchen Abschlages ermittelt, den die Gesellschaft für angemessen erachtet um den tatsächlichen Wert der Vermögenswerte widerzuspiegeln.
- 2) Der Wert sämtlicher an einer Wertpapierbörse notierten oder gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente basiert auf dem letzten Kurs am Tage vor dem Bewertungsstichtag, mit der Ausnahme von ostasiatischen Wertpapieren und/oder derivativen Finanzinstrumenten, deren Wert in Anwendung der Bestimmungen der nachfolgenden Ziffer 4) auf der Basis des zuletzt bekannten Kurses zum Zeitpunkt der Bewertung am Bewertungsstichtag bemessen wird.
- 3) Der Wert der an anderen geregelten Märkten gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumenten wird auf der Grundlage des letzten Kurses am Tag vor dem Bewertungsstichtag ermittelt.
- 4) Falls im Portefeuille der Gesellschaft befindliche Wertpapiere und/oder derivative Finanzinstrumente am betreffenden Bewertungsstichtag weder an einer Börse noch auf einem anderen geregelten Markt notiert oder gehandelt werden oder falls der gemäß den Absätzen 2) und 3) ermittelte Preis nicht dem reellen Wert der an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt notierten oder gehandelten Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente entspricht, so wird der Wert dieser Wertpapiere und/oder derivativen Finanzinstrumente nach dem Grundsatz von Treu und Glauben auf der Grundlage eines nach vernünftigen Maßstäben anzunehmenden Verkaufspreises ermittelt.



- 5) Anteile oder Aktien an Organismen für gemeinsame Anlagen werden zu ihrem zuletzt verfügbaren Nettovermögenswert bewertet.
- 6) Für den Fall, dass die oben genannten Bewertungsmethoden unangemessen oder irreführend sind, kann der Verwaltungsrat den Wert der Anlagen anpassen oder die Verwendung einer anderen Bewertungsmethode für die Vermögenswerte der Gesellschaft erlauben.
- 7) In Fällen, in denen die Interessen der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre rechtfertigen (z.B. zur Vermeidung von Market Timing) kann der Verwaltungsrat angemessene Maßnahmen, wie z.B. die Anwendung der Fair Value-Bepreisungsmethodologie, durchführen, um den Wert der Vermögenswerte der Gesellschaft wie in den Verkaufsdokumenten der Gesellschaft näher beschrieben, anzupassen.
 - B. Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft umfassen:
 - a) sämtliche Darlehen, Wechselverbindlichkeiten und Verpflichtungen;
- b) sämtliche aufgelaufenen oder zahlbaren Verwaltungsausgaben (einschließlich der Anlageberatungsgebühren, der Depotbankgebühren und der Vergütung des Gesellschaftsbevollmächtigten);
- c) sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen bekannten Verbindlichkeiten, einschließlich sämtlicher fällig gewordenen vertraglichen Verpflichtungen für Geld- oder Vermögenszahlungen, einschließlich des Betrags der von der Gesellschaft festgesetzten, aber noch nicht ausgeschütteten Dividenden, sofern der Abschlusstag mit dem Bewertungsstichtag für die Feststellung der dividendenberechtigten Person übereinstimmt oder diesem folgt.
- d) eine von Zeit zu Zeit vom Verwaltungsrat festgelegte angemessene Rückstellung für bis zum Bewertungsstichtag aufgelaufene Steuern auf das Kapital und die Erträge und gegebenenfalls für andere Verbindlichkeiten, vorbehaltlich der Genehmigung und der Billigung des Verwaltungsrats;
- e) sämtliche sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft jedweder Art, mit Ausnahme der durch Gesellschaftsaktien verkörperten Verbindlichkeiten. Bei der Bestimmung der Höhe dieser Verbindlichkeiten hat die Gesellschaft sämtliche von der Gesellschaft zu zahlenden Ausgaben zu berücksichtigen; diese Ausgaben umfassen die Gründungskosten, die Vergütungen für die Verwaltungsgesellschaft (soweit anwendbar), für Anlageberater, Anlageverwalter, Wirtschaftsprüfer, die Depotbank und deren Korrespondenzbanken, Domizil-, Register- und Transferstelle und Übertragungsstellen, sämtliche Zahlstellen und ständigen Vertreter an den Registrierungsorten, sämtliche anderen Vertreter der Gesellschaft, Honorare für Dienstleistungen von Anwälten und Wirtschaftsprüfern, die Verkaufs-, Druck-, Berichtserstellungs- und Veröffentlichungskosten, einschließlich der Werbekosten, der Kosten für die Erstellung und den Druck von Verkaufsprospekten, erläuternde Memoranden oder Registrierungsanträge, die Steuern oder von der Regierung erhobenen Gebühren und sämtliche sonstigen Betriebskosten, einschließlich der Kosten für den Kauf und den Verkauf von Vermögenswerten, Zinsen, Bank- und Courtagegebühren, Versandkosten, Telefon- und Telexgebühren. Die Gesellschaft kann die Verwaltungskosten und sonstige regelmäßig wiederkehrende Kosten im voraus für ein Jahr oder jede andere Periode veranschlagen und diese gleichmäßig über diese Zeitspanne verteilen.
 - C. Für jede Aktienkategorie wird eine Vermögensmasse wie folgt gebildet:
- (a) der Erlös aus der Emission jeder Aktienkategorie wird in den Gesellschaftsbüchern der für diese Kategorie von Aktien gebildeten Masse zugeteilt und die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Einkünfte und Ausgaben werden gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Artikels der entsprechenden Masse zugeordnet;
- (b) falls sich ein Vermögenswert aus einem anderen Vermögenswert ableitet, so wird dieser abgeleitete Vermögenswert in den Gesellschaftsbüchern derselben Masse zugeordnet wie die Vermögenswerte, aus dem sie sich ableiten; bei jeder Neubewertung eines Vermögenswertes wird die Werterhöhung oder die Wertminderung der entsprechenden Masse zugeordnet;
- (c) sofern die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingeht, die in Verbindung mit einem Vermögenswert einer bestimmten Masse oder mit irgendeiner Handlung im Zusammenhang mit einem Vermögenswert einer bestimmten Masse steht, so wird die betreffende Verbindlichkeit der entsprechenden Masse zugeordnet;
- (d) wenn ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht einer bestimmten Masse zugeordnet werden kann, so wird der betreffende Vermögenswert oder die Verbindlichkeit gleichmäßig auf sämtliche Massen verteilt oder, soweit aufgrund der Betragshöhe gerechtfertigt, der Verbindlichkeit, anteilsmäßig zum Nettoinventarwert der entsprechenden Aktienkategorie verteilt.
- (e) nach der Zahlung von Dividenden an Inhaber einer Aktienkategorie, wird Nettoinventarwert dieser Aktienkategorie um den Betrag der Dividenden reduziert.
- D. Jede Masse von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten besteht aus einem Portfolio von übertragbaren Wertpapieren und anderen Vermögenswerten, in welche die Gesellschaft investieren darf und der Anspruch jeder von der Gesellschaft ausgegebenen Aktienkategorie in Verbindung mit dieser Masse wird sich entsprechend der unten erwähnten Regeln ändern.

Darüber hinaus können in einer Masse kategoriespezifische Vermögenswerte für eine oder mehrere spezifischen Aktienkategorien gehalten werden; diese werden vom gemeinsamen Portfolio aller Aktienkategorien einer solchen Masse getrennt gehalten; wobei spezifische Verbindlichkeiten für jede Aktienkategorie oder Aktienkategorien eingetragen werden.

Der einer Aktienkategorie zugewiesene Anteil im gemeinsamen Portfolio aller Aktienkategorie einer gleichen Masse, wird durch Berücksichtigung der Ausgaben, Rückkäufen, Ausschüttungen, als auch Zahlungen von kategoriespezifischen Ausgaben, Einkommensbeiträgen oder Verkaufserlösen von kategoriespezifischen Vermögenswerten, wobei die unten aufgeführten Bewertungsregeln mutatis mutandis angewendet werden.

Der Prozentsatz des Nettoinventarwertes des gemeinsamen Portfolios einer solchen Masse, die jeder Aktienkategorie zugewiesen wird, wird wie folgt bestimmt:



- 1) Zunächst einmal steht zum Zeitpunkt der ersten Emission von Aktien einer neuen Kategorie der jeder Aktienkategorie zugewiesene Prozentsatz der Nettoinventarwerte des gemeinsamen Portfolios im Verhältnis zu der entsprechenden Anzahl von Aktien einer Kategorie;
- 2) Der nach der Emission einer spezifischen Aktienkategorie erhaltene Emissionserlös, wird dem gemeinsamen Portfolio zugewiesen und führt zu einer Vergrößerung des Anteiles im gemeinsamen Portfolio der betreffenden Aktienkategorie;
- 3) Sofern die Gesellschaft für eine bestimmte Aktienkategorie spezifische Vermögenswerte erwirbt oder kategoriespezifische Ausgaben tätigt (aber die von den anderen Aktienkategorien zu tätigenden Ausgaben hinaus) oder spezifische Ausschüttungen vornimmt oder den Rückkaufpreis von Aktien einer spezifischen Kategorie bezahlt, so wird der Anteil dieser Kategorie am gemeinsamen Portfolio um die Kosten kategoriespezifischen Vermögenswerte, die Zahlung kategoriespezifischer Ausgaben, die betreffend die Aktien einer solchen Kategorie vorgenommenen Ausschüttungen oder die Zahlung des Rückkaufpreises nach Rückkauf von Aktien einer solchen Kategorie reduziert.
- 4) Der Wert kategoriespezifischer Vermögenswerten und die Summe kategoriespezifischer Verbindlichkeiten werden lediglich derjenigen Aktienkategorien zugewiesen, die in Verbindung mit solchen Vermögenswerten oder Schulden stehen; dementsprechend wird der Nettoinventarwert pro Aktie einer solchen spezifischen Aktienkategorie oder Aktienkategorien erhöht oder gemindert
 - E. Zum Zwecke des vorliegenden Artikels gilt folgendes:
- a) die gemäß Artikel 21 der vorliegenden Satzung zurückzukaufenden Aktien gelten bis unverzüglich nach Geschäftsschluss an dem im vorliegenden Artikel bezeichneten Bewertungsstichtag als bestehend und werden als solche berücksichtigt; ab diesem Tag und bis zur Zahlung des Preises gelten sie als Verbindlichkeit der Gesellschaft;
- b) aufgrund von erhaltenen Zeichnungsanträgen auszugebende Aktien der Gesellschaft gelten ab Geschäftsschluss des Bewertungsstichtages, an dem der Ausgabepreis errechnet wurde, als ausgegeben; dieser Preis wird, bis er von der Gesellschaft erhalten worden ist, als Forderung der Gesellschaft;
- c) sämtliche Anlagen, flüssige Mittel und sonstige Vermögenswerte der Gesellschaft, welche nicht in der Währung des Nettoinventarwertes der entsprechenden Kategorie ausgedrückt sind, werden unter Berücksichtigung des am Bewertungsstichtag des Nettoinventarwertes der Aktien geltenden Wechselkurse bewertet, wobei
- d) die an einem Bewertungsstichtag von der Gesellschaft an diesem Bewertungsstichtag abgeschlossenen Käufe oder Verkäufe von Wertpapieren soweit wie möglich berücksichtigt werden.
- Art. 27. Die Gesellschaft kann mit einer gemäß Kapitel 13 des Gesetzes vom 20. Dezember 2002 zugelassenen Verwaltungsgesellschaft einen Verwaltungsdienstleistungsvertrag eingehen, um der Gesellschaft Dienstleistungen betreffend Anlageverwaltung, administrative Tätigkeiten und Vertrieb zur Verfügung zu stellen.

Die Gesellschaft wird einen Vertrag mit einer gemäß dem luxemburgischen Gesetz über Organismen für gemeinsame Anlagen zur Ausübung von Bankgeschäften berechtigten Bank («die Depotbank»), eingehen. Sämtliche Barbestände und Wertpapiere der Gesellschaft werden von der Depotbank oder zu ihren Gunsten verwahrt, welche gemäß der Gesetzgebung gegenüber der Gesellschaft und den Aktionären haftet.

Wünscht die Depotbank vom Vertrag zurückzutreten, so hat sich der Verwaltungsrat um eine neue Gesellschaft zu bemühen, die die Funktion der Depotbank übernehmen wird. Die Verwaltungsratsmitglieder können die Depotbank abstellen, jedoch bleibt sie so lange ein Amt bis eine Nachfolgebank gemäß dieser Vorschrift ernannt wird, um deren Amt zu übernehmen.

Art. 28. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren (welche natürliche oder juristische Personen oder Rechtspersonen sein können) und von der diese Auflösung beschließenden Versammlung der Aktionäre ernannt werden, die ebenso ihre Befugnisse und ihre Vergütung festlegt. Der Nettoerlös der Auflösung bezüglich jeder Aktienkategorie wird durch die Liquidatoren an den Halter dieser Aktien proportional zu seinem Eigentum in der entsprechenden Aktienkategorie gezahlt.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann entscheiden eine Aktienkategorie zu liquidieren, falls eine die Aktienkategorie betreffende Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Lage eine Liquidation rechtfertigt. Diese Entscheidung wird vor dem wirksamen Datum der Liquidation von der Gesellschaft veröffentlicht und die Veröffentlichung wird die Gründe und die Vorgehensweise der Liquidation beschreiben. Die Aktionäre der betreffenden Kategorie können weiterhin den Rückkauf oder den Umtausch ihrer Aktien verlangen, es sei denn, der Verwaltungsrat entscheidet im Interesse der Aktionäre oder um die Gleichbehandlung der Aktionäre zu gewährleisten, dass dies nicht erlaubt sei. Vermögenswerte, welche bei Abschluss der Liquidation der betreffenden Kategorie nicht ausgeschüttet werden konnten, werden nach Abschluss der Liquidation für einen Zeitraum von sechs Monaten bei der Depotbank hinterlegt. Nach diesem Zeitraum werden die Vermögenswerte bei der «Caisse de Consignation» im Namen der Berechtigten hinterlegt.

Unter den selben Umständen wie im vorhergehenden Abschnitt angeführt, kann der Verwaltungsrat entscheiden, eine Aktienkategorie durch Einbringen in eine andere Aktienkategorie aufzulösen. Außerdem kann ein solcher Zusammenschluss durch den Verwaltungsrat entschieden werden, wenn dies im Interesse der Aktionäre der betreffenden Kategorien ist. Diese Entscheidung wird, wie im vorhergehenden Abschnitt vorgesehen, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über die neue Aktienkategorie beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens des Zusammenschlusses erfolgen, um den Aktionären zu ermöglichen, den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen.

Unter den selben Umständen wie oben angeführt, kann der Verwaltungsrat ebenfalls entscheiden, eine Aktienkategorie durch Einbringen in andere Organismen für gemeinsame Anlagen, die durch die Gesetze des Großherzogtums Luxemburg geregelt sind, aufzulösen. Darüber hinaus kann ein solcher Zusammenschluss durch den Verwaltungsrat entschieden werden, wenn dies im Interesse der Aktionäre der betreffenden Kategorie ist. Diese Entscheidung wird, wie oben angeführt, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über den betreffenden Organismus für gemeinsame Anlagen beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des In-



krafttretens des Zusammenschlusses erfolgen, um den Aktionären zu ermöglichen den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu verlangen. Im Fall einer Fusion mit einem Organismus für gemeinsame Anlagen, welcher die Form eines fonds commun de placement hat, wird die Fusion nur für die Aktionäre der betreffenden Kategorie bindend, welche der Fusion ausdrücklich zustimmen werden.

Die Umgestaltung einer Aktienkategorie durch eine Aufteilung in zwei oder mehrere Kategorien kann vom Verwaltungsrat entschieden werden, falls der Verwaltungsrat festlegt, dass die Interessen der Aktionäre der betreffenden Kategorie dies verlangen oder eine die Aktienkategorie betreffende Änderung der wirtschaftlichen oder politischen Lage dies rechtfertigt. Eine solche Entscheidung wird, wie oben erwähnt, veröffentlicht und die Veröffentlichung wird außerdem Informationen über die zwei oder mehrere neuen Kategorien beinhalten. Diese Veröffentlichung wird mindestens einen Monat vor dem Tag des Inkrafttretens der Umgestaltung erfolgen, um den Aktionären den kostenlosen Rückkauf ihrer Aktien vor diesem Inkrafttreten zu ermöglichen.

Sofern eine Fusion, Unterteilung oder Teilung, die Zuteilung von Aktienbruchstücken an Aktionäre zur Folge hat und die betroffenen Aktien zur Abwicklung in einem Clearing-System zugelassen sind, welches gemäß seinen Betriebsregeln die Abwicklung und Glattstellung von Aktienbruchstücken nicht zulässt oder der Verwaltungsrat beschlossen hat, keine Aktienbruchstücke in der betreffenden Kategorie aufzulegen, so ist der Verwaltungsrat ermächtigt, den betreffenden Aktienbruchteil zurückzukaufen. Der Nettoinventarwert des zurückgekauften Bruchteils wird an die jeweiligen Aktionäre ausgeschüttet, es sei denn, er beträgt weniger als CHF 35.

Die Generalversammlung der Aktionäre einer Anteilkategorie ist auf Vorschlag des Verwaltungsrates berechtigt die Auflösung dieser Aktienkategorie sowie die Einbringung dieser Aktienkategorie in eine andere Aktienkategorie oder einen anderen Luxemburger OGAW unter den Bedingungen des Artikels 29 dieser Satzung zu entscheiden.

Art. 30. Sämtliche nicht in der vorliegenden Satzung vorgesehenen Angelegenheiten unterliegen dem Gesetz vom 20. Dezember 2002 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen.

Dritter Beschluss

Die Änderungen treten am Tage der Generalversammlung, d.h. am 23. Dezember 2005 in Kraft.

Worüber Urkunde aufgenommen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Nach Vorlesung und Erklärung alles Vorstehenden an die Erschienenen, dem beurkundenden Notar nach Namen, gebräuchlichen Vornamen, sowie Stand und Wohnort bekannt, haben die Erschienenen mit dem Versammlungsvorstand und dem beurkundenden Notar gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: B. Clerc, C. Bruyant, D. Aouinti, H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 30 décembre 2005, vol. 434, fol. 82, case 8. - Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Für gleichlautende Kopie zum Zwecke der Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, erteilt.

Mersch, den 16 Januar 2006.

H. Hellinckx.

(006547.3/242/400) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 janvier 2006.

VONTOBEL FUND, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2085 Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve. R. C. Luxembourg B 38.170.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 janvier 2006. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 16 janvier 2006.

H. Hellinckx.

(006548.3/242/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 janvier 2006.

ZJ-ZERTIFIKATE SELECT, Fonds communs de placement.

Das mit Wirkung vom 17. Januar 2006 in Kraft tretende Verwaltungsreglement wurde, am 23. Januar 2006, réf. LSO-BM05558 beim Registre de Commerce et des Sociétés (Luxemburger Handels- und Gesellschaftsregister) hinterlegt. Zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Société et Associations.

DWS INVESTEMENT S.A.

Unterschriften

(008267.3//9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 24 janvier 2006.

Editeur: Service Central de Législation, 43, boulevard F.-D. Roosevelt, L-2450 Luxembourg

Imprimeur: Association momentanée Imprimerie Centrale / Victor Buck